

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 30. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Wahlkampf und die Aufgaben des kommenden Reichstags.

I.

Alle Welt weiß, daß die wichtigste unter den großen Aufgaben des neuen Reichstags die Erledigung der Handelsverträge sein wird. Alle Welt erwartete daher auch, daß der Wahlkampf sich vornehmlich um sie drehen werde. Die Zollfrage ist aber weder eine Frage des Zukunftsoaks, noch eine, in der auf der einen Seite ausschließlich das Proletariat interessiert ist. Die bestehenden Klassen selbst sind darüber aufs tiefste gespalten. Ein Sieg des Agrariertums bedroht nicht bloß das Proletariat, sondern die gesamte an der industriellen Entwicklung interessierte Bevölkerung in direktester Weise mit den schwersten Schädigungen, ganz abgesehen davon, daß er indirekt eine Gefahr für die Zukunft der ganzen Nation bildet, die heute in erster Linie vom Gedeihen der Industrie abhängt. So mußte man denn auch annehmen, der Wahlkampf werde einen Anstoß aller nichtagrariischen Elemente in der gleichen Richtung gegen den gemeinsamen Feind, das Agrariertum, entfesseln, der Liberalismus werde diesmal seine Gegnerschaft gegen die Socialdemokratie in den Hintergrund treten lassen, um desto kräftiger das gemeinsame Interesse der beiden an der Niederwerfung der Agrarier zu betonen.

In Wirklichkeit ist es ganz anders gekommen. Die Haltung, die der Liberalismus, mit einer verschwindenden Ausnahme, im Reichstage bei den Zollkämpfen eingenommen, wiederholt er im Wahlkampfe in noch verstärkter Maße. Nicht gegen das Agrariertum, gegen die Socialdemokratie richtet er die ganze Schärfe seiner Angriffe; ja noch mehr, er bemüht sich nicht bloß, in dem dazu am wenigsten geeigneten Moment das Wort von der reaktionären Masse wahr zu machen; der äußerste linke Flügel des Liberalismus übernimmt auch die Führung dieser Masse und liefert ihre Waffe — wenn man Nachköpfe, und keine leeren, als Waffen ansehen darf. Dies Arsenal bürgerlicher Intelligenz wird fast nur von Freisinnigen gefüllt — von Fränkler Bürger bis zum Socialistenpiegel-Ritter von der traurigen Gestalt Eugen Richters.

Dementsprechend muß auch unsere Abwehr vor allem auf das Verschlagen der vom Freisinn gelieferten Waffen gerichtet sein — wie es erst jüngst wieder in eindringlicher und überlegener Darstellung die Broschüre „Eugen Richters Socialisten-Spiegel“ besorgt.

Zimmer größer wird die Erbitterung zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linken, und an Stelle des Traumes von einem Kartell der Linken tritt immer mehr die Wirklichkeit eines Kartells aller nichtsocialdemokratischen Parteien. Nicht das Agrariertum, sondern die Socialdemokratie ist das Centrum des Kampfes geworden. Für oder wider die Socialdemokratie lautet die einzige Wahlparole.

Woher rührt diese Erscheinung? Der Freisinn redet sich aus auf den schlechten Ton, den die Socialdemokratie anschlüge, und der ihn zwingt, sich den Herren Kröcher und Konforten in die Arme zu werfen, deren Ton bekanntlich immer der beste ist.

Die Motivierung einer politischen Gegnerschaft mit der Entwürdigung über den schlechten Ton des Gegners ist freilich nur eine Ausrede; aber es ist die dümmste aller Ausreden, denn ein Politiker, der sein Handeln nicht durch Rücksichten auf den Vorteil der eignen Partei, durch sentimentale Empfindungen über mehr oder weniger angenehme Umgangsformen anderer Parteien bestimmen läßt, taugt zur Politik wie die Kuh zum Lautenschlagen. So dumm sind auch in der That bei keiner Partei ihre leitenden Politiker, und wenn freisinnige Politiker die Schuld an der jetzigen Situation auf den angeblichen schlechten Ton der Socialdemokratie schieben, den bösen Nachbarn, der den friedliebenden Freisinn in seiner Ruhe kört, so stellen sie sich einfältiger als sie sind.

Als in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in England die liberalen Freihändler im Kampf mit dem Agrariertum um den Kornzoll lagen, wurde dieser sehr gehödet durch die Charities, Socialisten, die damals noch dem Kornzoll ihr geringe Bedeutung beimessen und durchaus nicht gewillt waren, den Feldzug der Freihändler dagegen mitzumachen. Und damals, so alle politischen Kämpfe noch leidenschaftlicher und unwillkürlicher ausgefochten wurden, war der Ton noch ein viel „schlechterer“. Mit Revolution, mit Propaganda der That wurde gedroht und mitunter ein Anlauf dazu genommen. Trotzdem ließ sich der englische Liberalismus dadurch in seinem Kampfe gegen die Landlords nicht beirren, es kam ihm nie der Gedanke, sich mit ihnen zu vereinigen und die Abwehr des Chartismus zum einzigen Inhalt seiner Politik zu machen. Dadurch, daß er das Agrariertum niederwarf, nicht dadurch, daß er zu seinem Handlanger wurde, erwach er jene Kraft, die ihm für lange Zeit die Vorherrschaft in England sicherte.

Die jetzige Haltung des Freisinn ist um so sonderbarer, als gerade in den letzten Jahren von den leitenden Parteien aller Länder die Idee eines Kartells der Linken — bürgerliche Demokratie und Socialdemokratie — aufs eifrigste propagiert und in manchen Ländern, wie Frankreich und Italien, wenigstens mit einem Teil der socialistischen Streitkräfte, verwirklicht wurde. Woher kommt es, daß in Deutschland gerade das Gegenteil dessen eintritt, was in Frankreich praktiziert wurde?

Die Ursachen für diesen Gegensatz sind mannigfaltige, aber eine der wichtigsten dürfte folgende sein: Die bürgerliche Demokratie verliert allenthalben immer mehr Boden in der Klasse, die bisher ihre Hauptstütze war, dem Kleinbürgertum, das immer reaktionärer wird. Sie sieht sich daher immer mehr gezwungen, an jene Klasse zu appellieren, die sie ehemals gringischädig abgestoßen hatte, das Proletariat. Sie fängt daher an, „socialreformerisch“ zu werden. Aber das proletarische Klassenbewußtsein ist zu stark geworden, als

daß sie erwarten könnte, den Ausfall an Kleinbürgern durch Zugang aus Arbeiterkreisen in ihre Reihen deden zu können. Sie muß, mag sie wollen oder nicht, mit einer besonderen proletarischen Partei-Organisation rechnen; aber nun versucht sie, ob es nicht gelänge, sich diese Organisation als solche dienstbar zu machen. Deshalb gehört heute zu ihren Lieblingsideen einmal die „Aussetzung“ der Socialdemokratie, das heißt ihre Verwandlung in eine Partei von Arbeitern mit einem bürgerlichen Reformprogramm, dann aber das Kartell der Linken, das heißt, die Unterordnung der Socialdemokratie unter die Führung der bürgerlichen Demokratie.

Das und nichts anderes ist der Inhalt des Kartells der Linken, wie es die bürgerliche Demokratie anstrebt. Darum tritt sie dafür ein in Frankreich, wo sie stärker ist als die socialistischen Parteien und wo der ministerielle Flügel des Socialismus sich ihr programmatisch und taktisch anpaßt.

Anderes dagegen steht es in Deutschland. Hier ist die Socialdemokratie stärker gemorden als die bürgerliche Demokratie, stärker nicht bloß an Zahl, sondern auch an Ansehen, Kraft und an Weitsicht. Bei uns dominiert daher die Socialdemokratie, so oft die bürgerliche Demokratie mit ihr gegen einen gemeinsamen Gegner vereint vorgehen muß.

Ein Kartell der Linken unter Führung der Socialdemokratie das ist aber ganz etwas anderes als das, was die bürgerliche Demokratie erstrebt. Ein derartiges Kartell widerspricht zu sehr dem bürgerlichen Herrenstandpunkt, dagegen bäumt sich das liberale Whiskerium auf das entschiedenste auf, mit dem letzten Rest politischer Leidenschaft, der ihm geblieben.

Auf eignen Füßen kann aber der Liberalismus nicht mehr stehen; verläßt er es, sich links anzulehnen, muß er sich rechts anlehnen. Er hat nur die Wahl, entweder seine politischen Ideale, ja sogar die Interessen, die er vertritt, zu verraten, um dafür politische Hilfe von rechts zu erlangen, oder seinen Idealen und Interessen treu zu bleiben und dann den Traum von der Raussetzung der Socialdemokratie und ihrer Unterwerfung unter die liberale Führung weiterzuträumen. Er hat die Wahl zwischen Richter und Wacht, zwischen der „Freisinnigen“ und der „Frankfurter Zeitung“. Dieselbe Entwicklung, die in Frankreich den „republikanischen Blod“ bildete, hat in Deutschland die jüngste Form der „reaktionären Masse“ hergestellt; und während sie in Frankreich die socialistischen Organisationen spaltete, hat sie in Deutschland die Gegensätze zwischen den Fraktionen der bürgerlichen Demokratie vertieft.

Nicht der „schlechte Ton“ der Socialdemokratie hat diese Entwicklung herbeigeführt, auch nicht Richters bornierte Stichwaff-Politik ist einzig daran schuld — sie konnte nicht eine solche Kraft erlangen, daß der größte Teil der freisinnigen Politik sie mit Energie mitmachte, wenn sie nicht tiefere Ursachen hätte; und diese liegen in der Kraft und Ueberlegenheit der Socialdemokratie, die namentlich in den Zollkämpfen so glänzend zu Tage trat.

Das Wort von der reaktionären Masse ist falsch, wenn man darunter eine dauernde Erscheinung der bürgerlichen Gesellschaft versteht; aber es wird jedesmal wahr, so oft die Socialdemokratie mit übermächtiger Kraft auftritt, und die Erscheinung, die es bezeichnet, nimmt um so mehr dauernde Formen an, je mehr die überwältigende Kraft der Socialdemokratie aufhört, auch dem größten Optimisten unter ihren Gegnern den Eindruck einer vorübergehenden Erscheinung zu machen.

Als Anerkennung dieser überwältigenden Kraft unsrer Partei haben wir es anzusehen, daß sie zum Mittelpunkt des jetzigen Wahlkampfes geworden ist, trotzdem ihn das Agrariertum zu bilden hätte, wenn man allein die wichtigste unter den nächsten Aufgaben des Reichstags in Betracht nimmt.

Dieser Anerkennung froh wollen wir in den Wahlkampf ziehen: Viel Feind, viel Ehr!

Wahlkampf.

Die Breslauer Kaiserrede als konservatives Wahlsflugblatt. Die „Konservative Korrespondenz“ teilt mit:

Se. Majestät der Kaiser an die deutschen Arbeiter. Unter diesem Titel hat der Hauptverein der Deutschen Konservativen auf mehrfachen geäußerte Wünsche einen Sonderabdruck des vollständigen Wortlauts der Ansprache Sr. Majestät des Kaisers an die Breslauer Arbeiter-Deputation herstellen lassen. Zur Aufklärung der Arbeitererschaft über das Wesen der Socialdemokratie wird dieser Sonderabdruck, der sich zur Verbreitung in Fabriken und Arbeitsstätten eignet, gute Dienste thun. Wir bitten um Bedarfssälle Bestellungen an das Bureau des Hauptvereins der Deutschen Konservativen, Berlin W. 9, Köthenerstraße 3, zu richten. Der Preis ist für 100 Stück 75 Pf., für 500 Stück 2,75 M., für 1000 Stück 4 M. bei portofreier Zusendung.

Die Herren müssen sich schon mit ihrem monarchischem Gefühl abfinden, ob es für einen Monarchisten schicklich ist, den Kaiser als Wahlagitator zu benutzen. Schlichtlich könnte auch die freisinnige Vereinigung auf den Gedanken kommen, das Kaiserwort vom „Protvucher“, oder von der konservativen Fronde, die er „erschmettern“ werde oder die Kanakreden als Wahlsflugblätter zu verbreiten.

Die Antimonarchisten haben natürlich solche Strupel nicht. Und ist die Verbreitung der Breslauer Rede in jeder Hinsicht willkommen. Mögen die Proletarier selbst entscheiden, ob der Kaiser recht hat, die Arbeiter hätten dank der Socialgesetzgebung eine gute und gesicherte Existenz bis ins Alter, oder die socialdemokratischen Lügner und Deyer, die das bestreiten!

Die stumm gewordene „Germania“. Plump, niederträchtige, bodenlos freche, gemeine, ehrlose Wahlsflüge, so sprudelte es vor einigen Tagen aus der frommen „Germania“ gegen uns, weil wir

über eine Art von Anwendung der katholischen Heilmittel im Wahlkampfe berichtet hatten, über die wohl mancher wahrhaft gläubige Christ erschrocken gewesen sein mag. Es hat uns ein teuflisches Vergnügen gemacht, die Centrums-Christen so gotteslästerlich schimpfen zu hören — aber sich selber. Jetzt sind sie verstummt. Nachdem wir in unsrer vorigen Nummer unter genauer Quellenangabe wörtlich citiert haben, wie ein katholisches Blatt dasjenige, was den Herrschaften angeblich am heiligsten ist, das Blut Christi, ihre heilige Messe, die Jungfrau Maria zu den allerweltlichsten Wahlgeschäften verwendet, da ist der „Germania“ der Ton in der Kehle stecken geblieben. Wir kennen uns in der Stufenfolge der himmlischen Strafen und Gnadenmittel nicht so aus, aber wir waren der Meinung, daß wir noch nicht einmal die ganze Wahrheit gaben, als wir von einem Abfah für 200 Tage sprachen; was die fromme Monika denen verspricht, die für Centrumswahlen wirken, ist ja wohl noch viel mehr, wie ein Abfah und die Gotteslästerung — nach katholischen Begriffen — ist noch viel schlimmer.

Darum nun so schweigsam, Ihr Frommen?

Das Wort vom schlechten Manne spielt im Vortrage der diesmaligen Wahlagitator eine Hauptrolle; allenthalben feiert man den schlechten Mann. Sogar aufgestellt hat man wirkliche schlechte Männer, wenn auch nicht gerade viel. Mit dem Aufwand an moralischer Entrüstung, die den Protvucheren so gut steht, hat man dann sogar bewiesen, daß gerade die Socialdemokraten keine schlechten Männer sondern lauter große Herren sind. Erst vor wenigen Tagen ist die lange Liste der großen socialdemokratischen Herren durch die Presse gegangen. Kaum ist diese Nummer in der Versenkung verschwunden, so taucht das Gegenstück dazu auf. Der „Reichsbote“ schreibt in seiner Nr. 121:

In den Großstädten sagen sich die staatsbehaltend gesinnten Kreise, daß alle Mühe und Arbeit für den Ordnungskandidaten verloren ist und für irgend einen socialdemokratischen Cigarrenwickler oder Budiker als Volksvertreter der Centralstelle deutscher Kultur zu stimmen, dazu kann sich ein ernsthafter, verständiger Mensch natürlich nicht entschließen.

Also sind die Socialdemokraten doch schlechte Männer? Warum aber nun wieder diese Abneigung gegen den schlechten Mann, den man gestern noch so gepriesen?

Freisinniges. Der Kandidat der Freisinnigen im Wahlkreise Schwesig-Schmalldorf, Fabrikant Seybold aus München, hat eine ganz besondere Schledchtigkeit an der Socialdemokratie entdeckt: „Sie will die Kaufkraft der Arbeiter nur heben, um sie besser schröpfen zu können.“ Wenn irgendwo ein neuer Wldfium gegen die Socialdemokratie austauscht, so ist er sicher freisinnigen Ursprungs.

„Freisinnige Hebe nach socialdemokratischem Muster“ nennt die „Konservative Korrespondenz“ ein Flugblatt, das die Freisinnige Volkspartei im Kreise Gumbinnen-Insterburg verbreitet. Darin heißt es:

Die Freisinnigen wollen Handelsverträge schließen, die, ohne die Getreide-, Vieh- und Holzölle plötzlich ganz abzuschaffen, sie doch so ermäßigen oder mindestens nicht erhöhen, daß Handelsverträge überhaupt möglich werden.

Die „Konservative Korrespondenz“ bemerkt dazu: „Das ist ganz der Standpunkt, den die Socialdemokraten einnehmen, den aber der Führer der Freisinnigen Volkspartei mit aller Entschiedenheit bekämpft. Hat denn die freisinnige Parteileitung auf ihre Mitglieder in Gumbinnen-Insterburg keinen Einfluß? Oder ist es diesen gestattet, nach Art der Francireuren ein besonderes Hähnlein zu bilden?“

Die „K. K.“ hat recht. In Insterburg kämpfen die Freisinnigen mit socialdemokratischen Waffen. Sie treiben dort eine Politik, die die „Frankfurter Zeitung“ als einen Fehler ersten Ranges bezeichnet und die „Freisinnige Zeitung“ als — handelsvertragsfeindlich verurteilt. Es scheint, als ob die Volkspartei den Ehrgeiz hat, vor ihrem Tode noch nationalliberal oder auch antisemitisch zu werden und jedem zu überlassen, was er denken will.

„Ein erhebendes Schauspiel“ nennt die „Magdeb. Zeitung“ eine Versammlung, die am Montag in Magdeburg stattfand, und in der alle bürgerlichen Parteien — einschließlich der Freisinnigen Volkspartei — einen gemeinsamen Kandidaten, den nationalliberalen Fabrikbesitzer Arendt aufstellten.

Der Arendt will Handelsverträgen zustimmen, die auf Grund des Antrages Kardorff zu Stande kommen! Die 4191 Magdeburger Volksparteiler, die 1898 noch vorhanden waren, wollen also verühen, dem Zollwucherer gegen den socialdemokratischen Volkfeind gleich im ersten Wahlgang zum Siege zu verhelfen.

Wenn wird Eugen Richter sich mit Kröcher nicht nur sachlich, sondern auch formell verschmelzen? Das wäre erst ein erhebendes Schauspiel und machte dem widerwärtigen Schwindel einer reaktionären Unternehmerrliqua, die sich freisinnig und volksparteilich nennt, endlich ein Ende!

Gaust du meinen Valsestrem, hau' ich deinen Kardorff. Aus Obersachsen wird gemeldet, daß das Centrum in Döls-Barthenberg dem Herrn v. Kardorff einen eignen Kandidaten entgegenstellen wird in der Person des Freiherrn v. Wiedel-Distrowine. Der Grund dafür ist in dem Umfande zu suchen, daß die Konservativen in Gleiwitz dem Herrn v. Valsestrem einen eignen Kandidaten entgegengestellt haben.

Um den Arbeitern die Ausübung des Wahlrechts zu erleichtern, hat die Generaldirektion der bairischen Staatsbahnen angeordnet, daß die Arbeiterfahrkarten am 16. Juni wie ebenso bei allen Stich- und Nachwahlen zu jeder Tageszeit benutzt werden dürfen, während sie sonst in der Zeit zwischen 9 Uhr vormittags und 4 Uhr nachmittags keine Geltung haben. Das ist eine sehr anerkenntnenswerte Maßregel, deren Nachahmung zu empfehlen ist.

Der Landrat mit dem Krüskopf. Unsere Ministerischen Genossen hatten am vergangenen Sonntag ein Agitationserlebnis, das lebhaft an die Zeiten des Soldatenkönigs erinnert. Sie vertrieben in der Kreisstadt Coesfeld Flugblätter. Die Reichheit war vorüber, die Verteiler gingen von Hand zu Hand. Da hörte einer von fern rufen: „St. Sie da, gehen Sie mit nicht in das Haus hinein,

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Insetzte für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

„onst lasse ich Sie sofort verhaften!“ Sich umdrehend, gewahrte der Angerufene einen Herrn, der lebhaft mit einem Krüdstock in der Luft herumfuchtelte. Gewohnt an solche Zwischenfälle und in dem Glauben, es sei der Eigentümer des Hauses, wandte sich unser Genosse dem nächsten Hause zu. Da trat ihm der aufgeregte Herr mit dem Stöckel in den Weg:

„Verstehe Ihnen überhaupt das Bettelvertreiben in den Gassen; den ganzen Morgen lausen Sie schon hier herum!“
„Sie haben hier gar nichts zu verbieten, gehen Sie mir aus dem Wege!“ war die Antwort des Angeführten. Mit diesen Worten ging er dem nächsten Hause zu. Da sprang ihm der Herr mit dem Krüdstock abermals in den Weg und schlug mit seinem Stöckel nach ihm. Unser Genosse fing den Stock mit der Hand auf und fing nun gleichfalls an, den sonderbaren Herrn mächtig anzuschreien, so daß ein gegenseitiges Schreien herüber und hinüber entstand. Unterdes waren die andern Flugblattverteiler hinzugekommen und einen dieser bat der Geschlagene, Polizei zu holen.

„Die Polizei bin ich selbst!“ rief der Herr mit dem Krüdstock.
„So? Da werden wir uns sofort beim Landrat beschweren.“
„Der Landrat bin ich selber! Ich verbiete Ihnen das Vertreiben Ihrer Dinger, ich will das nicht haben!“

Unsere Genossen waren zwar nicht wenig erstaunt von dieser seltsamen Vorstellung des Herrn Landrats (Geh. Reg. Rat v. Wönnigshausen), sie ließen sich jedoch nicht ins Widersprechen jagen und führten nun erst eine gründliche Auseinandersetzung mit dem Gefeseshüter über die Rechte der Staatsbürger bei der Reichstagswahl herbei. Der Vorfall hatte natürlich Menschen angelockt; in großen Massen standen die Einwohner Coesfelds um die Gruppe herum und amüsierten sich darüber, wie ihrem krüdstockschwingenden Landrat einmal die Wahrheit gesagt wurde. Diese Gelegenheit benutzten unsere Genossen natürlich auch, um ihre Flugblätter unter die Umstehenden zu verteilten.

Schließlich gab der Landrat diesen Spruch von sich: „Auf den Straßen dürfen Sie verteilen, aber so wie Sie in die Häuser gehen, lasse ich Sie einstecken.“

Unsere Genossen werden hoffentlich die Landratsprügel nicht ruhig hinnehmen, sondern dafür sorgen, daß dem Herrn die Rechte und Pflichten eines Landrats klar gemacht werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Mai.

Agrarconservative Wägen.

Auf unserm Nachweis, daß schon im letzten Jahrzehnt unter dem Vertragszollfuß von 3,50 M. pro Doppelcentner die süd- und westdeutschen Staaten weit höhere Getreidepreise gehabt haben als Frankreich, hat die agrarische Presse bisher geantwortet — die auf den regelmäßigen amtlichen Preisnotierungen beruhende Preistabelle läßt sich, will man sich nicht der Lächerlichkeit aussetzen, nicht anschauen. Dagegen hat irgend einer der findigen Köpfe unter den Agrar-Sozialen jenseit der Rheinlinie gefunden, um zu beweisen, daß die Zollsätze des neuen Tarifs recht mäßige sind. Durch die konservativen Blätter läuft nämlich seit einigen Tagen unter dem schönen Titel „Die Gefährlichkeit der deutschen Agrarier“ eine Notiz, in der behauptet wird, daß Deutschland keineswegs zu den Staaten gehöre, die den höchsten Getreidezoll haben. Treten die im neuen Zolltarif-Gesetz festgesetzten Mindestzölle in Kraft, dann würde Deutschland in der Reihe der Agrarischutzstaaten doch immer erst aufzählen

bei Weizen von der 18. zur 13. Stelle		
„ Roggen „ „ 14. „ 6. „		
„ Hafer „ „ 14. „ 7. „		
„ Gerste „ „ 18. „ 14. „		

Und als nähere Erläuterung dieser Behauptung wird hinzugefügt: „Es würden ihm speziell von europäischen Ländern selbst dann noch immer voranziehen: Frankreich, Spanien, Portugal und daselbst Italien, dessen Minister a. D. Luzzatti uns einst die „gefährlichste Klasse der Welt“ schimpfte.“

Als wir diese Zeilen lasen, waren wir anfangs höchst überrascht. Deutschland steht mit seinem neuen Mindestzollfuß für Weizen erst an 18ter, beim Roggen erst an 6ter Stelle? Wer sind denn diese agrarischen Idealstaaten, die das neue Deutsche Reich preussischer Nation noch überbieten? In Europa haben nur vier Staaten: Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, einen höheren Weizenzoll, und nur ein Land, Portugal, einen höheren Roggenzoll. Auch die größeren asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Reiche und Kolonien: Britisch-Indien, China, Japan, Aegypten, die nordamerikanische Union, Kanada, Mexiko, Argentinien, Chile etc. erheben teils gar keine, teils weit geringere Kornzölle als Deutschland — es können also nur die bankrotten Republikanischen Mittelamerikas oder irgendwelche kleinen halbrotten Staaten Afrikas sein, in welchen die ostelbischen Junker ihre Zollwünsche verwirklicht finden. Und richtig, als wir uns an die wenig angenehme Arbeit machten, die Zolltarife dieser exotischen Exportstaaten durchzusehen, fanden wir unsre Vermutung bestätigt. Die acht großen Kulturstaaten, deren Tarife — außer denen der oben genannten vier europäischen Staaten — noch höhere Weizenzölle aufweisen als der neue deutsche Zolltarif, sind: Ecuador, Columbien, San Salvador, Costa Rica, Honduras, Nicaragua, Mexiko und schließlich Tonkin.

Die durch den finanziellen Bankrott veranlaßte Zollpolitik dieser Staaten ist es, zu der die Gefolgschaft der Waagenheim, Dertel, Kamm u. Co. als zu ihrem Ideal aufblickt und die sie gern als exotische Wirtschaftstabelle nach Deutschland übertragen möchte. Aber selbst bei diesen Staaten stimmt die Rechnung nicht ganz. Das Getreide, das von den ärmeren Klassen jener Länder verbraucht wird, ist der Mais — Weizen wird nur zu gewissen Gebaden verwendet und meist nur von den höheren Schichten gekauft. Der Mais aber zählt in einigen dieser Staaten beträchtlich niedrigere Zölle (in Mexiko z. B. nur 75 Centavos pro 100 Kilogramm), in Honduras ist er sogar (ebenso wie Reis) zollfrei.

Nebrigens kann man auch von Frankreich nicht behaupten, daß es einen höheren Weizenzoll als Deutschland hat. Nach seinem Tarif wird zwar der Weizen mit 7 Fr. (5,60 M.) pro 100 Kilogramm verzollt — der Zoll ist also um 10 Pf. höher, als der Mindestzoll des neuen deutschen Tarifgesetzes; aber aller Weizen, der aus den französisch-afrikanischen Besitzungen in Frankreich einkehrt, ist, wie von den agrarischen Klopffestern immer wieder unterzogen wird, zollfrei — und diese Einfuhr aus den Kolonien deckt in gewöhnlichen Erntejahren ungefähr neun Zehntel der Menge, die Frankreich zu seiner eigenen Erzeugung hinzukaufen muß. Für Roggen, Hafer und Gerste sind aber nicht nur die französischen, sondern auch die italienischen und spanischen Zölle niedriger als die neuen deutschen Mindestzölle — nur Portugal hat unter allen europäischen Staaten den zweifelhaften Vorzug, auch in dieser Beziehung noch Deutschland zu überlegen.

Der Lohn geistiger Arbeit.

Was ist Unternehmergewinn? Eugen Richters Socialisten-Spiegel giebt darauf die altbewährte Antwort: Entschädigung für die Leistung des Betriebes, Risikoprämie oder auch die Belohnung dafür, daß entweder der Betreffende oder seine Eltern oder Verwandte das, was sie erworben, nicht selbst verzehrt, sondern aufgespart und nutzbringend verwandt haben.

Eine der amnützigsten Formen des Lohnes für die geistige Arbeit und die Anwendung von Unternehmerintelligenz ist zweifellos die aufsichtsrätliche Leitung von Aktiengesellschaften. Diese unter der Aufsicht ihres leitenden Gremiums stehenden geistigen Arbeiter müssen ein paarmal im Jahre zusammenkommen und sich für das Wohl der unter ihre Aufsicht gestellten Institute opfern. Dafür beziehen sie Gehälter, die oft nach Zehntausenden rechnen.

Es wäre schade, wenn man nicht aus den ziemlich öden Prozeßberichten der verkrachten Pommerschen Hypothekbank eine überaus prächtige Aufsichtsratsperiode herausfände, in der sich das ganze Wesen des kapitalistischen Unternehmerrgwinns kristallisiert.

Dem Aufsichtsrat der Bank gehörten an: Bankier Albert Schappach-Berlin, Vorsitzender; Geh. Hofrat a. D. Lude-Neustrelitz, stellvertretender Vorsitzender; Justizrat A. Mundel (der inzwischen gestorbene Volksparteil); Se. Durchlaucht Fürst zu Putbus auf Putbus (von Borsenow Fürst Kaputbus genannt), Kammerherr Freiherr A. von Solmaner-Kutwiler auf Burg Ramedh bei Andernach a. Rh., letzterer aus der bekannten Centrumsfamilie, die auch ein Herrenhausmitglied stellt. Diese Herren bezogen 12 1/2 Proz. des Reingewinns als Entschädigung für ihre geistigen Anstrengungen. In der Blütezeit des Schwindels wurde dieser Reingewinn auf Millionen herausgerechnet. 1899 betrug er 1 171 724 M. Also haben die fünf Aufsichtsräte zusammen erhalten 146 465,50 M. oder pro Kopf 29 293,10 M. in einem Jahre.

Es läßt sich denken, daß diese keine Entschädigung für die vornehmen Herren kein angemessenes Entgelt für die Hinstrapagen zu vornehmer Herren darstellt, einmal im Jahre in dem Konferenzsaal eines Berliner Bankpalastes zuzubringen zu müssen. So trugen denn die beiden jetzt vor Gericht stehenden Direktoren Sorge, den Namen die Arbeit so anziehend wie möglich zu gestalten. Wie das gemacht wurde, lehrt eben der Prozeß, in dem folgendes festgesetzt wurde.

Auf Antrag des Staatsanwalts Veed werden die „Sekrete Ausgaben“ zur Sprache gebracht, welche in einem besonderen Buche verzeichnet stehen. — Weisiger Landgerichtsrat Paulsch verliest einige dieser Buchungen. Da heißt es unter anderem: 14. August 1897 für die Aufsichtsrats-Sitzung 132,50 M., für Cigarren zur Aufsichtsrats-Sitzung 40 M. — Februar 1898 für Revisions-Sitzung 403 M., für Wein, Frühstück 161 M.; Frühst. bei der Revisions-Sitzung am 10. Mai 98 M.; Diner für Aufsichtsrats-Sitzung und Generalversammlung 1359 M.; Revisionsfrühst. 95,50 M.; 12 Vilets erster Klasse zur Fahrt nach Neu-Strelitz 146 M.; Trinkgeld für das Jagdpersonal 30 M.

Bei einer Aufsichtsrats-Sitzung verhandelt also die Herren — zwei Direktoren und fünf Aufsichtsräte — für 40 M. Cigarren, pro Kopf etwa 6 Mark; vielleicht sind aber auch Richtstränder darunter. Für ein behandeltes Revisionsfrühst. werden 162 M. gebucht, pro Kopf 28 M. — wie man sieht, sehr bescheiden; außerdem wurden allerdings für diese eine Sitzung noch 403 M. verbraucht. Ein ausgewachsenes Diner kostete natürlich entsprechend mehr; es werden 1359 M. für ein solches Mittagmahl in Rechnung gesetzt. Vielleicht hat man auch ein paar intime Freunde des Hauses und gutgefinnte Aktionäre hinzugezogen, so daß ein Duzend beisammen waren und das Couvert bloß 100 M. kostete.

Und da die Aufsicht in so „stark gefräßt“ Stimmung vollzogen wurde, erklärt sich denn auch, daß der plumpe Schwindel von dieser Verbindung hohen Geburts- und noch höheren Geistesadels, selbst von dem scharfen und geriebenen Juristen Mundel nicht entdeckt wurde. Natürlich aber wäre die Welt untergegangen, wenn die Bank nicht solcher hervorragenden Aufsicht und geistigen Lenkung teilhaftig geworden wäre. Ohne den Fürsten Putbus und den Kammerherrn v. Solmaner ihre Unternehmer-Intelligenz und ihre Risikoprämie von mehr als 20 000 M. wäre die Geldgichte nicht gegangen. Wir zweifeln auch nicht, daß diese Herren die kapitalistische Gesellschaftsordnung für die beste aller Welten halten und bis zum letzten Blutstropfen gegen den Umsturz kämpfen, der selbst das Heiligste nicht achtet: Die geistige Arbeit des Aufsichtsrats.

Deutsches Reich.

Friedrich II. und Wilhelm II. In Döberitz — siehe unsern gestrigen Artikel — ist am Freitag ein Denkmal enthüllt worden. Es zeigt folgende Inschriften:

„Wilhelm II. dem Andenken seines großen Ahnherrn, seiner ruhmvollen Armee und ihrer heldenmütigen Tapferkeit.“

Diesseits: Friedrich II. der Große führte von diesen Feldern vor 150 Jahren sein Heer zu Kampf und Sieg.“

„Nordseite: Friedrich II., König von Preußen, lag mit 44 000 Mann im Lager zu Döberitz 12.—14. September 1763.“

„Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen, lag mit dem Gardecorps im Lager zu Döberitz 28.—29. Mai 1903.“

„Weisseite: „Ihre Thaten bleiben unser Eigentum, ein Beispiel der Nachahmung für alle Zeiten.“

Das „Ihre“ an der Weisseite könnte mißverstanden werden, bezieht sich aber offenbar nur auf Friedrich II. und sein Heer.

Eugen Richter und die China-Expedition. Die „Freisinnige Zeitung“ will es durchaus nicht wahr haben, daß sie es war, die — im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Forderung — gegen eine Einberufung des Reichstages zur Zeit des Chinazuges war. Sie schreibt wieder den Entschuldigungszeitel aus dem „Socialisten-Spiegel“ ab, wonach sie ja im August auch die Einberufung verlangt hat.

Im August war nichts mehr zu ändern und kein mächtiger Einfluß mehr vom Reichstag auszuüben. Anfang Juli war die Graf Bülow im Reichstage richtig bemerkte, der „psychologische Augenblick“, wo die Einberufung des Reichstages dringend wurde. Als Richter bei der Indemnitätsdebatte im Reichstage die Regierung wegen ihres ungeschicklichen Verhaltens angriff, erwiderte Graf Bülow, er wäre ja persönlich geneigt gewesen, den Reichstag Anfang Juli einzuberufen. Als er aber sah, daß die „Freisinnige Zeitung“ sich gegen die Einberufung wandte, habe er Eugen Richter nachgegeben. Alles lächelt über die komische Niederlage des Führers der Volkspartei.

Gefährliche Citate. Ganze fünf „Citats“ hatte die „Konservative Korrespondenz“ irgend einem alten Schmöder entnommen, um die tausendfach in ungewöhnlicher Weise behandelte Stellung der Sozialdemokratie zur Bauern- und Handwerkerfrage zu verurteilen. Zwei Citate konnten wir kontrollieren und es ergab sich, daß sie beide unerschämte Fälschungen waren.

Die „Konservative Korrespondenz“ entschließt sich nun nach längerem Zögern unserm Nachweis zu erwähnen. Die Nichtigstellung der Meinung E. Fischers auf dem Breslauer Parteitag wird damit beiseite geschoben, daß die Unzuverlässigkeit des Protokolls bezweifelt wird. Ja, aus welchen Quellen schöpft denn die „Konservative Korresp.“? Erst wenn man das weiß, läßt sich über die größere oder geringere Zurechenbarkeit der Quellen reden.

Bei dem „Vorwärts“-Citats, dessen Fälschung ins Gegenteil wir nachgewiesen haben, spielt das amtliche Organ der konservativen Partei den Dummen. In welchem Zusammenhang das Citat gebraucht war, verschweigt das Blatt noch immer. Dann aber meint es:

Mit vieler Mühe hat das sozialdemokratische Zentralorgan darin den Fehler gefunden, daß gedruckt war: „Die Ernte gehört nicht den Bauern“, während es heißen soll „die Erde gehört nicht den Bauern“. Alles andre war korrekt und genügt auch in dieser Fassung vollkommen für den Nachweis, daß die Sozialdemokratie das Eigentumsrecht der Bauern an ihrer Scholle belämpft.

Also wahrhaftig, es kommt der „N. N.“ nicht darauf an, ob Erde oder Ernte zu lesen ist. Der Sozialdemokratie aber um so mehr. Die Ernte ist der Arbeitervertrag, die Erde das Produktionsmittel. Die Sozialdemokratie erstreckt gerade deshalb die Ver-gesellschaftung der Produktionsmittel, um dem Arbeiter das Eigentum des Arbeitertrages zu sichern. Die Sozialdemokratie will, daß dem Bauern der Ertrag seiner Arbeit, die Ernte, gehöre, darum gerade will sie die „Erde“ in gesellschaftliches Eigentum überführen. Heute giebt es zahllose Bauern, denen zwar die „Erde“ gehört, während die Ernte den Gläubigern des verschuldeten Grund und Bodens gehört. Das Fälschen von Erde in Ernte war kein harmloses Versehen, sondern die gemeine Absicht die Anschauungen der Sozialdemokratie in ihr Gegenteil zu verzerren. Uebrigens denkt auch niemand daran, das historisch gewordene Kleinbauerntum zu expropriieren. Darüber sind alle Sozialisten einig. Denn die Vererbung des „Vorwärts“ aus dem Jahre 1891 bezog sich lediglich auf den freisinnigen Wahl-schwundel, der die Aufteilung des Großgrundbesitzes in neuen häuerlichen Besitz versprach.

Die „Konservative Korrespondenz“ bemerkt noch: „An den übrigen (3) Citaten weiß aber der „Vorwärts“ gar nichts anzusehen — und das ist die beste Bestätigung der angeblich gefälschten Citate.“ Diese Schlussfolgerung ist so uninnig, das Citat aus Engels können wir erst kontrollieren, wenn uns die „Kons. Korresp.“ die Quelle angiebt, und was die zwei berühmten Citate aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ anbelangt, so ist es uns ganz gleichgültig, ob sie echt oder gefälscht sind. Denn die Sozialdemokratie hat mit ihnen nicht das mindeste zu thun. Die Citate stammen aus dem Mai und Juli 1890. Darnach aber befand sich die „Sächsische Arbeiterzeitung“ vorübergehend in den Händen einer jugendlichen Redaktion, die anarcho-sosialistischen Neigungen huldigte. Die Redaktion verwarf z. B. aus grundsätzlicher parlamentarischer Thätigkeit und brachte nicht einmal Parlamentsberichte. Im August 1890 wurde die Redaktion durch die Dresdener Arbeiterchaft genötigt, ihre Kanten niederzulegen.

Nehmen wir die Bilanz: Von den fünf Citaten sind zwei groß gefälscht, für zwei ist die Sozialdemokratie nicht verantwortlich, selbst wenn sie echt sind, das fünfte können wir einstweilen nicht kontrollieren. Was für vernichtende Waffen führen unsere Feinde.

Offizielle Steuerwissenschaft.

Es war voranzusehen, daß die „Politischen Nachrichten“ auf unsern Artikel, der ihre Redensweise aufdeckt, antworten würden, und zwar wieder nach bekanntem Rezept mit allerlei niedlichen Verdrehungen. Art läßt nun einmal nicht von Art, und eine gewisse Sorte des Offiziösentums nicht von den Praktiken galizischer Hof-tänzer.

Wier Einwände sind es, die das Blatt vornehmlich gegen unsere Berechnung der Steuerbelastung der deutschen und englischen Arbeiter erhebt. Erstens die Einkommensteuer sei zu hoch angelegt, zweitens die Verteuerung der Fleischpreise durch die Viehzölle sei „völlig willkürlich gegriffen“, drittens die Belastung des Arbeiterhaushalts durch den Juckerzoll sei mit 40 Pf. pro Kilogramm um das Doppelte zu hoch berechnet, und viertens die Biersteuer dürfe nur mit 74 Pf. pro 100 Liter angesetzt werden.

„Die Staats-Einkommensteuer einer Familie mit dem genannten Einkommen und drei Kindern beträgt“, heißt es in der Entgegnung, „sofern die Kinder unter 14 Jahren sind, nicht 16, sondern 12 Mark“. Ganz richtig, da aber, soweit aus den Angaben über den Familienstand zu ersehen ist, dieses „sofern“ nicht zutrifft, bleibt es bei 16 M.

Die Belastung der Fleischpreise durch die Viehzölle ist unter Zugrundelegung der von der Berliner Schlachthof-Verwaltung ermittelten durchschnittlichen Schlachtgewichte berechnet, und wenn dieser Berechnung mit einigem Recht ein Vorwurf zu machen ist, so ist es nicht der, daß sie zu hoch, sondern daß sie zu niedrig ist, da der Einfluß der Grenzsperrn und anderer sogenannter „familiärer“ Maßregeln auf die Fleischpreise völlig unberücksichtigt geblieben ist.

Auf derselben Höhe der Leistungsfähigkeit steht die Behauptung, der deutsche Zoll für Zucker betrage nur 20 Pf. pro Kilogramm. Wie ein flüchtiger Blick in den Zolltarif zeigt, beträgt der Eingangszoll 40 Pfennig pro Kilogramm. Die inländische Verbrauchsabgabe beläuft sich allerdings nur auf 20 Mark pro 100 Kilogramm, also 20 Pf. pro 1 Kilogramm; aber es handelt sich nicht darum, was die Regierung an Inlandssteuer erhält, sondern wie weit durch die Zollgesetzgebung der deutsche Zuckerpreis über den Weltmarktpreis hinaufgehoben wird. Und daß tatsächlich die deutschen Zuckerpreise im Durchschnitt um den Zoll höher im Preise stehen, lehrt ein bloßer Blick auf die Kursnotierungen der internationalen Zuckermärkte. Hamburg notierte z. B. gestern per Juni 16,60 M. pro 100 Kilogramm, also noch nicht 8/8 Pfennig pro Pfund Rohzucker.

Der Brauereiertrag pro 100 Liter beträgt allerdings, wie wir selbst in dem betreffenden Leitartikel (Nr. 122) dargelegt haben, im Brauereier-Gebiet nur 74 Pf.; da aber in diesem Betrag die Verteuerung des Bieres durch die Getreide-, Malz-, Hopfen- und Zuckerzölle nicht enthalten ist, haben wir den Eingangszoll in Anrechnung gebracht. Nach der Wirtschaftstheorie der „Politischen Nachrichten“ ist das unbillig, weil die Verteuerung dieser Materialien durch die Zölle ja nur höchstens eine „minimale Einwirkung“ auf die Bierpreise haben könne.

Rebendei benutzt das ehrenwerte Blatt den Bierkonsum des Arbeiters zu einer Aufzählung der niedrigsten Anteile der herrschenden Klasse gegen die Lebensansprüche der Arbeiter. Es müßte an die Ausgabe des Nürnberger Arbeiters für Bier folgenden Sermon: „Nicht ohne Interesse ist ferner die Thatsache, daß der „Vorwärts“ als Bierverbraucher der von ihm als Beispiel gewählten Arbeiterfamilie 720 Liter angiebt. Das macht einen Aufwand für Bierverbrauch im Jahre von etwa 200 M., oder nahezu den siebensten Teil des Gesamteinkommens der betreffenden Arbeiterfamilie. Diese kann mithin den vollen Arbeitsverdienst von mehr als 1 1/2 Monaten für Biergenuss verwenden. In dieser Thatsache liegt eine treffende Kritik sowohl der immer noch in den sozialdemokratischen Blättern pulsenden Verelendungstheorie, als auch der gerade jetzt bei den Wahlen mit besonderem Nachdruck aufgestellten Behauptung von der Ausbeutung durch die Arbeitgeber.“

Thatsächlich hat der Arbeiter nicht 200, sondern nur 179 M. für Bier ausgegeben. Dann aber handelt es sich, wie in unserm Artikel ausdrücklich hervorgehoben wurde, um das Budget eines Arbeiters in A. u. N. b. g., wo das Bier Hauptnahrungsmittel ist und den meisten sonstigen Bedürfnissen vorangeht. Nicht doch in der Familie des betreffenden Arbeiters nur an den hohen Festtagen Butter auf dem Brot gegeben, sonst stets trocken Brot.

Das alles unterschlägt jedoch wohlweislich das Blatt; es läßt eben, wie es in A. u. N. b. g. heißt, — wie ein Offiziöser! — daß ein Arbeiter aus Bier trinkt, ist natürlich überflüssig; daß ein Junker durch das Einsetzen für höhere Zölle sich eine Erhöhung seines jährlichen Einkommens um 5000 oder 10 000 Mark verschafft, unter allen Umständen berechtigt.

Ultramontane Terrorismus gegen einen Arzt.

In der medizinischen Zeitschrift „Medico“ vom 27. Mai lesen wir folgende erbauliche Erzählung:

Zu der über Eberhardzell in Württemberg verhängten Sperre gehen uns folgende Mitteilungen zu: In Eberhardzell bietet die Praxis für einen einzigen Arzt ein mäßiges Einkommen; mit ihr ist eine Ord- und Zahnarztstelle mit einem Honorar von 1200 Mark verknüpft. Nach dem Ableben des früheren Arztes übernahm im Februar 1902 Dr. A. diese Stelle, und zwar durch Kauf des Anwesens des verstorbenen Vorgängers, nachdem das Schultheißenamt den Uebergang des bisherigen Vertragsverhältnisses auf ihn zugestimmt hatte. Der vorgelegte Vertrag wurde von Dr. A. am 2. März 1902 unterzeichnet. Kurz darauf erlitt Dr. A. eine schwere Lungenentzündung. Wenige Tage nach seiner Genesung wurde er amtlich vor das Schultheißenamt geladen und dort von dem Schultheißen und dem Pfarrer empfangen. Das Wort ergriff der Pfarrer, nicht der Schultheißen, und führte aus, daß, wenn der Dr. A. sich nicht ent-

Klischee könne, jeden Sonntag in die Kirche zu gehen und samt seiner Familie der Gemeinde ein erbauliches Beispiel zu geben, er seiner Stellung als Arzt- und Armenarzt entbunden werden müsse. Dr. A. legte gegen eine derartige Zumutung und Behandlung sehr energisch Verwahrung ein, die Folge davon war eine Besprechung der Angelegenheit in einer Versammlung des Gesamt-Gemeindevorstandes, in welcher der Pastor L. den Arzt nicht nur wegen seines Verhaltens in kirchlicher Beziehung kritisierte, sondern auch seine berufliche Tätigkeit in seiner Privat- und ambulanten Praxis angriff und herabsetzte. Als Ergebnis dieser Beratung wurde dem Dr. A. unter dem 29. Dezember 1902 folgendes Schriftstück überhandt: „Schultheißenamt Eberhardzell: Betreff: Mangelhafte Behandlung der Kranken durch den Herrn Ortsarzt Dr. A. sowohl in Privatpraxis als auch im Spital, auch Anstände bezüglich der sonstigen Führung. Da durch die Ihnen schon mündlich vorgelegte mangelhafte Erfüllung Ihrer Verpflichtungen und durch die auferlegten, nicht vorwurfsfreie Führung der Fortbestand und die Rentabilität des Spitals in Frage gestellt ist, sehen sich die bürgerlichen Kollegien und die Orts-Armenbehörde zu folgenden Beschlüssen veranlaßt: 1. Dem Dr. A. das Wartegeld mit 1200 M. bis 1. März 1903 fortzureichen, von da ab aber daselbe auf 600 M. herabzusetzen, falls bis dahin die Erfüllung der Dienstpflichten des Arztes nicht eine andre Regelung der Sache erfordert; 2. bis dahin die Fortsetzung eines Vertrages sowohl als die Herbeiführung der Bestätigung des Dr. A. als Orts-, Armen- und Spitalarzt zu unterlassen. (NB. Der Vertrag war am 2. März 1902 nur vom Arzt, nicht aber von den Gemeindevorständen unterzeichnet, auch hätten diese es unterlassen, die Bestätigung der Oberbehörde herbeizuführen); 3. dem Dr. A. aufzugeben, sich mit dem R. Pfarramt spätestens bis 1. Januar 1903 hinsichtlich befriedigender Regelung seiner und seiner Familie religiöser Angelegenheiten und Bemühens zu setzen; 4. dem Dr. A. von diesen Beschlüssen sofort Kenntnis und Gelegenheit zur Äußerung zu geben, welche letztere bis zum 31. d. M. beim Schultheißenamt einlaufen muß, bez. A. hinsichtlich der Rentabilität des Spitals muß darauf hingewiesen werden, daß die Statistik des Jahres 1901/1902 2854 Verpflegungstage aufweist. Da nun die geforderte Antwort nicht nach dem Wunsche der Gemeindebehörde ausgefallen ist und Dr. A. nicht in die Herabsetzung des Honorars einwilligte, so ist ihm am 1. Mai die Stelle gelündigt, diese aber mit 1000 M. Gehalt unter Chiffre ausgeschrieben worden. Nach dieser Vorgeschichte wird sich wohl so leicht kein Arzt zur Uebernahme der Stelle bereit finden, zumal die Praxis in Eberhardzell mehr als einen Arzt nicht ernähren kann.“

Das ist ein Terrorismus, wie er im Buche oder vielmehr in der bürgerlichen Presse, nicht zum mindesten in der Centralpresse steht; nur daß er nicht von socialdemokratischen Strafkassen-Vorständen, sondern vom Herrn Pastor und dem gut christlichen Gemeinderat geübt wird. Offenlich findet man dagegen die richtigen Entrüstungsworte. Wir werden nicht zögern, sie zu registrieren.

Wieder eine Freizugs-Unwahrheit! Und wird geschrieben: Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat der freisinnige Landtags-Abgeordnete und Stadtverordnete Goldschmidt in einer Versammlung im dritten Wahlkreise behauptet, die socialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion habe durch einen Ansuchenvertrag es verschuldet, daß den städtischen Arbeitern nicht schon in diesem Jahre nach fünfjähriger Dienstzeit ein Urlaub gewährt werden konnte. Diese Behauptung ist gänzlich unrichtig! Die Vorlage des Magistrats, bei deren Beratung der Antrag Dr. Nathan-Goldschmidt auf Gewährung von Urlaub nach fünfjähriger Dienstzeit gestellt wurde, kam erst am 2. April dieses Jahres in der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung. Ein Antrag auf Verweisung an einen Ausschuss war nicht allein von der socialdemokratischen Fraktion — die Gewährung eines Urlaubs schon nach einem Jahr forderte —, sondern gleichzeitig auch von der „alten Linken“ gestellt, die allein für sich nahezu die Mehrheit der Versammlung bildet. Im übrigen war die Verweisung an einen Ausschuss direkt durch die Geschäftsordnung geboten, da sowohl der Antrag Dr. Nathan-Goldschmidt, als der socialdemokratische Antrag eine Geldbewilligung in sich schloß. Nachdem gemäß dem Beschlusse der Versammlung ein Ausschuss eingesetzt war, wurde von den socialdemokratischen Mitgliedern der Vorsitzende gebeten, den Ausschuss möglichst bald einzuberufen, damit schon in diesem Jahre eine Urlaubsbewilligung in größerem Maßstabe stattfinden könne. Das lehnte der Vorsitzende — Herr Cassel — mit der Begründung ab, daß in diesem Jahre doch nichts mehr zu machen sei. Als dann die Ausschussung stattfand, wurde von socialdemokratischer Seite — wie der „Vorwärts“ bereits früher berichtet hat — eine Resolution eingebracht, daß möglichst schon in diesem Jahre der Urlaub in dem vom Ausschuss beschlossenen Umfange — d. h. nach fünfjähriger Dienstzeit — gewährt werden sollte. Gegen diese Resolution wandte sich Stadtrat Ramstau, indem er behauptete, daß die Urlaubsordnung unter allen Umständen vor dem 1. April aufgestellt sein müßte, und daß nachträgliche Änderungen unmöglich seien. Das genügt den anwesenden Freizugsanhänger: alle stimmten sie gegen die socialdemokratische Resolution, alle, auch — Herr Goldschmidt, den das freilich nicht abhält, mit solchen Unwahrheiten in freisinnigen Versammlungen hausieren zu gehen.

Fall Kalajew Nr. 2? Im April dieses Jahres ist an der Nyskower Grenzstation ein Lehrer Namens Hippolit Popowski aus Kamienice verhaftet worden. Man hatte bei ihm — anscheinend unlänglich der Postkredit — ein Paket der in Deutschland durch Verleumdung des Reichskanzlers verbotenen national-demokratischen polnischen Monatschrift „Przeglad Bozeczpolski“ und der für die Schuljugend bestimmten „Zeta“ gefunden. Popowski wurde in das Nyskower Gefängnis eingeliefert und dort bis jetzt festgehalten, trotzdem ihm keinerlei strafbare Handlung nachgewiesen werden konnte. Schließlich wurde er der Verbreitung verbotener ausländischer Druckschriften angeklagt und hatte sich deswegen am 27. Mai vor der Weithener Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten, da die Blätter ihm abgenommen worden seien, ehe er zur Verbreitung schreiten konnte. Der Haftbefehl wurde zugleich aufgehoben. In dem Augenblicke erhob sich der Staatsanwalt und teilte mit, Popowski müßte zurückgehalten werden, da er von dem Regierungspräsidenten den Auftrag erhalten habe, Popowski nicht zu entlassen, sondern der Weithener Polizeibehörde auszuliefern.

Demgemäß wurde auch beschloffen. Besteht etwa die Absicht, Popowski den russischen Behörden auszuliefern?

Wie kommt man denn eigentlich dazu, einen gerichtlich freigesprochenen Mann noch weiter zu behalten, statt ihm die Freiheit zurückzugeben?

Dat dem die Kritik, die am Fall Kalajew geübt wurde, gar nichts genützt? — Einige oberösterreichische Blätter melden, daß Popowski „nur“ zur Grenze abgehoben werden solle.

Das rechtfertigt nicht im geringsten die Verhaftung eines Mannes, der keiner strafbaren Handlung schuldig oder verdächtig ist. Es wird darüber Auskunft gegeben werden müssen, ob ein gesetzlicher Grund zur Verhaftung vorhanden war. —

Husland.

Die Frage der Zollpolitik im britischen Unterhause. Im Unterhause kam es am Donnerstag zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen Balfour und Chamberlain. Nachdem Dilke die Chamberlain'sche Rede in Birmingham hingewiesen und nach der Stellungnahme der Regierung zu den Vorzugszöllen gefragt hatte, ergriff Premierminister Balfour das Wort zu einer längeren Darlegung seines Standpunktes. Er erklärte, die jegliche

Zoge sei verschieden von der Lage im Jahre 1848. Nicht eine civilisierte Nation außer England habe den Freihandel angenommen, kein Gemeinwesen zeige die mindeste Bereitschaft zu einer Abänderung seiner Politik. England habe daher einem Zustande der Dinge entgegenzusehen, bei dem mehr und mehr eine Mauer feindlicher Tarife gegen es errichtet sein werde, wobei die auswärtigen Nationen ihre Befugnis zur Handhabung ihres Tarifs zum Nachteil Englands gebrauchten und England immer weniger im Stande sein werde, in civilisierten Ländern Märkte für seine Waren zu finden. (Weisfall bei den Ministeriellen.) England wird dann eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einzuführen haben und durch seine Ausfuhr bezahlen müssen, die unterzubringen es die größten Schwierigkeiten finden wird. Diese Folge wird gegenwärtig durch die Thatsache verhäßt, daß wir ein gewaltiges Anlagekapital im Auslande besitzen und es für uns daher verhältnismäßig leicht ist, unsere Nahrungsmittelbedarf nicht lediglich durch die Ausfuhr unserer Fabrikate, sondern auch durch Schuldbillungen fremder Nationen zu decken. Wenn von irgend einem fremden Lande der Versuch gemacht ist, zu erklären, wir seien so getrennt von unsren Kolonien, daß diese mit Recht als besondere Nationen behandelt werden dürfen, so werden wir durch den Patriotismus der öffentlichen Meinung wie durch die Rücksicht auf uns selbst und unsre Kolonien gezwungen sein, uns dem zu widersetzen und wenn nötig durch Vergeltungsmassnahmen im Steuerwesen zu widersehen. (Weisfall.) Sind die Kolonien mit Selbstverwaltung von den Vorteilen auszunutzen, die den unter vollständiger Kontrolle der Centralverwaltung stehenden Kolonien anderer Nationen gewährt werden? Wir würden niemals unsre Zustimmung zu einer solchen Anschauung geben, aber es kann ihr kein hinreichender Widerstand geleistet werden, wenn wir nicht zollpolitische Waffen zur Hand haben, wodurch denjenigen, die das Reich in seinem Bestande zu lockern suchen, ein entsprechender Widerstand geleistet werden kann. Der zweite Grund, eine solche Politik einzuschlagen, ist der, das Reich enger zusammenzuschließen. (Weisfall.) Das Volk dieses Landes ist nicht gewillt, einen Nahrungsmittelzoll anzunehmen, außer als einen Teil einer großen Politik, die es von Herzen auf sich nimmt, wenn wir durch das Mittel des Nahrungsmittelzollens die ganze zollpolitische und reichspolitische Stellung des Landes auf eine bessere Grundlage stellen würden. Ist es sicher, daß die arbeitenden Klassen den Vorschlag ablehnen werden? (Weisfall.) Ich weiß es nicht; aber wenn die Frage nicht hier und in den Kolonien erörtert wird, wie können wir zu einem Beschlusse in der Angelegenheit kommen? Ich gebe die Schwierigkeiten zu, die durch die überlieferte Abneigung der Bevölkerung gegen die Lebensmittelszölle geschaffen sind, und durch die traditionelle Vorliebe der Kolonien für Schutzzölle. Wenn wir diese Schwierigkeiten nicht überwinden können, können wir keinen Plan dieser Art aufstellen.

Es besteht kein Widerspruch zwischen meinen Ansichten und denen Chamberlains. Wenn selbst angenommen wird, daß Chamberlain seine eigne Politik dargelegt hat, so besteht doch kein Grund, ihn preiszugeben. Die in Rede stehende Frage ist keine solche, die das Haus in dieser oder der nächsten Tagung zu entscheiden haben wird. Die Frage wird überhaupt nicht von diesem Hause entschieden werden, es ist eine Frage der Steuerpolitik, die die sorgfältigste Prüfung erfordert.

Hugh Cecil (Conservative) spricht für ein Eintreten Großbritannien zu Gunsten Kanadas in dessen Zollkonflikt mit Deutschland.

Darauf ergriff Minister Chamberlain, von den Ministeriellen mit andaltem Weisfall begrüßt, das Wort und führt aus: Die gegenwärtige Debatte ist vermutlich nur von Spähern der Oppositionsführer in Scene gesetzt. Hugh Cecil ist bei seinen interessanten und gemäßigten Darlegungen in demselben Irrtum wie alle meine Vorredner mit Ausnahme von Balfour verfallen, nämlich daß eine neue Politik geplant sei, welche mit einem Streiche eine gänzliche und vollkommene Umkehrung von Englands gesamter Zollpolitik herbeiführen solle. Wir ist durchaus nichts von einem solchen Vorschlage von meiner Seite oder von jemand sonst bekannt; vielmehr ist meine Anregung viel eingeschränkter Natur, sie ist auch von dem Lande bei verschiedenen Gelegenheiten während der letzten fünf oder sechs Jahre dargelegt worden. Es giebt nach unsrer Ansicht gewisse Abweichungen von der Freihandels-Doktrin, welche unsre sorgfältige und unmittelbare Aufmerksamkeit erfordern. Die Oppositionellen wollen wissen, ob Balfour und ich in scharfem Gegenfuge zu einander stehen. Sie haben eine Antwort erhalten. Indessen will ich doch, damit kein Irrtum bestehen kann, meinerseits in dieser Sache sagen, daß ich mit jedem einzelnen Wort von Balfours Rede einverstanden bin. (Weisfall bei den Ministeriellen.) Und soviel ich weiß, besteht darüber keinerlei Meinungsverschiedenheit im Princip zwischen uns.

Chamberlain fährt fort: Ich will alles, was in meiner Macht steht, thun, um diese Frage in ihrer ganzen Tragweite vor das Volk zu bringen. (Weisfall bei den Ministeriellen.) Ein Mitglied des Hauses hat nach einem Plane gefragt. Wenn unter einem Plan ein ins einzelne gehender Entwurf bezüglich eines neuen Tarifs oder einer neuen zollpolitischen Abmachung über Gegenseitigkeitsverträge verstanden wird, so kann im gegenwärtigen Augenblicke nichts Derartiges vorgelegt werden. So lange wir den Kolonien nur sagen können: „was ihr vorschlagt, ist gegen Englands Steuerhystem“, so lange haben wir keine Waffen in Händen und können nicht den Angriffen auf unsre Kolonien begegnen, die schon ernst sind und noch weit ernster werden können. Lassen Sie mich hervorheben, daß ich bedauern würde, wenn irgend eine gehässige Bezugnahme auf Deutschland stattfinden sollte, aber ich bin genötigt, auf Deutschland Bezug zu nehmen, da Deutschland das einzige Land ist, welches in feindseligem Sinne Notiz von den Vorzugsbestimmungen seitens Kanadas genommen hat. Weder Frankreich noch Rußland, noch die Vereinigten Staaten haben daran Anstoß genommen, Deutschland allein hat gegen Kanada Strafmaßnahmen in der Höhe eines sehr beträchtlichen Zuschlagszollens verfügt. Warum? Weil Kanada ganz freiwillig englische Waren diese Vorzugsbehandlung gewährt hat. Diese Angelegenheit muß vor das Volk Englands kommen, und ich bin vollkommen geneigt, daß das Volk eine Antwort in ungewöhnlicher Form erteilen wird. Die Opposition denkt, die Antwort werde verneinend ausfallen, ich habe im allgemeinen gefunden, daß die andre Seite recht hat.

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß Vereinbarungen, durch welche uns die Kolonien soviel geben, als wir ihnen geben, mit allen Kolonien zu Stande gebracht werden könnten. Die Regierung wünscht vom englischen Volke zu wissen, was es verlangt und was es bereit ist zu geben, wenn eine Bevorzugung auf Gegenseitigkeit vereinbart werden soll. Wir könnten nicht nur empfangen, sondern müßten auch geben. Und unser Leben würde darin zu bestehen haben, daß wir auf irgend ein wichtiges Ereignis der Kolonie einen Vorzug einräumen, sei es auf Rohmaterial, sei es auf Nahrungsmittel, sei es auf beide. Die Steuer müßte Verwendung finden für die sociale Beschäftigung. Alterspensionen und andre Dinge würden verwirklicht werden können, wenn eine solche Politik verfolgt würde. Eine solche Steuer brauchte nicht notwendig ein Schutzzoll zu sein, könnte aber gelegentlich als solcher dienen. Es war sodann die Rede davon, ob wir unsre Kolonien zu verteidigen hätten, was wir zum Beispiel zu Deutschland zu sagen hätten. Wir haben der deutschen Regierung Vorstellungen über Vorstellungen in Bezug auf ihre Behandlung Kanadas ohne Erfolg gemacht. Und ich sehe auch nicht, wie die deutsche Regierung etwas thun kann, ehe das deutsche Volk findet, daß es seine Sache an Kanada nicht führen kann, ohne in gewisser Weise an den eignen Tischen zu leiden. Ich würde als Unterhändler nach Deutschland kommen und sprechen: Wenn ihr uns in diesem nicht entgegenkommen könnt, fürchte ich, auf jenes einen Vollegen zu müssen. (Heiterkeit.) Dies würde notwendig Deutschlands ganzen Handel in einem bestimmten Artikel treffen. So würden wir die Sache dem Verständnis der Deutschen am meisten nahe bringen. Es ist durchaus nötig, daß wir die Vollmacht haben, Zölle auf gewisse Artikel zu legen, wenn wir überall Vergeltungs-Massregeln ergreifen sollen, wounsr Kolonien durch Repressalien fremder Mächte geschädigt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die kroatischen Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten aus Dalmatien, Istrien und Triest veröffentlichen in den Blättern ein Manifest über die Vorfälle in Kroatien. Sie erklären darin, es stehe fest, daß in Kroatien und Slavonien starke Unzufriedenheit herrsche, die sich an vielen Orten in so heftigen Kundgebungen Luft machte, daß zur Wiederherstellung der Unruhe die gesamte Wehrmacht im Lande nicht ausreichte, vielmehr Truppen aus Oesterreich und Ungarn requiriert werden mußten. Solche Erregung könne nicht künstlich erzeugt werden, sondern habe ihre Ursache in der traurigen Lage des Landes. In Kroatien waltete Willkür. Die Presse werde unterdrückt. Der Steuerdruck sei unerträglich. Ein Zehntel der Kroaten befände sich jenseits des Ozeans. Die nationalen Rechte der Kroaten würden verlegt. Das Manifest drückt schließlich die Ueberzeugung aus, die letzten Ereignisse würden die über das kroatische Volk verbreiteten Vorurteile zerstreuen und ihm die Sympathien der civilisierten Welt erringen. —

Frankreich.

Die Angriffe des „Figaro“ auf den Marineminister Pelletan. Die Vermutung, daß der Brief Parahres an Pelletan eine große Fälschung sei, ist bereits durch die gestern Abend spät aus Paris eingelaufenen Telegramme (siehe letzte Nachrichten) in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ bestätigt worden. Die Abfertigung, die Pelletan den Antrieben der hinter dem „Figaro“ stehenden nationalistischen Clique zu teil werden ließ, war äußerst wohlverdient; und wie sehr er dabei die Zustimmung der Kammermehrheit fand, zeigt die Thatsache, daß nach dem amtlich festgestellten Ziffern die Tagesordnung, welche die gegen Mitglieder der Regierung gerichtete Verleumdung mißbilligt, mit 329 gegen 8 Stimmen angenommen worden ist — nicht, wie gestern gemeldet wurde, mit 338 gegen 18 Stimmen.

Natürlich setzt der „Figaro“ munter seinen Verleumdungsfeldzug fort. Die der „Vossischen Zeitung“ telegraphiert wird, beantwortet er die gestrige Versicherung Pelletans, daß er Parahres Erpressungsbrief nie bekommen hat, und daß er zweifellos auch nie geschrieben wurde, damit, daß er erklärt, der Brief sei am 26. September eingeschrieben aufgegeben und von einem Amtsdienner des Marineministeriums empfangen worden. Die von diesem Unterbeamten unterschriebene Empfangsbefestigung trage die Nummer 708. Ein ausgefragter Bruder Parahres meint, der Brief sei sicher geschrieben worden, es sei indes möglich, daß er nie an seine Bestimmung gelangt sei, da die Polizei im vorigen September Parahres scharf überwacht und seine Briefe abgefangen habe.

Die Verleumdung des ehemaligen Oberstaatsanwalts Abgeordneten Zlandin gegen Edgar Combes und mittelbar gegen dessen Vater, den Ministerpräsidenten, hat die Wirkung gehabt, die erschütterte Einigkeit des Modcs einweilen wieder zu befestigen. Die Wut gegen Zlandin, der mit eiserner Stirne und freudem Lächeln die empörenden Verwahrungen Combes und die Entrüstungsschreie der Kammer über sich ergehen ließ, war derart, daß man zeitweilig besorgen mußte, der Verleumder werde in öffentlicher Sitzung gehängt werden. Combes rief ihm ins Gesicht: „Sie handeln wie der elendeste aller Strolche.“ Von der Linken rief man ihm zu: „Lump! erbärmlicher Schurke! nichtswürdiger Lügner!“ —

Norwegen.

Eine großartige Rasendemonstration haben die Arbeiter Kristianias am Dienstagabend gegen die vom Aboething beschlossenen Strafbestimmungen gegen die Arbeiterorganisationen veranstaltet. Der Demonstrationzug zählte an 11 000—12 000 Teilnehmer, darunter gegen 1000 Frauen. An der Spitze des Zuges wurde eine große Fahne mit der Aufschrift: „Wir fordern ein Schutzgesetz, kein Ruchthausgesetz!“ getragen. Es wurde beschloffen, an das Aboething das Ersuchen zu richten, den § 1 so abzuändern, wie er vom Socialkomitee des Aboethings vorgeschlagen war, oder andernfalls das ganze Schutzgesetz abzulehnen, da es in der vom Aboething beschlossenen Form nur eine neue Waffe in der Hand der Arbeitgeber gegen die organisierten Arbeiter bilden würde. — Dieses Gesuch ist am Mittwoch dem Aboethingpräsidenten Horst überreicht worden durch eine Deputation unter Führung des Vorsitzenden der Socialdemokratischen Vereinigung, S. Jensen. Der Aboethingpräsident erklärt, daß das Gesuch mit größter Gewissenhaftigkeit geprüft werden solle. —

Sociales.

Ueber die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und andern Bleiprodukten

hat der Bundesrat unter dem Datum von 28. Mai 1903 neue Bestimmungen erlassen, durch welche die bisher für Bleifarben- und Bleizuckerfabriken gültige Verordnung in verstärkter Form auf alle Anlagen ausgedehnt wird, in denen Bleifarben oder andre chemische Bleiprodukte oder bleihaltige Farbenmischungen hergestellt werden. Auf Bleifarben finden diese Bestimmungen keine Anwendung, ebensowenig leider auf andre Gewerbebetriebe (Malerei, Farbenhandlungen etc.), in denen fertige Farben lediglich gemischt oder mit Del und Firnis angerieben werden.

Bezüglich der Arbeitsräume wird neben den bisherigen Vorschriften über die Ventilation verlangt, daß dieselben ebene, feste Fußböden und glatte, abwashbare Wände haben müssen. Die Fußböden müssen, wenn sie nicht infolge des Betriebes ständig feucht sind, täglich mindestens einmal feucht gereinigt, die Wände, welche keine wachsbare Verklebung oder keinen Lackanstrich haben, mindestens einmal jährlich mit Kalmilch gestrichen werden.

Die Schmelzgefäße für Blei sind mit Abzugsvorrichtungen zu überdecken.

Die Dampfkammern sind nicht nur wie bisher feucht zu erhalten, sondern auch, bevor sie nach beendeter Oxidationsprozedur betreten werden, ausreichend abzulüften und zu durchlüften. Der Arbeitgeber hat einen mit den erlassenen Vorschriften vertrauten Meister oder Vorarbeiter zu beauftragen, die bei der Entleerung der Dampfkammer vorkommenden Arbeiten unaußergelast zu beaufsichtigen. Die dazu bestellte Person ist für die Befolgung der Vorschriften verantwortlich.

Die Bestimmungen, welche Arbeiterinnen den Aufenthalt nur in solchen Räumen gestattet, wo sie mit bleihaltigem Staub und eisenhaltigen Gasen, Dämpfen und Stoffen nicht in Berührung kommen, ist bis zum 1. Juli 1913 verlängert. Bis zu eben diesem Zeitpunkt ist es verboten, in Fabriken, welche der Herstellung von Bleifarben oder andern chemischen Bleiprodukten dienen, jugendliche Arbeiter zu beschäftigen oder auch nur den Aufenthalt zu gestatten.

Der Maximal-Arbeitszeit für Arbeiter, welche mit Bleiprodukten in Berührung kommen, ist von bisher zwölf auf acht Stunden täglich herabgesetzt.

Im übrigen bleiben die bisherigen für Bleizucker- und Bleifarben-Fabriken bestehenden Bestimmungen in Kraft. Die Verschärfungen der neuen Verordnung gelten für diese Anlagen vom 1. Juli 1903 ab. Für die neu betroffenen Betriebe müssen sämtliche Bestimmungen bis zum 1. Juli 1904 durchgeführt sein.

Am bedeutendsten erscheint wohl in der neuen Verordnung die Herabsetzung der bisher zwölfstündigen Arbeitszeit auf eine achtstündige. Für das Beschneiden und Entleeren der Oxidierkammern ist ausserdem angeordnet, daß die Arbeit bei mehr als sechsstündiger Arbeitszeit mindestens durch drei einstündige Pausen zu unterbrechen ist. Bei längerer Dauer der Beschäftigung ist den Arbeitern nach je zwei Stunden Arbeitszeit eine einstündige Pause zu gewähren.

Räucher der Beschäftigung mit dem weichen Phosphor und mit Quecksilber wirkt wohl kaum eine andre auf den Körper der Arbeiter so ruiniös, wie die mit bleihaltigen Substanzen. Leider gestattet die Technik heute noch nicht, wie beim Phosphor, einfach mit einem Verbot der gefährlichen Arbeitsmittel und Arbeitsmethoden vorzugehen. Was die Verwendung bleihaltiger Farben anbelangt, so behaupten Sachkenner, daß man das Bleiweiß sehr gut durch das ungefährliche Zinkweiß ersetzen könne. Hier

bleibt es bedauerlich, daß der Bundesrat, wenn ihm diese Frage für ein direktes Verbot auch noch nicht genügend geklärt erschien, zu Gunsten derjenigen Betriebe, welche lediglich Farben mischen, eine Ausnahme zugelassen hat. Würden die sonst geltenden Bestimmungen auch auf diese Betriebe ausgedehnt werden, so würde zweifellos die daraus erwachsende Unbequemlichkeit dieselben zwingen, sich nach einem Ersatz der bleibhaltigen Farben umzusehen; es würde dadurch nicht nur die Verwendung, sondern auch die Herstellung derselben einen Rückschlag erfahren haben.

Der **Katzen-Ladenschluß** soll in Preußen weitere Verbreitung finden. Ein diesbezüglicher Antrag ist von Inhabern offener Verkaufsstellen der Konfektions-, Woll-, Tuch-, Woll- und Baumwoll- und ähnlichen Branchen gestellt worden, dem auch Interessenten der Holz-, Holz- und Holzwaren-Branchen sich angeschlossen haben. Zur Regelung der Angelegenheit, insbesondere zur Feststellung der erforderlichen Zweidrittelmehrheit ist seitens des Potsdamer Regierungspräsidenten der Bürgermeister Hertens zum Kommissar bestellt worden. Dem Katzen-Ladenschluß unterliegen bereits die Papierwaren- und Nähmaschinenhandlungen. Bei den Material- und Kolonialwarengeschäften, wovon allerdings die Spezialgeschäfte und die kleinen Krämer leider noch eine unrichtliche Ausnahme machen, ist es schon lange freiwilliger Brauch, daß die Verkaufsstellen um 8 1/2 Uhr geschlossen werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Tarifvertrag der Stukkateure. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Stukkateure gab es am 8. Mai am Donnerstag einige Aufklärungen über den Abschluß des Tarifvertrags, der hauptsächlich durch einen Vergleich zu Stande gekommen sei und nicht, wie der Redner seiner Zeit irrtümlich berichtet habe, auf Grund eines Schiedspräsidenten. Uebrigens habe sich der Vertreter der Arbeitgeber in demselben Irrtum befunden. An dem Vertrag selbst und an seiner Gültigkeit werde dadurch selbstverständlich nichts geändert. Wenn nun die Berichtigung von Herrn v. Schulz im „Vorwärts“ weiter die Meinung erwecken könne, die Vertreter der „Freien Vereinigung“ seien ganz freiwillig von ihrem Vertrag zurückgetreten, so müßte doch, führte der Redner weiter aus, konstatiert werden, daß sie sich wohl durch die Verhältnisse dazu gezwungen sahen. Der Redner forderte sodann die Anwesenden auf, für strenge Durchführung des Tarifs Sorge zu tragen. — Die Diskussion ergab, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war. Weiter erklärte sich die Versammlung mit dem Beschluß der Lokalkommission, den Vorsitzenden Krebs nach fernemhin zu besetzen, bis die vorliegenden Arbeiten erledigt seien, einverstanden. Sodann wurde beschlossen, den Extrabeitrag von 10 Proz. des Lohnes um 5 Proz. herabzusetzen. Außerdem wurden in geheimer Abstimmung die Kandidaten zur Schlichtungskommission und Arbeitsvermittlungskommission aufgestellt. Die Wahl selbst wird in einer gemeinsamen Versammlung des Centralverbandes und der „Freien Vereinigung“ nach dem Proportionalsystem erfolgen.

In der Versammlung wurde auch die Wahl der Schlichtungskommission vorgenommen. Zur Wahl standen 8 Kandidaten, Abgegeben wurden 315 Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Krebs 225, Jänike 312, Möser 308, Scheel 266, Hanke 230. Diese fünf sind gewählt. Außerdem erhielt Gänther 182, Bleibman 127, Blantfeld 86 Stimmen.

An die Arbeiter Berlin wendet sich der Centralverband der Barbiergehilfen mit dem Ersuchen, darauf zu achten, daß die Gehilfen mit einer gelben Kontrollkarte versehen sind, auf welcher die dritte Malwoche abgestempelt ist. Nur in solchen Geschäften, wo die arbeitenden Gehilfen im Besitze einer solchen Kontrollkarte sind, herrschen geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wird nochmals aufmerksam gemacht auf das Inserat in der Donnerstagsnummer. Zu demselben sind noch folgende Geschäfte nachzutragen: Selzer, Jennigsdorferstr. 5; Reining, Schliemannstr. 27; Kröhne, Putzmeisterstr. 47a; Schulze, Forststr. 41.

Achtung! Bergolder! In der Goldleistenfabrik von Müller (Inhaber Babe), Frusthstraße 63, haben sämtliche Kollegen sowie der Beleger die Arbeit niedergelegt wegen Fälschung eines Kollegen. Zuzug ist streng fern zu halten. Der Vorstand der Filiale Berlin.

Der Ausstand der Serriter in der Lederfabrik G. Meyer, Prinzen-Allee, ist beendet; die Firma hat die Forderung anerkannt.

Achtung! Herren-Nachschneider. In der gestrigen Notiz betr. die Arbeitsniederlegung bei der Firma Chr. Peters ist uns ein Irrtum unterlaufen. Nicht die Kollegen in Kiel, wo sich das Hauptgeschäft befindet, sondern in Wilhelmshafen sind mit dieser Firma in Differenzen geraten. Es ist deshalb nach letzterem Ort der Zuzug fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen.

Deutsches Reich.

Zur Beendigung des Konflikts im Dresdener Baugewerbe wird uns zur Ergänzung der gestrigen Depeschen aus Dresden geschrieben:

Am Donnerstagnachmittag haben auf dem Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Verhandlungen des Komitees der Ausgesperrten mit den Vertretern der Innungs-Vorstände stattgefunden. Es ist beschlossen worden, die Aussperrung aufzuheben. Die importierten Tschechen und Italiener sollen innerhalb 14 Tagen entlassen werden. Die Unternehmer verpflichten sich, einen Stundenlohn von 46 Pfennigen zu zahlen. (Die Forderung der Maurer und Zimmerer war bekanntlich: Vertragliche Festlegung eines Mindestlohnes von 45 Pf.) Eine unmittelbare nach den Vergleichsverhandlungen anberaumte Versammlung der Bauhandwerker hat den Vergleichsbedingungen zugestimmt, auch die Unternehmer haben die Einigungsbedingungen bedingungslos angenommen. Am Dienstag soll die Arbeit wieder aufgenommen werden. Der Ansturm der Unternehmer gegen die Organisation der Arbeiter ist glänzend abgeschlagen.

Die Menschenansammlungen, die am Mittwoch einen bedenklichen Charakter annahmen, waren am Donnerstag nicht von Bedeutung. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte am Nachmittag in einem Aufruf an die Arbeiter aufgefordert, den Ansammlungen fernzubleiben und falls Blut zu betreten. Die beruhigende Wirkung des Appells, der auch als Flugblatt verbreitet und an den Straßenecken mit Genehmigung der Polizei angeklebt wurde, war unverkennbar.

Die Aussperrung in Iserlohn steht noch auf dem alten Fied. Kennenwerte Änderungen sind nicht eingetreten. — Die Leiter der rheinisch-westfälischen Gauen von 11 gewerkschaftlichen Centralverbänden erlassen einen Aufruf an die organisierten Arbeiter Rheinlands-Westfalens. Der Aufruf lautet:

Der erbitterte Kampf um die Organisation, der den Iserlohrer Arbeiter durch brutale Unternehmerrückgriffe aufgezwungen ist, dauert nun schon sieben Wochen. Der Zusammenhalt der im Kampfe stehenden Kollegen ist erfreulich, die Ruhe geradezu großartig. Fremdenzuzug gelang es fast völlig fernzuhalten, so daß der Stand des Kampfes ein äußerst günstiger genannt werden kann. Doch sind große Geldmittel erforderlich, um die Ausgesperrten über Wasser zu halten. Ist auch bis jetzt der Geldbezug gut gewesen, so ist es doch notwendig, daß auch für die Zukunft die finanziellen Zuwendungen in derselben Weise erfolgen wie bisher. Bei der ungeheuren Bedeutung, die der Ausgang des Kampfes in Iserlohn für die gewerkschaftliche Bewegung Rheinlands-Westfalens hat, ist es deshalb notwendig, mit Eifer die Sammlungen fortzusetzen! Gebt durch schnelle, reichliche Gaben einen schönen Beweis Eurer Solidarität!

Zur Aussperrung in Bremen wird bürgerlichen Blättern telegraphiert, die ausständigen Kleinrenten hätten ihre Forderungen zurückgezogen, soweit es sich um den Karntentag, die Anerkennung des Arbeitsnachweises und die Freigabe des 1. Mai handelt. Darauf traten die Parteien in eine Vorbesprechung ein, über deren Ergebnis noch Beschluß zu fassen ist.

Der Formerstreik auf den Harzer Werken in Jorze und Blankenburg bildete kürzlich den Gegenstand einer Verhandlung, die zwischen der Lokalkommission und der Direktion unter dem Vorsitz des Blankenburgers Kreisdirektors und im Beisein des Gemeinderats von Jorze stattfand. In einer Verständigung zwischen den Parteien kam es nicht, da die Direktion nichts bewilligen will. Die Verhandlungen gestalteten sich zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Vertretern beider Parteien. Der Kreisdirektor, der irreführt durch die parteiische Berichterstattung von Unterbeamten, zu Beginn der Verhandlung gegen die Arbeiter eingenommen war, kam infolge der gegenseitigen Aussprache zu einer anderen Ansicht und sogte am Schluß der erfolglosen Verhandlung zu den Arbeitern: „Von heute ab werfe ich keinen Stein mehr auf Sie.“ — Die Former streifen weiter, Zuzug ist fernzuhalten.

Brauerei-Arbeiter. Wegen Differenzen in der fürstlich Fürstentum Brauerei in Donaueschingen ist Zuzug von Brauerei-Arbeitern fernzuhalten.

Der Centralverband der Töpfer

hält in der Pfingstwoche seine sechste Generalversammlung in Reichen ab. Der Geschäftsbericht, den der Vorstand für die Jahre 1901 und 1902 erstattet, ist soeben gedruckt erschienen. Der Bericht sagt, daß das Jahr 1901 im Norden Deutschlands für den Beruf eine erhöhte Arbeitsgelegenheit gebracht hat. Die lebhaftere Bauhätigkeit in Berlin brachte auch den Ofensehern reichlichere Arbeitsgelegenheit. Während in den Jahren 1899—1900 1500 Kollegen in Arbeit standen, waren 1901—1902 deren 2500 beschäftigt. Die lebhaftere Thätigkeit in Berlin hatte zur Folge, daß auch in den Orten, welche Nachmaterial nach Berlin liefern, volle Beschäftigung vorhanden war. Die günstige Konjunktur übte einen fördernden Einfluss auf die Organisation aus, und konnten auch durch zahlreiche Lohnbewegungen die Arbeitsverhältnisse verbessert werden. Ungünstiger war die Lage in Sachsen und Süddeutschland. In Sachsen hat sich erst in dritten Vierteljahre 1902 die Geschäftsthätigkeit einigermaßen gehoben. In Süddeutschland, besonders in München und Würzburg, war die Krise sehr schwer. Die Organisation litt darunter in hohem Maße.

Um die nach Ort und Zeit sehr verschiedenen Schwankungen des Arbeitsmarktes zu beobachten und danach, soweit es möglich ist, die Arbeitskräfte zu verteilen, hat der Verband regelmäßige Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Arbeitsgelegenheit veranstaltet, die jedoch ihren Zweck noch nicht erfüllen, weil sich bisher noch nicht alle in Frage kommenden Orte daran beteiligt haben.

Aus einer vom Verbandsverwalter Statistiker über Lohnhöhe und Arbeitszeit geht hervor, daß die Ofensehern in 90 Orten eine 9—10stündige in 3 Orten eine 10—11stündige und in 22 Orten eine 11—12stündige Arbeitszeit haben. Darüber hinaus gehen noch drei Orte mit 12—13 Stunden, während ein Ort mit 8 1/2, und zwei mit 8 Stunden die niedrigste Arbeitszeit haben. Bei den Werkstuben-Arbeitern ist die geringste Arbeitszeit 9 Stunden (in 4 Orten); am häufigsten kommt die 10—11stündige Arbeitszeit vor (in 102 Orten); in 4 Orten wird 11—12 Stunden gearbeitet. Die Scheidentöpfer haben mit wenigen Ausnahmen eine 10—11stündige Arbeitszeit.

Die Stundenlöhne der Ofensehern bewegen sich in den meisten Orten (61) zwischen 30—40 Pf. 40—50 Pf. werden in 27 Orten, 50—60 Pf. in 18 Orten, 60—70 Pf. in 8 Orten, über 70 Pf. in 3 Orten verdient. 6 Orte verzeichnen Stundenlöhne von 25—30 Pfennig. — Die Werkstuben-Arbeiter haben in 47 Orten 20—30 Pf., in 39 Orten 30—40 Pf., in 13 Orten 40—50 Pf. Stundenlohn. — Die Scheidentöpfer haben in 14 Orten 20—30 Pf., in 8 Orten 30—40 Pf., in 3 Orten 35—40 Pf. Stundenlohn.

Die Zahl der Mitglieder des Verbandes hat sich seit der vorigen Generalversammlung (1901) um 1657 vermehrt. Gegenwärtig hat der Verband in 148 Filialen 8844 Mitglieder und 420 Einzelmitglieder. Von den 9182 Mitgliedern sind 5127 Ofensehern, 3093 Werkstuben-Arbeiter, 520 Scheidentöpfer, 220 Nöhrenarbeiter, 242 Seher und Werkstuben-Arbeiter.

Die Lohnkämpfe der beiden Jahre wurden zum Teil mit großer Ausdauer und Zähigkeit geführt. Es wurden 87 Streiks ausgedehnt. Mit vollem Erfolg endeten 28, welche 222 Wochen dauerten bei einer Beteiligung von 1442 Mitgliedern. Diese Streiks kosteten dem Verbands 47 712 M. Mit teilweise Erfolg schlossen 3 Streiks ab, an denen 70 Mitglieder beteiligt waren. Die Dauer derselben beträgt insgesamt 19 Wochen, die Kosten 2200 M. Erfolglos waren 6 Streiks mit 117 Beteiligten und einer Dauer von 90 Wochen. Sie kosteten 13 770 M. — In 59 Orten sind durch Verhandlungen ohne Streik Verbesserungen erzielt worden.

In den beiden Berichtsjahren hatte der Verband eine Einnahme von 254 947,03 M., eine Ausgabe von 186 350,07 M. Das ergibt einen Ueberschuß von 68 596,96 M. Das Verbandsvermögen beläuft sich auf 90 363,78 M.

Verfammlungen.

Eine General-Abrechnung mit den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften

wurde am Donnerstag in vier, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufenen, ungewöhnlich stark besuchten Versammlungen vorgenommen. Es handelte sich um eine Besprechung der bekannten Vorgänge bei dem Streik der Metallischen Arbeiter. — Im Gewerkschaftshause sprach Wiewenthal, in den Andreasköfen Pawlowitsch, in den Arminiusshallen Wehring und in den Germaniaöfen Cohen.

Die Versammlung in dem letztgenannten Etablissement gewann noch dadurch ein erhöhtes Interesse, daß die Hirsch-Dunderschen Generalräte durch Veranstaltung einer Gegen-Demonstration im kleinen Saale dafelbst den Versuch machten, sich ihren Mitgliedern gegenüber von der auf ihnen lastenden Schuld zu reinigen. Es ist bezeichnend für das Schuldbewußtsein dieser am Gleichheit, daß sie den Berichterstatter des Metallarbeiter-Verbandes aus ihrer „öffentlichen“ Versammlung unter Jodeln und Schreien hinauswiesen. Dagegen ließ sich ihrer offiziellen Vertreter, trotz ausdrücklicher Einladung und Zusicherung freier Diskussion, in der fast zehnfach so stark besuchten Verbandversammlung sehen. Zu erwähnen ist, daß am Hofe dieses Etablissements und auf der Straße in nächster Nähe desselben nicht weniger wie 24 Schulkente postiert waren, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. In irgend welchen Zwischenfällen ist es trotz des starken Polizei-Aufgebotes jedoch nicht gekommen.

Der Thatsachbestand, welcher in den einzelnen Versammlungen festgelegt wurde, ist folgender: Die Arbeiter der Firma Mehlisch waren sich unter einander schon seit längerer Zeit schuldig geworden, den Reumstentag um 1. Juni, eine kleine Lohnaufbesserung für Lohnarbeiter, 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden und einen Fabrikabschluss zu fordern. Die Direktion lehnte die Forderungen ab. Am Mittwoch, den 20. Mai, war die beschlußfassende Versammlung, ob die Forderungen durch Eintritt in den Streik erkämpft werden sollten oder nicht. Weit über drei Viertel der in Frage kommenden Arbeiter erklärten sich für den Streik. Darauf legten am Freitag, den 22. Mai, sämtliche 450 Arbeiter mit Einschluß der etwa 20 dort beschäftigten Hirsch-Dunderschen Kollegen die Arbeit nieder. Nur 4 oder 5 Unorganisierte blieben im Betriebe. Dieses einmütige Vorgehen blieb nicht ohne Eindruck auf die Fabrikleitung; sie machte einige geringfügige Zugeständnisse, u. a. stellte sie die Einführung des Reumstentages zum 1. Oktober in Aussicht. Da aber die Direktion bereits früher, als es sich um

die Abschaffung des Ueberstunden-Uebersundenwesens handelte, ihre damals gegebene Zusage nicht gehalten hat, so konnten die Arbeiter auch auf die jetzigen Versprechungen derselben keinen Wert mehr legen. Sie waren sich einig, den Streik geschlossen weiterzuführen. In diesem Zwecke wurde dem Verlangen der beteiligten Hirsch-Dunderschen, auch ihrerseits im Streikkomitee vertreten zu sein, selbstverständlich ohne weiteres entsprochen. Nun aber belanzen es die Generalräte der Hirsche mit der Angst. Sie fürchteten außer den Kosten des Streiks sogar eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter durch die Röhrenmacher. Wichtigstens gaben sie vor, dieses zu fürchten, weil die Firma Mehlisch Mitglied jenes berüchtigten Scharfmacher-Verbandes ist. Da kam es ihnen denn sehr gelegen, daß der Direktor der Fabrik seinen Vertrauten, einen Hirsch-Dunderschen Vicemeister, der in seinem Gewerksverein bereits in äußerster Mißkredit geraten war, zu ihnen schickte, um Verhandlungen einzuleiten. Die Generalräte schwammen jetzt in Wonne. Plötzlich eilte Herr Gleich auf zum Direktor der Fabrik. Dieser machte ihm auch die vorerwähnten belanglosen Versprechungen. Das genügte Herrn Gleich. Schnell trommelte er seine streikenden Anhänger zusammen und ließ sie beschließen, am Montag, den 25. Mai, die Arbeit wieder aufzunehmen ohne Rücksicht auf irgendwelche andre Beschlüsse der übrigen Streikenden. Am nächsten Tages in der Streikversammlung darüber zur Rede gestellt, gestanden die Hirsche ihren Verrat ein und wurden infolgedessen als bewußte Streikbrecher aus der Versammlung gewiesen. Doch nicht allein daß sie am Montag die Arbeit wieder aufnahmen, schämten sich ihre Führer auch nicht, dem Fabrikanten andre, am Streik nicht beteiligte Arbeiter als Arbeitswillige zuzuführen. Mit dieser schändlichen Handlungsweise, die sie in ihren Flugblättern und Zeitungsartikeln wohlwollend verschwiegen, haben die Hirsch-Dunderschen Generalräte ihren Arbeitsnachweis einseitig zu einem Streikbrecher-Bureau und sich selbst in aller Form zu Streikbrecher-Agenten degradiert. Sämtliche Teilnehmer der vier Metallarbeiter-Versammlungen gaben ihrer Entrüstung darüber unverbundenen Ausdruck. Ihre Meinung war allgemein: Sollte dieser Streik verloren gehen, so tragen lediglich die Hirsch-Dunderschen die Schuld daran. Folgende Resolution wurde überaus einstimmig angenommen:

Die versammelten Metallarbeiter nehmen Kenntnis von den Vorgängen beim Streik der Kollegen der Firma Mehlisch und erklären: Die Handlungsweise der Hirsch-Dunderschen ist ein Verrat, wie er schlimmer und schändlicher nicht gedacht werden kann. Damit, daß der Arbeitsnachweis dieser Organisation auch noch Arbeitskräfte nach Mehlisch vermittelt, wird ihrem schamlosen Treiben die Krone aufgesetzt. Alles in allem zeigt die Organisation der Hirsch-Dunderschen, daß sie sich ehrlich bemüht, den Arbeitgebern Streikbrecher zuzuführen und betreibt ist, eine Streikbrecher-Organisation zu werden, die jeder ausständige Arbeiter meiden muß.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit gingen die Referenten zu einer nicht minder herben Kritik der gegen die Streikenden verübten Polizeimaßregeln über. Am Mittwoch erfolgten 16 und am Donnerstag etwa 20 Siftierungen von Streikposten. Der Polizeihauptmann jenes Reviers hat den Siftierten auf der Woche in der Großen Hamburgerstraße eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: „Ihre Führer sagen Ihnen zwar, sie hätten ein Recht, Streikposten zu sichten. Ich aber verbiete Ihnen das Streikpostensichten.“ Die der Vorgesetzte, so natürlich auch die Untergebenen. Den Ausständigen wird von fast allen Beamten, Lieutenants, Wachmeistern, Schulrenten und „Geheimen“ das Streikpostensichten ohne weiteres verboten. In Ausübung ihrer gesetzlich gewährleisteten Rechte kümmern sich die Posten natürlich nicht um derartige völlig unbedeutende Verbote, und die Folge ist dann ihre Siftierung. Am Mittwochmittag wurden zwei Streikposten nach dem Polizeipräsidium auf dem Alexanderplatz eingeliefert und mußten dort mit allerhand verkommenen Leuten zusammen bis Donnerstagnachmittag zubringen. In dem 22 Schritt langen, 9 Schritt breiten und etwa 3 1/2 Meter hohen Arrestraum waren im Laufe der Nacht und des nächsten Morgens nicht weniger wie 85 Personen eingeliefert worden. In dieser Gesellschaft konnten die beiden Streikposten haften, bis sie ohne protokolllarische Vernehmung, obgleich sie solche gefordert hatten, nach 24stündiger Haft wieder entlassen wurden. Beide werden gegen den betreffenden Lieutenant, der ihre Einlieferung veranlaßte, Strafanktrag wegen Freiheitsberaubung stellen. Das Vorgehen der Polizei dürfte überhaupt eine Menge gerichtlicher Verhandlungen nach sich ziehen, denn es ist ausgeschlossen, daß sich ehrliche Arbeiter eine derartige Behandlung seitens der Polizeibehörde gefallen lassen.

Donnerstagmorgen durchstufte die Säl, als die Referenten die Anwesenden aufforderten, am 16. Juni den Hirsche züchtenden Freisinnigen wie auch der schneidigen Polizei die richtige Kultung für ihr Verhalten auszustellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Handlungsgehilfen-Bewegung in Ungarn.

Budapest, 20. Mai. (W. D.) Die hiesigen Handlungsgehilfen haben heute hier wegen Erlangung der vollen Sonntagsruhe demonstriert und in die Säden der widerstrebenden Kaufleute Ammoniakpulver und Schloralk gestreut, um die Kunden zu verschrecken. Die Polizei zerstreute die Demonstranten.

Explosion.

Budapest, 20. Mai. (W. D.) Infolge einer Kesselexplosion wurde heute früh das Kesselhaus der ungarischen Petroleum-Industrie-Gesellschaft in die Luft gesprengt. Dem Eingreifen der Feuerwehr gelang es den Brand zu lokalisieren und namentlich die in der Nähe befindlichen neuen großen Petroleum-Reservoirs zu retten. 1 Arbeiter wurde getötet, 2 tödlich und 1 sehr schwer verletzt.

Bergsturz.

Bogen, 20. Mai. (W. D.) Durch einen Bergsturz im Ledrothal wurde ein Haus weggerissen. Die Straße ist verschüttet, der Verkehr unterbrochen.

Macedonien.

Konstantinopel, 20. Mai. (W. T. D.) Die Pforte hat der österreichisch-ungarischen und der russischen Vorkommission eine längere schriftliche Mitteilung über die Durchführung der Reformen in den drei Wilajets zugehen lassen. Aus den näheren Angaben, die zweifellos auf dem jüngsten Gesamtbericht des Generalinspektors Hilmi Pascha beruhen, ist zu entnehmen, daß bisher 722 nichtmohamedanische Gendarmen und 121 Polizisten angestellt worden sind. Fünfzehn namentlich aufgeführte Beamte wurden wegen Unbrauchbarkeit oder wegen Vergehens teils abgesetzt, teils in Untersuchung gezogen. Bis Ende April wurden 2044 Feldwächter, darunter 1077 nicht mohammedanische, neu ernannt. Im Wilajet Usak wurden 10, im Wilajet Monastir 8 neue Rabie oder Gemeindebezirke errichtet; in letzterem wird die Errichtung zweier weiteren vorbereitet. 270 Verhaftungen wegen gemeiner Vergehen wurden durchgeführt, wobei die Komitadschi nicht mitgerechnet sind. Die nach den Wilajets Usak, Saloniki und Adrianopel gesandte Kommission zur Wiedergulassung der nach Bulgarien Verbannten soll in Tätigkeit sein. Die Mitteilung der Pforte besagt ferner, daß die Zweigstellen der Ottomanischen Bank in den drei Wilajets ihre Thätigkeit begonnen haben.

Ministerverantwortlichkeit in Japan.

Tokio, 20. Mai. (W. T. D.) Mehrere Parteien des japanischen Parlaments sahen den Beschluß, die Regierung gemeinsam zu belächeln und die Einführung der Verantwortlichkeit der Minister zu fordern. Dieses Vorgehen hängt mit Vorkommnissen in Beamtenkreisen zusammen.

Frauenarbeit in Baden im letzten Jahre.

Die Frauenarbeit hat in dem diesjährigen Bericht der badischen Fabrikinspektion sehr eingehende Beachtung gefunden. Bemerkenswert ist hier zunächst eine Auskunft der ersten Assistentin über ihren Verkehr mit den Arbeiterinnen: „Während ich in der Fabrikinspektion war, haben sich Arbeiterinnen ohne vorherige Anregung überhaupt selten an mich gewandt. Dinge, welche nicht ebenso gut mit Männern hätten verhandelt werden können, wurden dabei von den Arbeiterinnen ihrerseits nicht berührt. Sobald ich aber Fragen an sie richtete, die speziell die Hygiene des weiblichen Organismus betrafen, waren sie gerne bereit, mir Auskunft zu geben und offenbar dankbar dafür, daß auf solche Dinge ein Augenmerk gerichtet wurde. Ich erinnere mich eines Falles, wo mir Weberinnen über die nachteiligen Folgen des anhaltenden Stehens während der Schwangerschaft berichteten und hinzusetzten: So etwas fragen die Herren eben nicht. ... Reines Erachten liegt der Schwerpunkt der Wirksamkeit einer Frau im Gewerbe-Aufsichtsdienst nicht darin, daß sie bereit ist, Klagen entgegenzunehmen, sondern darin, daß sie herausfindet, wo etwa Schädigungen der Gesundheit der Frauen zu erwarten sind und dann fragt. Ich habe z. B. in sehr vielen Fällen mit einzelnen Arbeiterinnen über § 137 Abs. 5 der Gewerbe-Ordnung gesprochen und sie auf die üblen Folgen aufmerksam gemacht, die eine verfrühte Wiederaufnahme der Arbeit (früher als 6 Wochen nach der Entbindung) nach sich zieht. Sobald die Arbeiterinnen sehen, daß die Beamtin sich für ihre Gesundheitsverhältnisse interessiert, reden sie auch darüber, was einem Manne gegenüber nicht immer der Fall ist.“ Diese Winke über die Tätigkeit der Assistentin sind sehr wertvoll, aber sie lassen sich nicht ohne weiteres für das wichtige Gebiet gesundheitlicher und anderer Schäden durch die Zustände oder Einrichtungen in der Fabrik verwenden. Hierüber bei einer Revision zu sprechen, wäre für die Arbeiterin sehr genagt, da ein unvorsichtiges Wort genügen kann, sie brotlos zu machen. Auch wenn es ihr nicht an Vertrauen mangelt, wird sie in solchen Fällen den Verkehr durch eine Mittelsperson vorziehen.

Aus der Reihe der Übertretungen von Schutzgesetzen für Frauen und Kinder heben wir nur einige hervor, so besonders die Beschäftigung von Kindern in verbotenen Betrieben. In 4 Sägewerken halfen Kinder von 10—14 Jahren an schulpflichten Nachmittagen beim Aufsehen von Brettern und dergleichen, was durch die Klagen der Schulbehörden über Vernachlässigung der Schularbeiten zur Kenntnis der zuständigen Behörde gelangte. Die Eltern setzten dem Verbot dieser Kinderbeschäftigung einigen Widerstand entgegen, unter Hinweis darauf, daß andere Kinder in der Landwirtschaft und insbesondere durch Dungtragen in den steilen Weinbergen weit mehr angestrengt würden.“ Diese schwebelichen Arbeiter wissen eben nicht, daß die Kinder in der Landwirtschaft jeder Ausbeutung preisgegeben werden müssen, damit die Herren Agrarier möglichst billige Arbeitskräfte zur Verfügung haben. Die Hiesigen geben hier wie überall ein böses Beispiel in unerlaubtem Mißbrauch kindlicher und jugendlicher Arbeitskraft; ihre schlechte bezahlten Arbeiter können es versuchen, den hohen Lohn durch überlange Mitarbeit der Kinder zu ergänzen. In kleineren Betrieben, besonders in Buchdruckereien und Schlossereien, blüht die Beurlaubungspraxis um so gewissenloser, da dehnbare Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung Zweifel zulassen, ob diese Betriebe der Aufsicht unterliegen. Kinder- und Frauenarbeit haben trotz schlechten Geschäftsganges keine Ausnahme erlitten; die Zahl der weiblichen Arbeiter betrug im ganzen 69 017; von denen 51 863 Erwachsene, 7385 Jugendliche und 289 Kinder unter 14 Jahren. In den 2907 revidierten Anlagen arbeiten 42 249, also mehr als 1/3, der in revidierten Betrieben Beschäftigten. Sehr dringend wäre eine Ausdehnung der Revisionspflicht auf die Maßgeschäfte mit der überlangen Arbeitszeit der Konfektionsarbeiterinnen, welche sich um so mehr jeder Zumutung fügen müssen, da sie leider der Organisation ganz fern stehen. Aber auch überall sonst, wo der Arbeitende abhängig ist von dem guten Willen anderer, findet sich Gelegenheit, mit Umgehung des Gesetzes die Schwachen zu schädigen. So zahlen viele Klassen die Wächnerinnen-Unterstützung nur für 4 Wochen, weshalb die armen Mütter nach Ablauf dieser Zeit, oft zur schweren Schädigung von Mutter und Kind, gezwungen sind, vorzeitig die Arbeit wieder aufzunehmen. Geradezu unglaublich erscheint es, daß in zwei Fällen diese vierwöchentliche Unterstützung im ganzen 14 W. betrug. Weiter aber ist noch der gewissenlose Mißbrauch der Reiter einer großen Fabrik einer armen Arbeiterin gegenüber gestattet. Ihr Anspruch auf Wächnerinnen-Unterstützung wurde zurückgewiesen, weil sie sich ihre Krankheit selbst zugezogen habe.“ Eine Beschränkung beim Bezugsamt verhalf der Verhöhlten zu ihrem Recht. Der Bericht einer Krankenkasse wies auf die große Schädlichkeit des Stehens für den weiblichen Organismus hin, die sich unter den Arbeiterinnen zweier großer Spinnereien und Webereien durch eine große Anzahl von Klafffüßen und Fußverkrümmungen kund tat; auch das frühe Abwischen vieler Arbeiterinnen schreibt er dem Einwirken des beständigen Stehens im Entwicklungsalter zu. Besonders angreifend ist die Arbeit der Saunenschneiderinnen, die stehend und gehend mit vorgebeugtem Oberkörper arbeiten. War es hier nicht möglich, eine Verringerung herbeizuführen, so gelang dies doch in einer Cellulosefabrik, wo die Arbeit nun im Sitzen ausgeführt wird. Zweifellos könnte auch bei den Textilbetrieben manche gesundheitliche Verbesserung eingeführt werden, wenn die Herren dazu geneigt wären. Das Eichen allein thut es freilich nicht; wie wenig einwandfrei dies unter Umständen sein kann, beweist eine große Tabakspinnerei: „Die feuchten Tabakbündel wurden auf die Bank, die die Arbeiterinnen zum Sitzen gebreitet und ein Brett darüber gelegt, auf das sich dann die Rippen während der Arbeit setzen mußten. Im Laufe des Tages drang die Feuchtigkeit nach und nach in die Kleider und es wurde verschiedentlich über Entzündungen geklagt. Die Fabrikinspektion beantragte, daß durch Verwendung von Tabakpressen die ungesunde, unschöne und unpassende Arbeitsweise in Fortfall kam.“ Man könnte für die geradezu groteske Art dieses Betriebes auch noch deutlichere Worte finden als unästhetisch.

In mehreren Fällen wurde Klage über das Benehmen der Meister oder sonstigen Vorgesetzten geführt, welche die Arbeiterinnen in unästhetischer Weise belästigten; einmal betraf die Klage sogar ein Mädchen unter 10 Jahren. Für eine gerichtliche Klage fehlten die Unterlagen, wie meist in solchen Fällen, und wenn auch Entlassungen stattfanden, so ließ sich doch die Betriebsleitung nicht zur Anstellung weiblicher Aufsichtspersonen bewegen; dem einzigen Mittel, ähnlichen Wiederholungen einen Riegel vorzuschieben.

Ein Sonderbericht „über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der in Fabriken und den diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen“ giebt Antwort auf die Fragen des Reichsamt des Innern über die Einführung des Fünftages, des Mittagspauses von 1 1/2 Stunden und des Arbeitschlusses an Sonn- und Feiertagen zu einer früheren Stunde als 6 1/2 Uhr. Zunächst ergab die Untersuchung der gegenwärtigen Arbeitszeit, daß schon jetzt in 106 Betrieben mit 1113 Arbeiterinnen bis zu 9 Stunden, in 1170 mit 19 004 Arbeiterinnen 9—10 Stunden, 766 mit 30 160 Arbeiterinnen 10—11 Stunden und darüber in 114 mit 650 Arbeiterinnen beschäftigt sind; d. h. also, 39 Proz. der Arbeiterinnen in 60 Proz. der Betriebe arbeiten 10 Stunden und weniger. Bei den Tabakfabriken mit elfstündiger Arbeitszeit steht diese jedoch zumeist nur auf dem Papier, da in den tatsächlichen Betrieben die Arbeiterinnen später kommen und früher gehen, wenn häßliche oder feldarbeiten dringend erscheinen. Mit Berücksichtigung aller Einzelfälle kann man annehmen, daß bereits 60 Proz. aller Arbeiterinnen den Fünftagstag besitzen. Seine gesetzliche Festlegung würde daher auch in Baden keinen Schwierigkeiten begegnen. Bedenklich erscheinen nur die Vorschläge für vermehrte Ausnahmestage — von 60 auf 80 — z. B. für die Porzellan- und Schmiedewaren-Industrie und damit eine erneute Verjudung zu allerlei Gesetzesübertretungen. Mag auch eine Ueber-

gangszeit als notwendig erachtet werden, so sind doch die übrigen Ausnahmebestimmungen gewiß vom Uebel. Sind sie z. B. bei der Nahrungsmittel-Industrie und ähnlichen hier und da unvermeidlich, so dürfte man doch nie die Saisonarbeit damit unterstücken, diese bitterste Feindin der Gesundheit und des Familienlebens der Arbeiter. Interessant ist die Mitteilung, daß in Mannheim der Fünftagstag so gut wie durchgeführt sei. Wie anderwärts die gesetzlich verkürzte Arbeitszeit der Frau auch für den Mann den kürzeren Arbeitstag gebracht hat, so erhalten die Mannheimer Arbeiterinnen den Fünftagstag durch die von den organisierten Arbeitern erlangte Verkürzung der Arbeitszeit. Hier hat die Organisation selbst errungen, was für die Schwachen gesetzlich gegeben werden muß. Für Lösung der letzteren Frage schlägt der Bericht vorläufige Festsetzung auf 1/2, vor; leider fehlen hier auch die Ausnahmen nicht. Ein früherer Schluß an Vorabenden der Sonn- und Feiertage soll erst in einigen Jahren wieder versucht werden.

Daß den Arbeiterinnen mit all diesen Verbesserungen noch nicht viel geholfen wird, ist klar. Auch 10 Stunden Arbeit neben der Führung eines Hauswesens ist eine starke Zumutung für eine einzige Arbeitskraft — das schwache Geschlecht muß doch noch viel Kraft zum Einopfeln haben. Um den so schwer Beladenen etwas Erleichterung zu schaffen, empfiehlt der Gewerbebeamte eine Verbesserung im Haushalt — die Kochkiste. Das Prinzip derselben ist, die Speisen nur kurze Zeit anzulochen oder anzubraten und sie dann in der wohlverschlossenen Kiste, die mit Holzwole oder Heu dicht ausgefüllt ist, gar werden zu lassen. Die badischen Frauenvereine unter dem Protektorat der Großherzogin haben in ihren Haushaltungsschulen die Benutzung der Kochkiste nach jeder Richtung hin erprobt. Danach bedarf z. B. ein Braten 45 Minuten lang des Herdfeuers, Rindfleisch gleichfalls, Hülsenfrüchte 30 Minuten, Gerstsuppe 30, Reisuppe 5, Nudelsuppe 5, Macaroni 10, aber Sauerkraut 45, Mohrrüben 45, Bohnen 30, Kohlbrat 20 Minuten usw. Kartoffeln allerdings nur 10 Minuten. Die Arbeit im Haushalt bleibt so ziemlich dieselbe, aber die Frau kann sich leichter vom Herd entfernen, — falls sie vorher durch das lange Kochen den ganzen Vormittag zur Bereitung der Speisen brauchte, was wohl in den meisten Fällen nicht zutrifft. Eine Erparnis an Kohlen dagegen tritt in manchen Fällen ein, wenn die Familie nicht des Winters die Küche ohnehin als Wohnzimmer benutzt oder das Zimmer als Küche. Im übrigen wird wohl in den meisten Arbeiterfamilien der Braten nicht häufig so groß sein, daß er mehrere Stunden zu seiner Herstellung braucht. Das goldene Zeitalter wird auch die Kochkiste der überbürdeten Frau nicht bringen; unter Umständen eine kleine Erleichterung. Soll sie in Wahrheit entlastet werden, so bedarf es doch mehr als derartiger kleiner Mittelchen.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Genosse A. Hauschildt, der früher als Redakteur in Regensburg und an unserem Parteiblatt tätig war, und gegenwärtig den Posten eines Arbeitersekretärs in Würzburg bekleidet, tritt am 1. Juni in die Redaktion des „Offenbacher Abendblattes“ ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung eines Fabrikanten wurde Genosse Reichhaus von dem Schöffengericht in Sonneberg zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurteilt. Genosse Reichhaus hatte den Agitationskalender „Thüringer Landbote“ für 1901 verlegt. In demselben war eine Erzählung enthalten, wonach ein Arbeiter, der länger als 27 Jahre bei einem Fabrikanten Thaler gearbeitet hatte, dessen Betrieb verlassen mußte und sich im Karpenteische desselben extränkte. Diese Erzählung bezog der Fabrikant Bergner auf sich, weil bei ihm ein solcher Fall vorgekommen war. Mit welcher Inbrunst werden jetzt die Besitzer des Agitationskalenders die Erzählung noch einmal lesen, nachdem sie durch die Gerichtsverhandlung erfahren haben, daß dieselbe kein ausschließliches Phantasieprodukt ist, sondern daß „was daran“ ist. Reichhaus ist übrigens — wunderjam das für einen Socialdemokraten! — bisher noch unbestraft; um so bemerkenswerter erscheint das hohe Strafmaß.

Wegen Beschimpfung religiöser Einrichtungen wurde Genosse Radlof von der Breslauer „Volkswehr“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beschimpfung wurde hauptsächlich gefunden in den Wendungen: Die Religion werde verzapft, für die Reichen werde durch die verlaufenen Messerzeit eine Extrawurst gebraten und dadurch die Religion im Interesse weniger schmählich gemißbraucht. An und für sich seien diese Wendungen ja nicht beschimpfend, angewendet auf die Heilmittel der Kirche sei jedoch eine beschimpfende Herabsetzung vorhanden. Der Richter führte an: Mit dem Artikel sei ja weiter kein Unheil angerichtet worden, dennoch sei auf zwei Monate Gefängnis gegen den bisher unbestraften Redakteur zu erkennen.

In einem Monat Gefängnis wurde Genosse Gänther vom Landgericht zu Dessau verurteilt, weil er durch einen Artikel im „Volksblatt“ die Leopoldshaller Bergwerks-Verwaltung beleidigt haben soll.

Der besangene Affessor. Im August v. J. veröffentlichte der sächsische „Volksfreund“ eine Notiz, in der einer Weiskener Kaufirma der Vorwurf der Preisdrückerei gemacht wurde. Die Firma Otto u. Schloffer in Meissen schloß sich, obgleich sie gar nicht in Betracht kam, beleidigt. In der Verhandlung vor dem Weiskener Schöffengericht im Dezember wurde Genosse Riem als damaliger zeichnender Redakteur zu der nach Lage der Sache horrenden Strafe — es war kurz nach der Erster Kaiserliche — von drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der schriftlichen Begründung dieses harten Urteils war Genosse Riem vom Vorsitzenden Affessor und Hilfsrichter Kotte in Meissen ganz unbesangene als ein Mann hingestellt, der als gewöhnlicher schäblicher Ehrabschneider erscheine. Genosse Riem legte Verurteilung ein und verklagte den Affessor wegen Verleumdung. Die Klage wurde aber vom Schöffengericht Meissen und auch vom Landgericht Dresden unter Berufung auf § 168 zurückgewiesen. In der Berufungssinstanz wegen der angeblichen Verleumdung der Kaufirma Otto u. Schloffer kam ein Vergleich zu stande, da die Kläger sich überzeugten, daß sie in der inkriminierten Notiz nicht gemeint seien. Dafür klagte aber nun eine andere Kaufirma, Weber u. Weder, in Meissen wegen Verleumdung. In dem ersten Termin vor dem Schöffengericht Meissen, in dem der unbesangene Affessor Kotte wiederum den Vorsitz führen sollte, lehnte Genosse Riem denselben als besangene ab. Die Verhandlung wurde vertagt. In der vor einigen Tagen anberaumt angeordneten Verhandlung führte ein anderer Richter den Vorsitz, da Affessor Kotte sich nunmehr doch als besangene erklärt hatte. Er wird wohl eingesehen haben, daß seine Bezeichnung gewohnheitsmäßiger Ehrabschneider sich nicht aufrecht erhalten ließ. In dieser Verhandlung stellte sich heraus, daß Genosse Riem durch die falschen Behauptungen eines Innungsmeisters irreführt worden ist. Es wurde ausdrücklich vom Vorsitzenden und vom Vertreter der Kläger anerkannt, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Es wurde ein Vergleich geschlossen und damit dieser seit bald einem Jahre schwebende, an Zwischenfällen reiche Prozeß-Vandwurm erledigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Parteigenossen! Vereine! Kätet bei Ausfügen und Partien, die während der Pfingstfeiertage und des Sommers unternommen

werden, genau auf die am 1. Mai erschienene Lokalliste; verkehrt nur in denjenigen Lokalen, welche auf der Liste verzeichnet stehen.

Auf vielfachen Wunsch und Anfragen von Parteigenossen aus geben wir Nachstehendes zur Kenntnis und erlauben dieses an der am 1. Mai d. J. erschienenen Lokalliste anzufügen. Folgende Lokal-Inhaber haben sich bereit erklärt, der Arbeiterschaft ihre Lokalitäten zu Versammlungen u. zur Verfügung zu stellen:

- Berlin, III. Wahlkreis: Berliner Klub-Haus, Dönhofsstraße 2.
Berlin, IV. Wahlkreis (Osten): E. Riemast, Warschauerstr. 26.
Berlin, VI. Wahlkreis: Schneiders Gesellschaftshaus, Belfortstr. 15; Steuerhaus, Prenzlauer Allee 148.
Johannisthal: „Zum Lindenhof“, Joh. Wille, Friedrichstraße 81; Fahrenl, Friedrichstr. 10.
Korbisbrugg bei Groß-Beßen: Gasthof, Wwe. Peter Kaczmarek.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3 (Zuh. Schüge).
Spandauer Berg: Restaurant „Zur Rohrtrappe“ (Zuh. Klambunde); Walblater, am Tegeler Weg, sowie sämtliche Lokale am Spandauer Schiffschiffkanal sind frei. — Alanekki (früher Hoffmann), sowie alle andern Lokale in Charlottenburg sind als gesperrt zu betrachten.
Schöneberg bei Friedrichshagen: Restaurant „Zum Roland“.
Hakenfelde bei Spandau: Weg Teknows „Volksgarten“ und in Joröfelde bei Tegelerort: Restaurant Graf Böring sind frei.
Nachstehende Lokale erlauben wir aber von der Lokalliste zu streichen, da dieselben der Arbeiterschaft nicht mehr zu Versammlungen u. zur Verfügung stehen:
Berlin, V. Wahlkreis: „Zur Hochschule“, Luisenstr. 55.
Kirdorf: Das „Vereinshaus“ am Richard-Platz sowie G. H. e. Richard-Platz 15.
Lichtenberg: Schwarz' Konzert-Garten.
Hohen-Schönhausen: Schultzes Gasthof, Berlinerstraße; Kuh' Gasthof, vis-a-vis den Kirchhöfen.
Brieselang: Krause.
Groß-Beßen: Killers.
Schlesang: Schütze.
Rennschloß-Niederlehme: Penizorzinskij, Parlow, Park-Restaurant.

Die Besucher der Heilstätten in Rathow und Blankenburg erlauben wir in Rathow das „Wirtschafts zur Pause“, in Blankenburg das „Café Tieg“ nur zu berücksichtigen und dort zu verkehren, da nur diese beiden Lokale auf der Lokalliste verzeichnet stehen.

Nieder-Schöneberg. Seit fünf Jahren hat in Nieder-Schöneberg eine öffentliche Volksversammlung für die Arbeiterschaft nicht mehr stattfinden können, weil die Lokalbesitzer sich weigern, ihr Lokal herzugeben. Sie würden ja gern großen Vereinen und Gewerkschaften zu Vergnügungen Raum gewähren. Doch wollen die Arbeiter öffentliche Versammlungen abhalten, um sich über ihre wirtschaftliche sowie politische Lage zu besprechen, so zuden die Herren Wirte die Arbeit und geben ihrer Furcht vor der Behörde Ausdruck. Doch wunderbar ist es, daß die Lokalbesitzer von Aldershof und Johannisthal diese Furcht nicht kennen und doch unter derselben Behörde zu leben haben. Es liegt hier an den Berliner Ausflüglern, die zu wenig die Lokalliste zur Hand nehmen. Wir sind hier draußen zu gering an Zahl, um einen Druck auf die Arbeit ausüben zu können. Die Wirte sagen es uns ja direkt ins Gesicht: „die Arbeiter von Berlin kommen doch zu uns“. Parteigenossen, dieses muß aufhören, meidet strengstens die Lokale, die nicht als frei auf der Lokalliste geführt sind.

Meidet bei Eurem Pfingstausflug besonders das Lokal von Haffelwerder, welches mitten im Ort liegt und für Versammlungen gut geeignet wäre. Reigt den Wirten, daß man die Arbeiterschaft auch hier draußen respektieren muß.

Birkenkolonie Grünwald und Schmargendorf. In der Birkenkolonie Grünwald sind sämtliche Lokale für den persönlichen Verkehr frei; dagegen sind die an der Grenze derselben auf Schmargendorfer Gebiet liegenden Etablissements „Café Wein“ (früher Wirtschaft „Zum Schwan“), „Waldhaus“, „Waldpark“ und „Fragensender Garten“ gesperrt. — In Schmargendorf steht uns außer dem Verkehrslokal Wirtschaft „Schmargendorf“ (Zuh. H. Leonhardt, Barnenmünderstr. 6), noch das Restaurant „Sonnenschein“, Rühlstr. 21, zur Verfügung. Die zahlreichen Sonntagsausflügler werden gebeten, hiervon ganz besonders Notiz zu nehmen. Durch genügende frequentierung der beiden vorgenannten Lokale und strengste Weidung der gesperrten Wirtschaften erweisen die Berliner Genossen der Parteibewegung am Orte, welche in der Lokalfrage mit schwierigen Verhältnissen zu rechnen hat, einen nicht zu unterschätzenden Dienst.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Am zweiten Pfingstfeiertag veranstalten die Genossen des ersten Wahlkreises einen Dampfer-Ausflug nach Riegenhals. Abfahrt 9 1/2 Uhr Sinalauerbrücke 5. Billets zum Preise von 1 Mark für Ott- und Rückfahrt sind in den bestimmten Zahlstellen erhältlich.

Friedrichsfelde. Allen Genossen von Friedrichsfelde, Karlshorst, Wiesdorf, Kaulsdorf u. zur Nachricht, daß am 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wube, Pringen Allee 80 eine öffentliche Wählerversammlung stattfindet. Referent Genosse Arthur Stadthagen über: Die Socialdemokratie und ihre Gegner. — Am 2. Juni (3. Feiertag), morgens 8 Uhr findet von Loffe, Luisenstr. 20, aus Handzettelverbreitung statt. Die Karlshorster treffen sich bei A. Sabrowski, Treskow-Allee. Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Wernsdorf. Montag, den 1. Juni (2. Feiertag), nachmittags 2 Uhr findet im Lokal des Herrn Wilhelm Erner, oberhalb der Schleufe des Ober-Spreekanalns gelegen, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil wird über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen.

Lokales.

Das Versammlungs-„Gastrecht“ bei unsren Gegnern. Die ganze Gesellschaft der Ordnungslente, der Konserwativen wie der Freisinnigen, schreit um die Wette über socialdemokratischen Versammlungsterrorismus, über wilde Lärmereien, die von Socialdemokraten in fremden Versammlungen ausgeführt würden, über freien Mißbrauch des ihnen gewährten Gastrechts, und so weiter. Wie das „Gastrecht“ ansieht, das den socialdemokratischen Wählern in gegnerischen Versammlungen gewährt wird, konnte man am Donnerstag wieder einmal in solchen Wählerkreise erfahren. Hier hatten die „nationalen Parteien“, die vereinigten Konserwativen, Antisemiten und sonstigen Reaktionsäre, eine Versammlung veranstaltet, zu der sie die Mitglieder der socialdemokratischen Partei durch Säulenanschlag ausdrücklich als „Gäste“ eingeladen und „willkommen“ geheißen hatten. Die Rolle, die die socialdemokratischen Gäste in solchen Versammlungen spielen dürfen, besteht gewöhnlich darin, daß sie an der Thür ihren Groschen für die magere Wahllosse der Gegner abladen, ihnen den spärlich

Befegten Saal füllen helfen, sich dann den ganzen Abend hindurch von den Rednern der Gegenpartei in der unglaublichsten Weise beschimpfen lassen müssen und hinterher, wenn sie durch diese Provolationen gereizt worden sind und entsprechend antworten, in der „Freisinnigen Zeitung“, in der „Staatsbürger-Zeitung“ und anderen Blättern ähnlichen Schlages als Kadaverbrüder, Rowdys usw. geschildert werden. Auch am Donnerstag hatten sich eine Anzahl unserer Genossen zu dieser Rolle hergegeben, und die Sache nahm denn auch wieder den üblichen Verlauf.

Diesmal wurden aber die Schimpereien der „nationalen“ Redner auf die Socialdemokratie noch überboten durch die Behandlung, die der Versammlungs-Vorsitzende den eingeladenen socialdemokratischen Gästen zu teil werden ließ. Der Mann, ein Arzt Dr. A. Seeliger aus der Schönhauser Allee, benahm sich von Anfang an, als sei er nicht ein Vorsitzender, sondern ein Vorgesetzter, als habe er es nicht mit Erwachsenen, sondern mit dummen Jungen zu thun. Nebenbei bemerkt: dieser Seeliger ist, trotz seinem Namen, nicht etwa „ein frecher Jude“, wie seine konservativ-antisemitischen Freunde sagen würden, wenn er nicht ihr Parteigenosse wäre, sondern ein urteuflich aussehender und sich urteuflich benehmender Mann, mit dem zweifellos auch eine strenge Aehrenprobe vorgenommen worden ist, ehe er der Ehre, ein Führer der „nationalen“ Parteien zu sein, gewürdigt wurde. In der Versammlung antwortete er in ganz unnötig aufgeregter Weise selbst auf harmlose Zwischenrufe mit Grobheiten, und wiederholt erlaubte er sich, einzelne keineswegs übermäßig junge Personen in beleidigender Absicht mit „Sie junger Mann“ oder „Sie junger Mann von 17 Jahren“ anzuschreien. Einem Diskussionsredner aus dem „Mittelstand“ gestattete er, mit Bezug auf die socialdemokratischen Wähler von „Knüttelgarde“ zu sprechen und ähnliche Beschimpfungen vorzubringen. Als dann einer unserer Genossen in begrifflicher Enttäuschung „Gemeinheit!“ rief, brüllte der Herr Doktor: „Der Zwischenrufer wird seinen Namen nennen; thut er das nicht, so macht er sich — nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts — des Hausfriedensbruchs schuldig, und wenn andre die Namensfeststellung zu hindern suchen, so begehen sie Aufruhr, der mit Justizhaus bestraft wird!“ Herr Dr. Seeliger, der Gegner als „Gäste“ willkommen heißt, sie durch Beschimpfungen provocieren läßt und dann durch Drohung mit dem Strafrichter sie zum Schweigen zu bringen sucht, imponierte durch dieses Verfahren seinen Parteifreunden ganz gewaltig. An einem uns benachbarten Tisch wurde sogar von „vornehmer Gesinnung“ gesprochen, wie auch der Herr Doktor selber einmal in die unruhige Versammlung hineinrief: „Seien Sie doch so vornehm wie wir!“

Nachdem die Erregung sich gelegt und der Zwischenrufer dem komischen Wichtigthuer seine Adresse gegeben hatte, ging das Geschimpfe weiter. Plötzlich entstand ein Tumult. Ein schmätziger Mann lief, von einem andern mit Geschrei verfolgt, zur Saalthür hinaus, lehrte dann, da sich ihm draußen ein Schuhmann entgegenwarf, wieder um, durchquerte leichtsinnig den Saal und entwürdigte seinem schreienden Verfolger samt Schuhmann und der ganzen auf ihn eindringenden Motte. Was war geschehen? Einer unserer Genossen hatte unter den anwesenden Socialdemokratischen Parteibonks verkauft, war dabei auch an einen Konserwativen geraten, war von diesem ins Gesicht geschlagen worden und hatte, wie behauptet wird, den Schlag mit einem Stoß vor die Brust erwidert. „Gemeinheit, Frechheit!“ brüllten die Konserwativen, von der aussichtslosen Verfolgung zurückkehrend, aber kein Seeliger ließ ihren Namen feststellen.

Nach diesem Zwischenfall litt es unsere Genossen nicht lange mehr in solchem Kreise. Sie verließen bald darauf gemeinsam den Saal, unter wildem Geheul der Konserwativen. Auch der Vorsitzende kreischte etwas hinter den Abgehenden her. Ein freisinniger „Gast“ stieg auf den Stuhl und half schimpfen: „Seht, so sind die Socialdemokraten!“ Als er aber nach wieder eingetretener Ruhe zu ernsthafter Diskussion übergehen wollte und dabei ein paar Worte gegen die Konserwativen wagte, lang's ihm entgegen: „Jude! Jude!“ Der Mann machte ein verdutztes Gesicht. Auch er weiß jetzt, was er zu erwarten hat, wenn er als „Gast“ in konservativ-antisemitische Versammlungen geht.

Ein Jhdll aus den ländlichen Betrieben der Stadt Berlin.

Die Hauptstadt des Deutschen Reiches ist bekanntlich einer der größten Arbeitgeber. Annähernd 12000 Personen sind in ihren Betrieben beschäftigt. Häufig genug haben wir Gelegenheit genommen, auf die unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Personen hinzuweisen, und hin und wieder damit auch den Magistrat zur Abstellung dieser Mißstände mit Erfolg veranlaßt. Bleibt bei den industriellen Arbeitern der Stadt Berlin Rieselfelder. Von Sonnenaufgang bis Untergang für ganz ungenügenden Lohn zu arbeiten, das ist das Los dieser Leute. Im Monat April beginnt die Arbeitszeit des Morgens schon um 5 1/2 Uhr und währt bis 7 Uhr abends, während sie für Mai, Juni, Juli, August bis 7 1/2 Uhr ausgedehnt wird, um dann im September um eine halbe Stunde verkürzt zu werden. In diesen 13 1/2 resp. 14stündigen Arbeitszeit liegen Pausen für Frühstück 1/2, Mittag 1/2 und Beier 1/2 Stunde. Vom Oktober bis 15. November wird von morgens 6 bis abends 6 Uhr gearbeitet bei 1/2 Stunde Frühstück und 1 1/2 Stunden Mittag; vom 16. November bis 15. Februar verringert sich die Arbeitszeit von früh 7 bis 8 Uhr nachmittags bei einer halbstündigen Frühstückszeit, und vom 16. Februar bis 31. März gilt wieder die Arbeitszeit von früh 6 bis 6 abends Uhr mit 1/2 Stunde Frühstück und 1 1/2 Stunden Mittag. Die Arbeitszeit beträgt also im Sommer auf die Dauer von 2 Monaten 13 1/2 und auf 4 Monate 14 Stunden einschließlich 2 1/2 Stunden Pausen, während sie im Winter drei Monate 8 und drei Monate 12 Stunden beträgt mit 1/2 Stunde resp. 2 Stunden Pause. Der Lohn für die Gutsarbeiter beträgt im Sommer für Männer 1,80 M., für Frauen 1 M., im Winter für Männer 1 M., für Frauen 80 Pf. Dazu kommt das sogen. Deputat, das neben freier Wohnung und 6 Ar Garten aus 60 Centnern Kartoffeln und 2 Centnern Stroh besteht; an Feuer zum eignen Bedarf 12—15 Centner, jedoch muß dieses von den Arbeitern außer der Arbeitszeit selbst bereit werden. In Anrechnung kommt noch, daß einige in Vorverken wohnende Arbeiter täglich 1 1/2 Stunden hin und zurück zur Arbeitsstätte zu gehen haben, wofür sie im Sommer 30 Pf., im Winter 15 Pf. erhalten. Also im Sommer für 15 resp. 16 1/2 Stunden 21 Silbergrößen, jedenfalls ein fürchterlicher Lohn! Die sogenannten freien Arbeiter — solche die keine Gutswohnung haben — erhalten im Sommer 2 M., im Winter 1,50 M. An Deputat 12 Ar gedüngtes Kartoffelland, wofür sie 1,50 M. pro Ar bezahlen müssen. Neu zum eignen Bedarf müssen sie sich außer der Arbeitszeit selbst beschaffen. Also 428,40 M. erhält ein Gutsarbeiter pro Jahr nebst Wohnung und 60 Centnern Kartoffeln, von denen beim Aussuchen jedoch nur 54 Centner übrig bleiben, und wovon die Hälfte noch als Futterkartoffeln zu betrachten sind, während der freie Arbeiter mit 535,50 M. für 3629 Stunden entschädigt wird. 15 1/2 Pf. pro Stunde, ist der Lohn für eine

Arbeit, die doch wahrlich auch nicht zu den leichtesten gehört. Nicht man in Betracht, daß in den nördlichen Vororten Berlins, wo diese Rieselfelder der Stadt Berlin liegen, die Lebens- und Genutmittel fast noch teurer sind als in Berlin selbst, so muß ohne weiteres zugesehen werden, daß die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter in Wirklichkeit keine beneidenswerte ist. Man braucht wirklich nicht nach Ostelbien zu gehen, um ein objektives Bild von dem Elend der Landbevölkerung zu gewinnen. Für unsre liberale Stadtverwaltung möchte es eine Ehrenpflicht sein, diesen unhaltbaren Zustand so rasch als möglich zu ändern, will sie nicht in einer Reihe mit den reaktionären Krautjüngern genannt werden.

Vom Züchtigungsrecht der Lehrmeister. In dieser Notiz in Nr. 121 dieses Blattes schied uns der Vätermeister Schubert, Straußbergerstr. 5, durch seinen Rechtsanwalt unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Verächtigung folgenden Inhalts: Der Meister habe den Lehrling, der wiederholt unehrlich und unsauber gewesen sei, an dem fraglichen Sonntag auf Wunsch seines Vaters nicht nach Hause gehen lassen. Ferner habe er ihm nur eine einzige Ohrfeige gegeben, worauf der Lehrling schlafen gegangen ist und am Sonntag das Haus des Meisters nicht wieder verlassen hat. Am Montag ist der Junge dann entlaufen, sein Vater hat ihn wieder zurückgeschickt, der Meister seine Aufnahme jedoch abgelehnt. Schließlich sei es unwar, daß der Meister den Lehrling mit „Fäßen getreten“, so daß diesem die Zähne geblutet haben und sein Gesicht verschwollen war. Der Lehrling habe außerdem ausdrücklich zugestanden, daß die ganze Darstellung im „Vorwärts“ erfunden sei.

Dem gegenüber bemerken wir: Wohl hat der Vater des Lehrlings es in das Ermessen des Meisters gestellt, den Jungen nach seinem Gutmüthen nach Hause zu schicken. Doch wenn der Junge „unsauber“ war, so hatte der Meister geradezu die Pflicht, demselben die Erlaubnis zum Wechsel der Wäsche zu geben, und nichts andres hat der Junge in der elterlichen Wohnung besorgen wollen. Was die Unehrlichkeit des Lehrlings anbelangt, so hat dieser allerdings beim Einholen von Pfaffen zweimal je 5 Pfennig für sich behalten, weil ihm der Meister nie einen Heller Taschengeld aus eigenem Antrieb gab. Die „unterschlagnen“ Summe von 10 Pfennigen hat der Meister wiedererhalten. Daß der Meister dem Lehrling nur eine einzige Ohrfeige gegeben haben will, mag er Leuten vorreden, die es glauben. Noch heute hat der Junge eine verfarbte Stelle unter dem linken Auge, auch sind ihm noch mehrere Zähne lose im Munde. Uebrigens war der Mißhandelte am Montag dieser Woche, also nach der empfangenen Prügel, in Begleitung eines Zeugen selbst in unsrer Redaktion, wo wir seinen blutigen Mund und das verschwollene Gesicht persönlich in Augenschein nahmen. Um einer einzigen Ohrfeige willen wäre er nicht fortgelassen, umsoweniger als er schon wiederholt von dem Meister geohrfeigt und geknufft worden ist. Uebrigens hat das Dienstmädchen Schuberts das jämmerliche Schreien des Knaben an jenem Sonntage gehört und hat sich entsetzt abgewandt, als sie näher seine Verletzungen sah. Wichtig ist jedoch, daß der Meister den Jungen nicht mit „Fäßen getreten“ hat. Letzteres ist in dem Bericht auch gar nicht behauptet worden. Lediglich infolge eines Druckfehlers sind aus „Fäßen“ „Fäße“ geworden, was ja auch aus dem Zusammenhang des Berichts deutlich genug hervorgeht. Am Montag ist der Lehrling dann thatsächlich davongelaufen, nachdem er vorher beim Obermeister der Innung eine Beschwerde gegen seinen Meister anzubringen versuchte. Wenn er von seinem Vater wieder zurückgeschickt wurde, so ist das in einer Hinsicht schließlich begründet, denn niemand nimmt seinen Knaben gerne aus der Lehre, selbst bei groben Verstößen des Meisters. Im übrigen befreit der Lehrling, ausdrücklich zugestanden zu haben, daß die ganze Darstellung im „Vorwärts“ erfunden sei, vielmehr behauptet er, daß sowohl auf ihn selbst, als auch auf das Dienstmädchen von dem Meister eindringlich eingeredet worden sei, die Sache zu Gunsten des Meisters darzustellen. Es bleibt also dabei: Der körperlich sehr unentwickelte Lehrling ist von dem Meister Schubert weit über die zulässige Art geächtigt worden.

Die Umgestaltungsarbeiten für den Blücherplatz sind jetzt endlich bis auf einige Pflasterungsarbeiten beendet. Anfangs nächsten Monats wird der Platz wieder in vollem Umfang dem Verkehr übergeben werden können. Durch drei große Inselperons ist der Fußgängerverkehr gesichert und geforderte Fahrschritte für die Richtungen Wäcker, Bellealliancestraße und Galleisches Ufer in der Breite der genannten Straßenzüge geschaffen worden. An der Abgrenzung des Fahrbandes von dem südlichen Bürgersteige, der an der Ecke der Bellealliance- und Wäckerstraße einen halben Meter tiefer liegt als die Fahrschritte, ist ein Eisengelenker errichtet worden, welches nur an einer Stelle durchbrochen ist, hierdurch sind die Fußgänger gezwungen, nur in gerader Richtung den Fahrband zu kreuzen. Die Geleise-Anlage der Straßenbahn wird nur wenig verändert, auch bleibt das Geleise für den Einlayverkehr der Bogen der südlichen Vorortbahn resp. für die Linie Tempelhof-Mariendorf erhalten.

Zur Vermeidung von Bootsunfällen. Da gelegentlich der bevorstehenden Pfingstfeiertage und den an diesen stattfindenden Massenausflügen eine besonders starke Inanspruchnahme von Rietbooten seitens der Ausflügler zu erwarten ist, haben die Behörden Veranlassung genommen, die Bootsverleiher auf die polizeilichen Bestimmungen bezüglich der Abgabe von Rietbooten erneut hinzuweisen. Ruder- und Segelboote dürfen nicht verliehen werden an betrunkenen Personen und an Kinder unter 16 Jahren. Ebenso sind auszukleihen solche Personen, die des Ruderns unkundig sind. Die Bootverleiher haben darauf zu achten, daß der Mieter ordentlich zu rudern versteht, und sind verpflichtet, im entgegengeetzten Fall das Boot abzugeben und das Fahrzeug zurückzuholen. Werden durch Auserlassung der obengenannten Bestimmungen Unfälle herbeigeführt, so sind die Bootverleiher hierfür strafpflichtig haftbar zu machen.

Selbstmord einer Konsulswitwe. Die Tochter Pauline des Geheimen Ober-Postrats Kade aus Göttingen heiratete mit 22 Jahren einen Großkaufmann Hylsdorf in Schweden, der später auch Konsul war. Nach dem Tode ihres Mannes zog sie vor vier Jahren nach Berlin zu ihrer Mutter, die unterdessen auch Witwe geworden war, und wohnte mit ihr zuletzt in der Lilienstraße Nr. 42. Schon seit Jahresfrist zeigte die nun 52 Jahre alte Frau ein sehr aufgeregtes Wesen. Als am 27. März d. J. ihre 73jährige Mutter starb, wurde sie tiefmüde. Sie buldete seitdem keinen Dienstboten mehr um sich, sondern nur noch eine Frau aus dem Hause, die ihr täglich einige Stunden aufwartete. Diese überraschte sie am Sonntag vor drei Wochen bei dem Veruche, sich durch Aufschneiden der Pulsader am linken Handgelenk zu töten, und entriß ihr noch rechtzeitig das Messer. Nach einigen Tagen ärztlicher Behandlung war die Schnittwunde geheilt, nur eine kleine Narbe blieb zurück. Am Mittwoch vor acht Tagen äußerte Frau Hylsdorf zur Aufwartefrau, daß sie sich ertränken möchte, weil sie sich so vereinsamt fühle. Als die Frau am nächsten Morgen wieder in ihre Wohnung kam, war sie verschwunden. Die Nachforschungen nach ihrem Verbleib hatten keinen Erfolg, bis man sie gestern bei Spandau als Leiche aus der Havel landete. Eine Verwandte der Verstorbenen ist hieher gekommen, um die Beerdigung zu besorgen.

Eine eigenartige Scene verursachte gestern Abend am Rosenthaler Thor eine größere Menschenansammlung. Dortselbst befand sich ein Herr in der Richtung Kreuzberg fahrenden Straßenbahnwagen. Plötzlich eilte eine Frau quer über den Platz, erfaßte den Arm des auf der Hinterplattform stehen gebliebenen Mannes, riß ihn von dem Waggon herunter und ohrfeigte ihn vor verammeltem Publikum nach aller Regeln der Kunst. Der gemahregelte Gatte, es handelte sich augenscheinlich um einen Familienzwist, ließ die Exekution gebuldig über sich ergehen und folgte dann ruhig der Frau, die ihn förmlich in eine Droschke hineinschleuderte. Unter dem Beifallgeschrei des Publikums fuhr dann das Ehepaar die Lothringersstraße entlang.

Geschehenskenntnis eines Schuhmanns. Ein Genosse, der auf einem Bau in der Potsdamerstraße den gegen Eugen Richter'schen Wahlspruch gerichteten „Anti-Socialistenpiegel“ betrieb, wurde von einem Schuhmann in der freundlichen Absicht notiert, dem Verleiher ein Strafmandat zuzuleihen. Der aufmerksame Wächter der Ordnung hat hierbei nur übersehen, daß während der Wahlzeit, d. h. vom Tage der Ausschreibung der Wahlen ab bis zu deren Erledigung der § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung außer Kraft gesetzt ist und jedermann das Recht hat, alle Arten von Wahlzettelstücken überall, sowohl in geschlossenen Räumen, wie auch auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen sowohl gewerbsmäßig wie nicht gewerbsmäßig zu verbreiten! Mit dem Strafmandat wird es also nichts werden.

Ein Unfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 1/3 Uhr an der Ecke der Dirden- und Schillerstraße. Dortselbst verließ der Kaufmann Fetzgall, Dirdenstr. 5 wohnhaft, die Vorderplattform eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 78. In demselben Augenblicke fuhr der Restaurateur Peiser aus Nimmelsburg auf einem Zweirade dicht an dem Motorwagen vorbei und riß Herrn F. nieder. Auch der Radler stürzte und geriet unter die Vorderplattform des Anhängewagens vom Straßenbahnzuge. Er erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und mehrere oberflächliche Verletzungen, die seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Nimmelsburg notwendig machten.

Zwei Selbstmorde aus einem Hause werden aus der Schlemmerstraße gemeldet. Auf dem Grundstück Nr. 45 wohnt im Seitenflügel der 28jährige Briefträger Max Grundmann, dessen 20jährige Frau mit keiner Nachbarin ein Wort sprach. Nur ein einziges Mal äußerte sie, daß sie eine sorgenvolle Jugend gehabt habe. Nachdem ihr im Dezember vorigen Jahres das einzige Kind, ein Knabe von drei Jahren, gestorben war, wurde sie noch schwermütiger. Als Grundmann vorgestern Abend um 8 1/2 Uhr vom Postamt 58 nach Hause kam, fand er sie schwerkrank auf dem Sofa sitzen. Sie hatte Lufol getrunken und starb unter großen Qualen gestern Morgen um 7 Uhr. — Im Duergebäude hatte die 48 Jahre alte, von ihrem Manne getrennt lebende Arbeiterfrau Niemeyer mit ihrem 23 Jahre alten Sohn Ewald eine kleine Wohnung inne. Die Frau ernährte sich durch Waschen und Zeitungsaustragen, während ihr Sohn fünf Jahre lang eine gute Hausdienerstelle hatte. Diese konnte er nicht mehr ausfüllen, seitdem er im Dezember und Januar vier Wochen an der Influenza gelegen hatte. Leichtere Beschäftigung konnte er trotz aller Bemühungen nicht finden, daher warf er sich, um seiner Mutter, mit der er in bitterster Armut lebte, nicht länger zur Last zu fallen, vorgestern Abend um 8 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Schönhauser Allee vor einen Rangierzug, von dem zwei Räder ihm über den Kopf und Schulter gingen, und wurde so schwer verwundet, daß er gestern Abend im Lazarus-Krankenhaus starb.

Dem Ertrinken nahe war gestern ein vierjähriger Knabe mit Namen Chibils, der mit andern Knaben an der Schlemmerstraße spielte, als er plötzlich ins Wasser fiel. Ein dreizehnjähriger Knabe betätigte sich dabei als Lebensretter, indem er rasch entschlossen hinzusprang, den Kleinen dem kühlen Element entriß und ihn seinen Eltern zuführte.

Matinee in der „Neuen Welt“. Von den Gesangvereinen „Norddeutsche Schleiße“ Berlin und „Liederhalle“ Dresden ist eine Matinee am ersten Pfingstfeiertage im großen Saale der „Neuen Welt“ arrangiert. Die Dresdener „Liederhalle“ (50 Mitglieder) ist einer der besten gesungenen Vereine des Dresdener Arbeiter-Sängerbundes, und dürfte es für unsre Berliner Sänger und Gesangsfreunde nicht uninteressant sein, die Leistungen dieses Vereins zu Gehör zu nehmen. Das Programm ist ein gewähltes. — Da der Ueberfluß zu einem wohlthätigen Zwecke bestimmt ist, so ist der Besuch dieser Matinee den Genossen doppelt zu empfehlen. Eröffnung vormittags 11 Uhr, Eintrittskarte 25 Pfennige.

Schloß Weihensee. Morgen, am ersten Pfingstfeiertage, wird im Schloß Weihensee „Zum Sterneder“ die erste große Theaterfaison eröffnet. Das neubauete Sommertheater liegt direkt am großen herrlichen See und ist umgeben von den prächtigsten Parkanlagen. Herr Direktor Karl Koch hat ein außerordentlich reichhaltiges Programm aufgestellt. Das Kienprogramm, welches unter der Leitung des bekannten Komikers Franz Sobanski steht, hat nur Kräfte ersten Ranges aufzuweisen. Auch konzertiert außer der Theaterkapelle noch das Musikcorps des 1. Dragoner-Regiments Nr. 2 aus Schwedt a. O. Diese Festvorstellung wird am zweiten und dritten Feiertag wiederholt. Ebenso ist am ersten und zweiten Feiertage großes Frühkonzert und Vorstellung.

Wilmerdorf. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung die Errichtung von drei Lehrerstellen an den Gemeindefschulen zum 1. Oktober d. J., bezugleich die Gründung zweier technischer Lehrerinnenstellen dafelbst, sowie die Gründung dreier Oberlehrerstellen und einer Vorkurslehrerstelle am Reform-Realgymnasium. Ferner wurden die Mittel bewilligt für eine Bureau-Affistentenstelle vom 1. Mai d. J. ab. In der Wilhelms-Aue 39/40 wird demnächst mit der Errichtung eines Kinderheims, das den Anforderungen der Zeit entspricht, begonnen werden. Es wurden für 100 Kinder dazu 10000 M. bewilligt. Im Ortsteil Halensee wurde zur Anlage einer Straße von der Joachim-Friedrichstraße bis Ringbahnstraße die Zustimmung erteilt. Der Gemeindevertreter Direktor Wegmann wurde in das Kuratorium für höhere Schulen gewählt. Zur Neueinrichtung des Sitzungs-saales, zu einer halbkreisförmigen Aufstellung der Plätze für 81 Personen wurden 1000 M. bewilligt. — Eine bessere Regelung der Verkehrswege unsres Ortes mit Berlin und Charlottenburg wurde auf Anregung der Verkehrsdeputation überwiesen. Vom Genossen Katusch wurde moniert, daß die im Princip schon bewilligten erhöhten Löhne der Gemeinde-Arbeiter nicht zur endgültigen Beschlußfassung auf der Tagesordnung standen. Man entschuldigte sich damit, daß die Nachbargemeinden noch ausständen.

Gerichts-Zeitung.

Die Sittlichkeit im christlichen Gewande.

München, den 28. Mai.

Die weitere Verhandlung gegen den Benefiziaten Schrauffsteler von Odelshausen ergab noch, daß der geistliche Herr auch durchaus kein Verächter der reiferen Weiblichkeit ist. So wurde er einmal beobachtet, wie er einer Dorfschönen im Schweinefall den Hof machte. Durch eine andre Frauenderson, die ebenfalls Gegenstand seiner Zärtlichkeiten war, ließ er im Dorfe die ungeheuerlichsten Gerüchte über sittliche Verirrungen völlig unbescholener Bürger verbreiten. Gegen den Lehrer Lösch, den er denunziert hatte, war er von besonderem Haß erfüllt, weil dieser eine Volksbibliothek gründete. Auf das Ersuchen, sich an diesem Werke zu beteiligen, erwiderte Sch.: „An unsrem Volke ist nichts zu verbessern, wer lesen will, kaufe sich selbst ein Buch.“ Schließlich wäre er aber doch mit der Errichtung der Bibliothek einverstanden gewesen, wenn der Lehrer die Hälfte der dazu gesammelten Gelder zum Kirchenbau hergegeben hätte. Der Hilfslehrer Kleiner dagegen stand bei dem würdigen Geisteslichen in Ungnade, weil er gegen dessen Willen sich mit der Nichte des Bürgermeisters verlobte. Die weiteren Erhebungen ergaben schließlich, daß die beiden Lehrer völlig ohne Grund von ihrem Vorgesetzten denunziert wurden, während dieser schon seit acht Jahren im Verdachte steht, unästhetische Manipulationen mit Kindern begangen zu haben. Sch. wurde wegen vier Verbrechen wider die Sittlichkeit, begangen an Schülern, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Etwas von der „Ordnung“ auf dem südlichen Schlachthofe Berlins. Eine für das Gebiet des Berliner Schlachthofes erlassene Polizeiverordnung vom 4. Oktober 1900 bestimmt, daß den Anordnungen der Aufsichtsbekanntmachung Folge zu leisten sei und Zuwiderhandlungen bestraft würden. Nun ist wieder eine Instruktion erlassen worden, wonach es den Arbeitern verboten ist, mehr als zwei Flaschen Bier in den Schlachthof einzuführen. Der Portier betriebsfertig des halb dem Hausdiener eines Restaurateurs, der zehn Flaschen Bier bei sich hatte, den Eintritt in den Schlachthof. Der Besteller des Bieres, der Schlächtergeselle Hönig, der sich und einen Kollegen damit für den ganzen Tag versorgen wollte, — es sollte in den Keller — kam dazu und nahm das Bier trotz des Verbots ab. Er erhielt darauf eine Anklage wegen Uebertretung der genannten Polizei-Verordnung und der Instruktion. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 4 M. und das Landgericht I zu Berlin wies seine Berufung mit der Begründung ab, daß die Polizeiverordnung vom 4. Oktober 1900 rechtmäßig sei, weil sie die Ordnung auf dem Schlachthofe in zulässiger Weise regelt und daß die Instruktion für den Schlachthof sich im Rahmen der Polizeiverordnung halte. — Der Angeklagte legte Revision ein und bezitt die Billigkeit der fraglichen Vorschrift und die Anwendbarkeit der Polizeiverordnung in seinem Falle.

Das Kammergericht verworft jedoch die Revision mit folgender Begründung: Die Aufrechterhaltung der Ordnung sei ein wichtiger Faktor auf dem Schlachthofe. Es sei wichtig, dafür zu sorgen, daß nicht zu große Quantitäten Alkohol eingeführt würden. Das Verbot sei berechtigt und die Polizeiverordnung vom 4. Oktober 1900 anwendbar, da der Portier im Interesse der Ordnung auf dem Schlachthofe die Uebertretung der Instruktion zu verhindern habe.

Aus Industrie und Handel.

Die Stabeisen-Konvention der Berliner Eisenhändler hat sich aufgelöst, doch wird der „Voss. Ztg.“, wie sie berichtet, von zuständiger Seite bestätigt, daß schon nach wenigen Wochen die Händler zu neuen Verhandlungen zusammentreten werden, die Syndikatsidee mithin keineswegs abgethan ist. Hierzu sei auch umfönglicher Veranlassung, als die Eisenhändler in den verschiedenen Orten sich zusammenschließen und ein Zusammenschluß durch die allgemeine Marktlage gerechtfertigt erscheine. Bei Verkaufspreisen, die jetzt per Tonne 110 M. ab Oberhausen bezw. Dortmund für Flußeisen gelten, scheint ein Preis von 13,50 M. pro 100 Kilogramm, den die Konvention seit Monaten aufrecht erhalten habe und der schon zu einer Zeit bestand, als die Werke 100 M. und weniger forderten, unter Berücksichtigung der Frachten nicht den konjunkturellen Verhältnissen zu widersprechen.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Die Frauen und Mädchen werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß am 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Obf. Meiningersstr. 8, eine öffentliche Versammlung für den Frauen-Wahlverein Teltow-Weeslow stattfindet. Dr. Alberty wird einen Vortrag halten über: „Welches Interesse haben die Frauen am Ausfall der Reichstagswahlen?“ Frauen und Mädchen! Es ist eure Pflicht, dafür zu agitieren, daß unsere Versammlung gut besucht wird. Erfüllen wir Frauen unsere Pflicht und helfen wir den Männern im Kampfe um das gleiche Recht für alle. Die Vertrauensperson.

Verfammlungen.

Die Bauanschläger hatten am 25. d. Mis. eine gut besuchte öffentliche Versammlung, welche Stellung zur Lohnfrage nehmen sollte, weil der Meistertarif am 1. Juli d. J. abläuft. Da am Orte zwei Vereinigungen bestehen, wurde die Lohnfrage zurückgestellt und erst erwogen, ob es nicht möglich wäre, sich wieder zu einem Bunde zusammenzuschließen. Bei dieser Gelegenheit gerieten die Kollegen beider Richtungen oft hart aneinander. Schließlich gelang es den Kollegen Loos und Edert durch vortreffliche Rederate die Gemüter zu beruhigen, so daß in eine sachliche Diskussion eingetreten werden konnte. Nach der nun folgenden ruhigen gegenseitigen Aussprache, wo auch die Angelegenheiten vom letzten Streik gestreift wurden, gelangte der Antrag vom Kollegen Rieth, daß die Vorstände beider Richtungen behufs der Lohn- und Zusammenschlußfrage in Verbindung treten sollen, gegen 7 Stimmen zur Annahme.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 31. Mai, vormittags 10^{1/2} Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefchule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung: Red. Dr. Kilmann: „Festvortrag“. — Montag, 1. Juni, vormittags 10^{1/2} Uhr, ebenfalls: „Festvortrag“ des Herrn Walder Kanack. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Einem schwunghaften Kinderhandel ist die Hamburger Polizeibehörde auf die Spur gekommen. Die in der Wilhelmstrasse wohnende Frau Elisabeth Wiese hat schon seit längerer Zeit neugeborene Kinder in Pflege genommen, über den Verbleib von einigen dieser Kostkinder aber keine Rechenschaft geben können. Die Behörde hat festgestellt, daß sich die Wiese in drei Fällen von armen Dienstmädchen 100, 120 und 200 M. hat zahlen lassen, und dafür deren neugeborene Kinder in Pflege genommen hat. Sie hatte es aber nur auf das Geld abgesehen, denn sie gab die Säuglinge gegen eine Gebühr von monatlich 20 M. sofort weiter in Pflege; die erste Rate hat sie auch bezahlt, sich dann aber nicht mehr um die kleinen Wesen gekümmert, so daß sich deren Pflege-Eltern, da sie kein Kostgeld mehr erhielten, schließlich an die Polizei wandten, die die Kinder dann den Müttern wieder übergab. In andern Fällen konnte man jedoch den Verbleib der Kostkinder nicht feststellen. Das eine Kind soll nach Ostpreußen geschafft sein, wo es spurlos verschwunden ist. Die Behörde glaubt auch, daß sich die Wiese der Kindesunterziehung schuldig gemacht hat. Vor einigen Tagen ging nämlich eine Notiz durch die Presse, daß eine Amerikanerin ein Kind untergeschoben habe, um dadurch in den Besitz einer reichen Erbschaft zu gelangen. Hierbei soll auch die Wiese die Hand im Spiele gehabt haben. Sie hat zu verschiedenen Müttern gesagt, sie wollten ihr nur die Kinder geben, sie könne sie gut nach England verkaufen. Thatsächlich hat sie auch in Gemeinschaft mit ihrer unehelichen Tochter Verlesfeld ein Kind in England untergeschoben. Die Verlesfeld diente in London bei einem Dr. Goldschmidt, der ein intimes Verhältnis mit ihr unterhielt. Vor einigen Monaten teilte sie dem Dr. G. mit, daß sie sich in gesegneten Umständen befinde, und sie reiste dann auf Kosten ihres Dienstherrn nach Hamburg zu ihrer Mutter. Hier will sie einem Mädchen das Leben gegeben haben. Sie schrieb an Dr. Goldschmidt und dieser sandte ihr 1000 M.; er wollte aber das Kind sehen und schickte deshalb eine Wartefrau nach Hamburg, um Mutter und Kind nach London zu bringen. Nun hatte die Wiese gerade das Kind eines

Dienstmädchens Blank gegen Zahlung von 120 M. angenommen, die kleine aber sofort für 20 M. monatlich an eine Frau W. in Hamburg in Pflege gegeben. Da diese Frau keine weitere Zahlung erhalten konnte, gab sie das Kind an die Wiese zurück. Dieses Kind der Blank wurde nun für das Kind der Verlesfeld, die in Wirklichkeit gar nicht geboren hatte, ausgegeben und nach Dr. Goldschmidt in London geschickt. Die Hamburger Polizeibehörde hat sich mit der Londoner Kriminalpolizei und auch mit der amerikanischen Polizei in Verbindung gesetzt, um Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstr. 2) haben schon das Juni-Heft ihres 9. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Paul Kampffmeyer: Neuer Wind in den Segeln der Sozialdemokratie. — Eduard Bernheim: Der neueste Jahresbericht des englischen Maschinenbauerverbandes und seine Moral. — Wilhelm Düwell: Die Barmherzigkeit, eine ernste Gefahr für unsere Bergarbeiter. — Robert Schmidt: Die Gewerkschaften und die Reichstagswahlen. — Henriette Jürth: Die Frauen und die Reichstagswahlen. — Konrad Lewison: Zur Theorie der Krisen. — Dr. Gustav Kahl: Edoard Ruch. — Dr. Friedrich Herz: Heinrich Driesmann's Kasernenfrage. — Adele Schreiber: Ein Dichter des jüdischen Proletariats. — Politik von Richard Calver. — Wirtschaft von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung von Simon Katzenstein. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Dehnbardt. — Gewerkschaftsbewegung von Gertrud David. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialwissenschaften von Dr. Ch. Schillowsky. — Bücher von Edmund Staff. — Dr. Alfred Bloch und Dr. Willy Hellpach. — Neuanfang von W. Lozansky. — Als künstlerische Beigabe bringt das Heft ein Selbstporträt von Edoard Ruch (nach einer Lithographie). — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und durch jede Postanstalt (Post-Zeitungsstatistik Nr. 7425), ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. 19 (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung in Berlin 1903. Geschäftsjahre der Jahre 1901 und 1902. 84 Seiten.

Koß, Otto. Vorschläge zu neuen Bestimmungen für eine Berliner Baupolizei-Ordnung resp. zu einem deutschen Baugesetz. Berlin W. 57, Nig. Edstein Nachf. (D. Krüger).

Witterungsübericht vom 29. Mai 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer- Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.
Swinemünde	763	SE	4	19	Haparanda	764	S	2	16
Danzburg	760	SE	3	19	Petersburg	770	SE	1	16
Berlin	762	SE	3	19	Orsk	757	DRD	3	14
Königsb. R.	759	ND	1	19	Aberdeen	—	—	—	—
München	761	D	4	16	Paris	757	SE	2	19
Wien	763	SE	2	18					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. Mai 1903. Vorwiegend heiter und sehr warm bei mäßigen südöstlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Schellfische in allen Grössen **15-20** Pf. pro Pfd.

Cabliou ohne Kopf **16** Pf., im Anschnitt **18** „ „

Seelachs **18** Pf., im Anschnitt **25** „ „

Rotzungen, kleinere **18** Pf., grosse **35** „ „

Alle Fischarten sind infolge grosser Fänge soeben in grossen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich. **Ein Versuch mit diesen äusserst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.** Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Generalvertreter **Johs. Skorezyk.**
Haupt-Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Lüneburgerstr., Ecke Paulstr. III. Prinzenstr. 30 IV. Nudaistr. 23
Stadtbahnbogen 388-89. (am Moritzplatz). (im Schlesiichen Bahnhof).

	pro Pfd.	
Bratflunder	20-25	Pf.
Grosse Schollen	35-40	„
Mittel do.	30-35	„
Steinbutt	1,20-1,30	M.
Seezungen	1,20-1,50	„
Tarbutt	60-70	Pf.
Heilbutt	60-65	„
Austernfisch	30-35	„
Goldbarsch	30-40	„
Lebende Hummer	2,50	M.
Geräucherte Flundern	60-65	Pf.
Seelachs	50	„
Schellfisch	30	„
Roche	50-60	„

Marinierte Seefische zu billigsten Preisen.

Reederei Nobiling.
Wingstfahrten mit Ruffi nach Zwiebusch, Berliner Schweiz, Gosener Berge. 16962*
Abfahrt Restaurant Schultheiss, Jannowitzbrücke.
Früh 9 Uhr 1. Preis hin und zurück 1 Mark.
Mittags 2 Uhr 1. Preis 50 Pf. Kinder die Hälfte.
Dritten Pfingstfesttag 50 Pf. hin und zurück. Kinder die Hälfte.
Es ladet ein **Hermann Gärtner**, Anführer und Begründer.

Restaurant „Zum Schwan“ Tegelort.
Den Pfingst-Ausflüglern empfehle bestens mein Lokal. — Gute Speisen und Getränke. [17031]
L. Kleczki.
Teleph. 7a, 7223

Bestes Kinderwagen-Modell-Lager Berlin
F. Bergmann & Sohn, nur O. Andronstr. 55 u. 54.
Kinderwagen, 50 M., 40 M., 30 M., 20 M., 15 M., 10 M., 5 M.
15 M. Sportwagen, 4,50 M. m. Gummi.
7,50 M. mit Wechsel n. s. S. u. Vieh.
12 M. Kinderbestellen 7 M., 10-45 Pf.
Schuhvertrieb. „Deal“, ordnungsgem. herausg. d. Kind. Preis 2,50 M. Best. n. ausser ob. Haderl. Mutter, ar. Kleinen-anzwähl. Best. elegante Kleider. **Wesl. Haderl.**
Auf Wunsch in Berlin u. Vororten solido Katalog [17031].
Inhaltsreiche Kinder- u. Sportwagen mit 25° Kabatt.

Allen Brillenbedürftigen
empfehle ich das altrenommierte Institut für optischen-Optik von **Carl Buttendorff**, Weinbergsweg 15b (6. Boden vom Rosenhaleer Tor).
Augenuntersuchung genau und kostenlos. Brillen und Fingerringe von Mk. 1,00 an. Gebiegene Auswähl in Relief- und Theater-Perspektiven. Barometers, Thermometer, Reiseszenen etc. Versicherung für viele Krankeinstellen.
Weinbergsweg 15 b, 6. Boden vom Rosenhaleer Tor. 700

Th. Lappe's Aromatique
Vier-klopp-Whisky, Thüringer Bergthau.
Th. Lappe
Noodleton-dorf in Thüring.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Woll, Reste Moquettes, Plüsch, Sattelstüchen.
Muster bei näherer Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Einladung zum Pfingst-Schoppen.
Wer einen kühlen Schoppen liebt, Sein Geld nicht gern umsonst ausgibt, Wer holt auf einem guten Schoppen, Und nicht zu teuer will herappen, Wer nicht mit altem Brauch gebröhen, Mit „Mutter“ gern will starker lochen, Wer liebt Theater, Scherz und Wit, Der feiere ein beim „Vater Fritz“.
Mit schöner Bühne, Sälen, Garten, Kann ich Vereinen jetzt aufwarten.
Doch Eins, das kann ein jeder wissen: Wer hässert, der wird — — —
Fritz Wilke,
früher Andreasstr. 26, jetzt Anhaber von **Numanns Festsälen,**
Brunnen-Strasse 188.
NB. Festlieder zu Festlichkeiten (frei bei ich gratis). 1687b

Orts-Krankenkasse d Strumpfwirker.
Auf Anordnung des Oberpräsidenten Montag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die Erhöhung der Beiträge sowie die Herabsetzung des Erbvergebendes auf das geführliche Mindestmaß.
Um pünktliches Erscheinen der Delegierten ersucht
274/4 **Der Vorstand.**

Johannisthal.
Wesl. J. Lindenhof, Friedr. Str. 61.
Großer schattiger Garten, blüht am Bade gelegen, mit 2 Regalbahnen, Kaffeehaus, Spielplätzen, Feldreien, 2 Tanzsäle, großes Freizeuterr. (Kofal ist frei). Allen Gönnern bestens empfohlen. **Herm. Wille,** vormals Penze. 1670b

Tod allen Wanzen
durch meine Wanzen-Zintur, in Flasch. 0,50, 1,00, 2,00, 5,00 Pf. Schwaben, Flöhe, Mücken, Blattläuse etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schachtel 0,30, 0,50 und 1 M.

1000 M. Belohnung
zable demjenigen, der mir einen Nicht-erfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur zu haben bei **Otto Gottschalk, Drogerie, Krautstr. 55a**, auf der Großen Frankfurterstr. 16882*

Fahrrad-Emallierung.
1 Fahrrad, vollst. hochsein im Ofen emalliert, inkl. Ausbesserungen, Zusammenlegen und Nachföhen, 10,00 M.
1 Gestell nebst Gabel emalliert, 3,75 M.
Räder St. 0,60. Repar., Vernickelungen u. Ersatzteile äußerst billig direkt in der **Fabrik R. Brätsch, Forsterstr. 51**
Preisliste gratis. 16420*

Adlershof, Oppenstr. 56.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiss- und Bayrisch-Bierlokal**
verbunden mit Regelbahn und Garten. Vereinslokal des Arbeitervereins „Vorwärts“. Am 2. Pfingstfesttag Vergnügen vom Rauchklub „Sieben rooch!“
Dazu ladet freundlichst ein **H. Fechner**, Restaurateur.
5 Minuten vom Bahnhof.

Chaussee-strasse 79. Th. Juras Chaussee-strasse 79.
Ecke Boyenstrasse Straßenbahn-Haltestelle. Ecke Boyenstrasse.

Grösstes Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft
T. II. 3941 des Nordens. T. II. 3941.
Beste Preise. Gegründet 1879. Uebervorrichtung ausgehlossen.
Jeder Gegenstand ist mit genauer Preisangabe versehen.
Herren-Anzüge 15, 16, 18 bis 25 M.
Herren-Westen weich und couleur von 1,75 an.
Herren-Paletots 10, 12, 15 bis 45 M.
Knaben-Anzüge 2,50, 3, 3,50 bis 20 M.
Herren-Hosen von 3 bis 18 M.
Schul-Anzüge von 3 M. an.
Meinen werthen Kunden halte ich mein reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe bestens empfohlen. Für tadellofen Sitz und coulanteste Bedienung bietet mein langjähriges Renommee die beste Garantie.
Für korpolente Figuren halte alle Weiten auf Lager.

Rohrplatten-Koffer
Ersatz: Bügel-Koffer 20 Mark sowie Reise-Artikel jeder Art.
C. A. Flemming, Beuthstrasse 11
16912* (am Spittelmarkt).
Preislisten gratis. — Gegründet 1828.

Zucht- und Legehühner
erlaubt **Otto Pich, Berlin, Bondstr. 8.** [14072*]

Josef Fischer
Ostbahnhof, Brombergstr. 19/21
verkauft die Kohlen am billigsten ab seinem Lagerplatz. Von 10 Utr. an 1 Utr. Hans Döllsteine nur 60 Pf. 1 Utr. Senftenberger Bricketts 6-7 Zoll nur 65 Pf. 1 Utr. eht Senftenberger, Densels Werke, 7 Zoll, nur 75 Pf.
Bessere Kohlen als letztere gibt es nicht, mag der Name der Bricketts sein, wie er will. Unter 10 Utr. pro Utr. 5 Pf. frei Haus, in den Keller 10 Pf. der Centner mehr. 50 Handwagen verleihe zur Kohle a 10 Pf. 14582*

Schlennige
Räumung der Lagerbestände in Herren-Stoffen für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge usw. beabsichtigen 15272*
Koch & Seeland
Tuchfabrik-Niederlage
Berlin O., Rosstr. 2.

Dienstthosen
Spezialität: Engl. Zeber, gar. echt idwar. Tuchausstattung.
Dual. A Etid 4,90 M.
B 5,50
(mit Biese 75 Pf. mehr).
Bei Bestellung Bundweite und Schnittlänge erlöben. Zurücknahme nicht passender Hosen gegen Rückgabe des Geldes. 1/1*
Zeiger Konfektions-Haus
J. Jacobus, Jeltz. 6.

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,00, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- und Himbeersaft, und Himbeersaft.
Carl Schindler, Chausseestr. 55, Liqueurfabrik.

Neu! Landparzellen am Bahnhof Biesdorf
erste Station hinter Lichtenberg, Stadtbahn-Verkehr geföhert. Hochbauland.
Rule 12-Mark an
über 600 Parzellen bereits verkauft. Verkäufer im Bahnhof-Restaurant Biesdorf. 122/20.
Nieschake, Rieger & Co.
Gontardstr. 5.

Land 2 Mark
jädwesslicher Borort, Boden-Abzahlung Bar, zelle 60 1/2 Buth.
300 Buth, nur mündlich, verkauft **Hinsche, Wilmannsstr. 4.** [10182*]

Pneumatics.

Nach wie vor liefern wir **direkt an Private** die von uns in den Handel gebrachten beliebten Pneumatics als:

Gebirgsreifen mit extra verstärkter Lauffläche; **Transportreifen** in besonders starker Ausführung; **Formreifen** in allen Façons; **Reifen für Motor-Räder, Motorwagen, Luxus-Pneumatics** unübertroffener Qualität, rot oder grau; in allen Dimensionen, **zu allerbilligsten Preisen**, zu welchen überhaupt Pneumatics verkauft werden können.

Selbst für die billigeren Qualitäten **leisten wir schriftliche** Garantie, welche sich bei einzelnen Sorten bis auf **1 1/2 Jahre** erstreckt.

Zur Bequemlichkeit **unsrer** verehrlichen Kundschaft haben wir **eigene Reparatur-Werkstätte** eingerichtet; Fahrräder lassen wir auf Wunsch abholen und stellen dieselben wieder zu. Ferner führen wir sämtliche **Ersatz- und Zubehörteile**, auch für **Motor-Fahrer**, in reicher Auswahl, **zu konkurrenzlos billigen Preisen**.

Komplette Rahmen und gespannte Räder zum Selbstmontieren; **Freilaufnabenkränze; Freilaufnaben** mit und ohne Rücktrittbremse. **Neuheit: Motor-Zweiräder** mit **Benzin, Spiritus oder Petroleum** fahrbar.

Für Pfingsten besonders günstige Kaufgelegenheit.

„Adler“

Gummi- u. Guttapercha-Waren-Industrie, Berlin.

Hauptgeschäft:

Oranienstr. 117, pt. u. i. Etage.

Filiale:

Chausseestr. 98.

Es wird gebeten, in der Oranienstrasse auf **unsre Firma** und die **Nr. 117** besonders zu achten, da unser Laden umgebaut worden ist.

Telephon Amt IV 9012.



Die „Ganerei des Unbewussten“.

Kann man betrogen werden, ohne es zu wissen? Zweifellos. Kann man aber auch betrügen, ohne es zu wissen? Schwerlich. Deshalb kann im Verkehre der **einzelnen** Personen von einem unbewussten Betrage niemals die Rede sein; sondern wer betruget, wird jedenfalls auch immer wissen, dass er betruget.

Was aber zwischen den Einzelnen nicht möglich ist, ereignet sich im wirtschaftlichen Verkehre der **Gesamtheit** tagtäglich im **allergrössten** Massstabe, und doch gelangt der dabei angewendete Kniff den Betrugern genau so wenig zum Bewusstsein, wie den Betrogenen. Im gesamten wirtschaftlichen Zusammenwirken der Menschen giebt es also in der That eine „Ganerei des Unbewussten“, wie **Julius Huecke** in seinem jüngst erschienenen Buche:

„Das Geld-Problem und die sociale Frage. Eine gemeinverständliche Darlegung der im heutigen Geld-Gebräuche stockenden Ursachen des socialen Uebels.“ 5. Auflage. Geheftet 6 M. Verlag von **Mitscher & Rüstel, Berlin**. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, mit kriminalistisch-nationalökonomischer Genauigkeit nachweist. 4/17

Seiden-Hut-Fabrik



Carl Renz, No. 3, Oranienstrasse No. 3. Großes Strohhut-Lager. — Hüten. — Schirme. Reelle Bedienung.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Druck, keine Reparaturen billiger. Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. **Dulaten-Teuring, 900 gef.**, 1/4, Dulaten 15,50, 2 Dulaten 30,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. **Uhr Rathenower Strassen, Vincenz, Opernplatz.** 10342

I. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

„Segler-Schloss“ Hankels Ablage,

Bahnstation Zeuthen, 11932 an Wald und Wasser gelegen; für Vereine, Fabriken und Gewerkschaften sehr zu empfehlen. **Seiger W. Heinrich.**

Zum Frühjahr: Jackett-Anzüge von 20 Mk. an, Rock-Anzüge . 22 . . , Gehrock-Anzüge . 25 . . , Frühjahrs-Paletots . 18 . .

Specialität der Firma: frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 Mk an, frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 Mk an

Streng feste Preise

Elegante Jackett-Anzüge in allen modernen Farben und Streifen 18-45 Mark.

Rock- und Gehrock-Anzüge schwarz und farbig von 25-54 Mark.

Stoff-Hosen von 2-14 Mark.

Sommer-Paletots elegante und moderne Verarbeitung in allen modernen Farben und Streifen von 16-40 Mark.

Jünglings- und Knaben-Garderobe in grosser Auswahl.

Moderne Westen von 1,75-7,50 Mark.

Gegründet 1879.

Herren- und Knaben-Garderoben

Julius Lindenbaum

141, Grosse Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstrasse.

Größtes Geschäft der Branche in den Bezirken O, NO, SO.

Feste Preise!

bewährteste Nahrung für **Kufeke's Kinder-mehl** gesunde, magen-darmkranke Kinder.

Weltrestaurant Hirschgarten. Inhaber: Homann & Polpitz. Bestes und schönstes Lokal am Plage, 10000 Personen fassend. Jeden Mittwoch: **Gr. Gartenkonzert.** Hieraus **Rennion**. Eintritt frei. 3 verbedete Regelpöhlen, Volksbelustigungen all. Art, Ausnahm. für 80 Pferde.

Güte für Herren v. 2 R. an. Feinere Qual. 3,50 R. Haarhüte v. 3,50 R. an

Strohüte alle Neuheiten v. 3,50 R. an

Schirme Regenschirme, Sonnenchirme v. 1,50 R. an

Krawatten Watron v. 95 Pf. an, Schleißen v. 25 Pf. an

Wäsche, Oberhemden, Stragen, Randschellen, Servietten in bester Qualität.

Handschuhe, farbige Glacés, Paar 1,50 R. 11

Gottmann, Gr. Frankfurterstr. 130.

Dampfer

In jeder Größe neben den geachteten Vereinen, Gesellschaften usw. zu constanten Preisen zur Verfügung

Robert Tismer, Nieder-Schöneweide. Adressen bei **R. Hartefeld,** Berlin, Mühlentstr. 67a, und bei **G. Barczak, Brandenburger Ufer,** Telephon 7a, 6376. 6892

Patent- (12192) Vorwortung, Finanzierung, Anmelde, v. Pat. u. Gebrauchsmust. zum Selbstkostenpreis bei Auftrag z. Berwert. Anfertigung Zeichnungen. **Walters & Co., W., Potsdamer Strasse 123.** Kunststoffe und Nachschlage kostenlos.

M. Schulmeister, Schneidermeister, **BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,** Hochbahnstation Kottbuser Thor. 1117L

Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Beantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wahlveranstaltungen.

Eine Wählerversammlung des zweiten Wahlkreises fand am Donnerstag bei Habel in der Bergmannstraße statt. Vor überfülltem Saale zeigte der Kandidat des Kreises, Genosse Richard Fischer, wie die verschiedenen bürgerlichen Parteien vor der Wahl allerhand Versprechungen machen, während sie bisher so gut wie nichts geleistet hätten. Die Mittelstandsregierung sei das Schlagwort der Konservativen, obwohl sich die zu Gunsten des Mittelstandes vorgeschlagenen Gesetze als völlig unwirksam erwiesen hätten. Die Freisinnigen hielten die ältesten Ladenhüter hervor und riefen zum Kampf gegen den Umsturz. Nur mit den Kreiden der andern Parteien seien sie in den Reichstag gekommen. Seit Jahrzehnten stimmten die Arbeiter bei den Stadtahlen für sie als dem kleineren Uebel, während nach der ganzen Praxis und den Aussprüchen des Herrn Biemer in Nordhausen die Konservativen als das kleinere Uebel für die Freisinnigen in Betracht kämen. Diesmal aber würden sie ihr blaues Wunder erleben. Mit dem Anschwollen der Socialdemokratie schwinde auch der Gegensatz bei den bürgerlichen Parteien, deshalb müsse alle Anstrengung gemacht werden, den Kreis im ersten Wahlgange zu erobern. Donnernder Beifall folgte den Ausführungen Fischers. In der Diskussion trat ein Herr Gerde auf, der vorgab, weder Freund noch Feind der Socialdemokratie zu sein. Er wünschte Aufhebung der Freizügigkeit, Einführung staatlicher Arbeitsnachweise und Pensionsberechtigung aller deutschen Arbeiter; im übrigen schien es ihm der Professor v. Wendtstern doch ein wenig angethan zu haben. Genosse Fischer zeigte in seinem Schlusswort, was man von Wendtstern erwarten dürfe. Die Freizügigkeit könne man nicht mehr abschaffen, ebenso wenig sei der staatliche Arbeitsnachweis ein Heilmittel für unsere Zeit. Es giebt keine andre Befreiung für die Arbeiter, als durch die Arbeiter selbst. Allseitiger Beifall driefen diesen Darlegungen und mit einem Hoch auf die Socialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine Wählerversammlung für den vierten Wahlkreis tagte am Donnerstag im Lokal „Zur Traubenburg“ vor dem Schleifischen Thor, in der Genosse Waldeck Kanaffe über: „Die „Elenden“ und ihre Gegner bei den Reichstagswahlen“ referierte. Der Redner besprach die hohen idealen Ziele der Socialdemokratie, ihre kulturförderlichen Bestrebungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete und geistliche, oftmals durch stürmische Zustimmungslundgebungen unterbrochen, das volksfeindliche, kulturwidrige Gebahren der verschiedenen Parteien, vom Bunde der Landwirte angefangen bis zu Eugen Richter, dem Schrittmacher der Reaktion. Ein treffendes Bild entrollte der Referent hierbei namentlich vom Centrum und gab schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß sich der 16. Juni zu einem herrlichen Siegeszuge der „Elenden“, der Socialdemokratie, gegenüber der einzigen reaktionären Masse gestalten wird. Im Anschluß an den Vortrag sprach eine Genossin, die die Berliner Parteigenossen aufforderte, insbesondere unter den in der Provinz wohnenden Anverwandten mündlich und schriftlich für die Aufklärung über den Socialismus Sorge zu tragen. Eine weitere Diskussion wurde nicht beliebt, da sich Gegner, die zu dieser Versammlung ebenfalls eingeladen waren, nicht meldeten. Nachdem der Vorsitzende noch zur regen Thätigkeit im Interesse der Partei aufgefordert, trennte sich die Versammlung mit begeisterten Hochs auf die Socialdemokratie und den Referenten.

Eine imposante Wählerversammlung für den fünften Wahlkreis tagte am 28. Mai im großen Saale des Handwerkervereins. Genosse Singer, stürmisch begrüßt, besprach in populärer schlagfertiger

Weise vor etwa 2000 Personen die wichtigsten socialen und politischen Fragen, deren Behandlung durch die verschiedenen Parteien richtunggebend ist für die Stellungnahme der Reichstagswähler. Bei seiner Kritik des Militarismus zu Wasser und zu Lande und bei der Entwidlung der principielle Stellung der Socialdemokratie dazu betonte Redner unter jubelnder Zustimmung, daß die Wähler nicht dazu da seien, bis an die Zähne bewaffnet sich wie wilde Tiere gegenüberzusetzen und auf den Moment zu warten, wo man über einander herfalle. Die Erörterung des Zolltarifs, seines Zustandekommens und der Bedeutung guter Handelsverträge gab dem Redner Anlaß, mit der Freisinnigen Volkspartei als der Helfershelferin der Reactionäre gründlich abzurechnen. Redner schloß mit einem flammenden Aufruf zum Kampfe, der in die Worte ausklang: Sorgen Sie dafür, daß am Abend des 16. Juni die befreiende Kunde in die Welt gehe: auch über dem fünften Berliner Wahlkreis weht sie wieder, die rote, die socialdemokratische Fahne. (Stürmischer Beifall.) Der socialdemokratische Kandidat Robert Schmidt, den die Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßte, nahm darauf das Wort zu einer Ansprache, in der er die gegnerischen Parteien Revue passieren ließ und die Socialdemokratie als den Hort politischer Freiheit, wirtschaftlichen Wohlergehens und der Gerechtigkeit feierte. Die Hörer und Hörerinnen spendeten wiederholt auf das lebhafteste Beifall, der sich noch kräftig steigerte, als Genosse Schmidt mit dem Wunsche schloß, daß auch im fünften Kreis wieder die Socialdemokratie siegend ihr Haupt erheben möge. Herr Blatau stellte gegenüber einer Behauptung der „Freisinnigen Zeitung“, die Socialdemokraten suchten im fünften Wahlkreis die Juden einzufangen, fest, daß er, auf den man sich dabei beziehe, gar kein Socialdemokrat sei, mit der Partei keinerlei Fühlung habe, und daß er nur deshalb für den socialdemokratischen Kandidaten in mehreren Versammlungen eingetreten sei, weil die Socialdemokratie allein seinen jüdischen Glaubensgenossen eine wirkliche Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte garantiere. Genosse Singer erklärte in seinem Schlusswort u. a., daß die Socialdemokratie keine Politik des Stimmensfanges treibe. Die Entscheidung darüber, wie man stimmen wolle, überlasse sie jedem einzelnen. Wenn die Partei für die Rechte alles dessen, was Menschenanständig trägt, und somit auch für die Rechte der jüdischen Mitbürger eintrete, dann sei das nur ihre verdammt Pflicht. Einen Dank dafür beanspruche sie nicht. Nachdem der Vorsitzende Wels die Versammelten noch zu energischer Bethätigung bei den Wahlarbeiten angefeuert hatte, schloß die Versammlung mit brausenden Hochs auf die Partei und die Genossen Singer und Schmidt.

In Schmargendorfer Wahlverein hielt Rechtsanwält Dr. Broh einen Vortrag über das Reichstags-Wahlrecht. In der Diskussion wurde die Frage erörtert, ob Strafgefangenen, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und unter denen sich viele wegen politischer Vergehen verurteilte Genossen befinden, auch Gelegenheit zur Wahl gegeben werde. Der Referent glaubte die Frage verneinen zu müssen. Es wurde gewünscht, daß sich zutreffendenfalls die Partei mit der Sache beschäftige. Brille, wies, gestützt auf Versammlungsberichte im Kreisblatt, hin auf die Schwärzerei des konservativen Kandidaten Hammer für alle militärischen, marinistischen und Zollforderungen, widerlegte die Behauptungen des Herrn Hammer über die Schädlichkeit des Freihandels für die Arbeiter und kennzeichnete die Unzulänglichkeit der deutschen Socialreform, die Herr Hammer aber als „glorreiche“ That Wilhelm I. verherrlicht. Der Appell, am 16. Juni Herrn Hammer niederzustimmen, fand auch bei den zahlreichen Gästen Zustimmung. Neu aufgenommen wurden 7 Mitglieder.

Briefkasten der Redaktion.

Offenbach. Ihr Telegramm wurde uns leider so verflümmelt mitgeteilt, daß wir es nicht gebrauchen konnten. W. 2. Einen Brief aus pulverisirter Magnesia und Zengin auf den Fleck auftragen und nach mehreren Stunden vorsichtig entfernen. Nützlichfalls wiederholen. — W. M. 100. Wäsungen mit Boraxwasser mildern das Uebel. Alle scharfen Mittel, wie Sublimat u. dgl., wirken nur vorübergehend. — Jugend 22. Der Schwindelbericht wurde zuerst von der „Eberswalder Zeitung“, einem freisinnigen Organ, in Stolporlage genommen, der Urheber war ein biederer Eberswalder Polizeimann. Er legte die Organe der bürgerlichen Presse zu Duhnenen hinein. Es leben die Nachfolgenden!

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 bis 9 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Mkr. H. 6. Wenn die letzte Katenzahlung oder Anerkennung im Jahre 1902 erfolgt, so tritt mit Ablauf des Jahres 1904 in Ihrem Falle Verjährung ein. — H. 33. Sie müssen um Konzession für Ihre Person einkommen. — Arthur K. Welchen Weg Sie einschlagen haben, ist Ihnen, wie Sie beständig mitgeteilt, haben Sie ihn nicht eingelassen, so ist jetzt im Klagewege nichts mehr zu machen. — W. 23. 47. Einer Verkäuferin, ob mit oder ohne Vorbildung ist gleich, steht eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Quartalsersten zu. Die Frist darf durch Vereinbarung in eine Monatsfrist (zum Ersten des Monats) umgewandelt werden. — Otto 11. 1. Ka. 2. Rein. 3. Ka. 4. und 5. Sie sind berechtigt und moralisch verpflichtet, sich unter solchen Umständen an das Vormundschaftsgericht zu wenden. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie S. 221 Nummer 13 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — C. 8. 20. Sie mühten auf Herausgabe klagen: ob dem Redner eine nochmalige Vergütung zusteht, hängt davon ab, ob in der That die zweite Arbeit durch seine Schuld veranlaßt ist. Ein Zurückbehaltungsrecht steht ihm zu. — 100. Ja. — G. Müde, Gernsendorf. Sie hatten den 1. nicht den 1. April geschrieben. Steht die Sachlage so, wie Sie sie jetzt schildern, so ist rechtlich geländigt. Sie können dann auf Ermittlung klagen. Die Kosten trägt der unterliegende Teil. — C. 6. 4. Der Vater haftet für den Schaden. Sie können gegen ihn eine Klage auf Schadensersatz beim Amtsgericht anbringen. — C. M. 1. Der Betreffende kann beim Vormundschaftsgericht beantragen, ihm einen Vormund zu bestellen oder ihn für großjährig zu erklären, und dann auf Zahlung klagen. — A. 2. 29. C. 8. 25. Rein. — W. 3. 62. Wiederholen Sie Ihre Frage unter Hinweis auf, wann und wo Sie geheiratet haben und ob Sie durch Vertrag Gütergemeinschaft eingeführt haben. — Wittichr. 1. Ja. — Krti. Tegel. Ein Schuldschein hat auch, wenn er nicht gestempelt ist, Gültigkeit. Es würde aber wegen Stempelhinterziehung strafrechtlich vorgegangen werden können. Die Höhe des Stempels richtet sich nach dem Objekt. Der Stempel ist in den ersten vierzehn Tagen zu verwenden. Die Stempelung belohnt jeder Stempelbesitzer. — N. 2. 100. Sie können sich an das Kammergericht wenden. — H. 3. 03. Rein. — J. 8. 100. Ja. — Jitta G. 2. Das Gewerbeamt ist im Recht. — G. 2. 100. Ja, es kann das gesamte Urteil nach beiden Richtungen hin geändert, der Kläger also freigesprochen, die höher verurteilt werden. — W. 2. 202. Sie können nur auf Zahlung klagen und dann die Wähe pfänden lassen. — W. Wolf. Die Antwort war in der Annahme erteilt, Sie seien bei einem Rechtsanwält beschäftigt. Sind Sie im Bureau (Amisbureau) eines Rechtsanwalts beschäftigt, so liegt die Sache anders. — Dr. B. 192. Nur teilweise richtig, aber erhebt. — W. M. 14. Moabit. 1. Ja. 2. Rein. 3. Ja. 4. Der Verband ja. — H. 8. 16. Ja, wegen Kammschneidung einer bestimmten Klasse wenden Sie sich am besten an Ihre Gewerkschaft. Die meisten Klassen nehmen nur Angehörige bestimmter Berufe auf. — W. 2. 16. 1. Welche Länder wegen welcher Vergehen ausliefern, ist durch Verträge festgelegt. Die Verträge sind in dem Werk von Benz, Auslieferungsvorverträge, zusammengestellt. Die Beantwortung der Frage, welches Land in einem bestimmten Fall nicht ausliefert, ist vom Reichsgericht als Begünstigung der Straftat selbst erachtet und von uns nicht abgelehnt. 2. America und England verlangen in der Regel keine Ausweispatente. — G. 70. Detailfragen über Benutzung der Patentsache usw. lassen sich ohne Einlaß in den Betrag und ohne mündliche Rücksprache nicht beantworten. — V. Friesler. Soweit ersichtlich, sind Sie einem unweilen Institut in die Hände gefallen und thun gut, weitere Geldsendungen zu unterlassen.

BAER S O H N
Chausseestrasse 24a-25, 11 Brückenstrasse 11, Gr. Frankfurterstr. 20
Special-Haus grössten Masstables.
Grüne Herren-Joppen 85 Pl., Schwarze Lüster-Jackets 2.25 M., Gestreifte Lüster-Jackets 3.25 M.
Schüler-Joppen-Anzüge von 1.80 M. an, Knaben-Wasch-Anzüge von 90 Pl. an, Knaben-Wasch-Blusen von 50 Pl. an
Frühjahr - Paletots 45, 36, 27, 21, 18, 15, 8 M., Radfahrer-Anzüge 27, 24, 21, 18, 15, 12, 6 M.
Loden - Havelocks 24, 21, 18, 15, 12, 10, 6 M. 75
Raglan-Paletots Moderne, elegante neue Stoffe 30, 27, 24, 21 M., Radfahrer - Hosen 6, 4.50 3 M.
Frühjahr - Anzüge 50, 45, 40, 36, 33, 30, 27, 24, 21, 18, 15 M., Litewken und Loden-Joppen 7.50, 6, 4.50 3 M.
Schwarze Gehrock - Anzüge 65, 50, 45, 40, 36, 33, 27 M., Piqué-Westen 6, 5, 4, 3.50, 2.75, 2.25 1 M. 75
Strand-Anzüge 30, 24, 18, 15, 10, 7.50 6 M., Jünglings-Stoff-Anzüge 30, 24, 21, 18, 15, 12 9 M.
Frühjahr-Beinkleider 15, 12, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 3 M.
Anzüge nach Mass 27 M., Paletots nach Mass 24 M., Hosen nach Mass 7.50 M.
Billigste, beste Strohhüte.
Binsen-Hüte 85 Pl., Schuppen-Hüte 1.10 M., Dickstroh-Hüte 1.50 M., Palm-Hüte 2.00 M., Kniff-Hüte 3.75, 2.75, 2.00, 1.75 65 Pl.
Unter Preis! Englische Regenmäntel 15 M.
Reise-Staub-Mäntel 12.-, 9.-, 7.50, 5.-, 4.-, 3.50, 2.75 M.
Heute Sonnabend sind unsre Kaufhäuser bis Abend 10 Uhr geöffnet.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 30. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Abend: Die Walküre.

Schauspielhaus. König Richard der Dritte.

Deutsches. Monna Vanna.

Berliner. Alt-Heidelberg.

Kessing. Fausts Verdamnung.

Reichens. Lustige Übermänner. — Vorher: Nach dem Ballo.

Neues. Der Herr Gemeinderat.

Weissen. Dabarry.

Central. Die Fledermaus.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Am weißen Rössl.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater.) Hedda Gabler.

Thalia. Charleys Tante.

Kleines. Nachtschl.

Trianon. Die Rotbrücke.

Belle-Alliance. Die schöne Galathée. — Bunter Teil. — Des Löwen Erwachen.

Carl Weisk. Das Geheimnis des roten Hauses.

Casino. Unser Goldjunge. Beders Geschichte u. Specialitäten.

Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.

Passage-Theater. Specialitäten.

Wintergarten. Specialitäten.

Reichshallen. Steintiner Säng. — In der Klemme. — Summoresse von Weiskel.

Urania. Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater. Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Erna Koschel
Josefine Delcliseur

Cake Walk — Zaretski-Trio.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den vierten Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 mit zahllosen Sehenswürdigkeiten!

Neu! Die tanzende Neu!
indische Kolossaldame

Princess Bohatcio!
Grosser Lacherfolg!
Promenaden-Konzert.

Casino-Theater
Lützowstr. 37.
Heute 8 Uhr zum letztenmal:
Unser Goldjunge
und das glänzende Programm.
An allen 3 Feiertagen, nachm. 4 und abends 8 Uhr:
Extra-Gala-Abschieds-Vorstellungen
mit voll. neuem Programm.
Neu: Der Nörgler. Neu: Der Denunciant.
Feiertagsnachm. 4 Uhr: Denunciant. Specialitäten.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstrasse.
Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
Luftspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Francis de Croisset.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter-Strasse 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Engl. Sensationskomödie in 6 Bildern von Hungersfeld. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater
Vabstr. 58. Vabstr. 58.
Vom 1. Feiertag ab täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Sensations-Burleske mit neuer Ausstattung mit Willi Agoston und Klara Antonio.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
In der Klemme.
Summoresse von Weiskel.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Luftspiel in 3 Akten von D. Numenthal und G. Adelburg.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Romeo und Julia.

Sonntagabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.

Montagnachmittag 3 Uhr:
Jugendfreunde.

Montagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Sonnabendabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Schauspiel in 4 Akten von H. Ibsen.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Heimat.

Sonntagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Montagnachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.

Montagabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Im Garten täglich Konzert.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Erna Koschel

Josefine Delcliseur

Cake Walk — Zaretski-Trio.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den vierten Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165 mit zahllosen Sehenswürdigkeiten!

Neu! Die tanzende Neu!

indische Kolossaldame
Princess Bohatcio!
Grosser Lacherfolg!
Promenaden-Konzert.

Casino-Theater

Lützowstr. 37.
Heute 8 Uhr zum letztenmal:
Unser Goldjunge
und das glänzende Programm.
An allen 3 Feiertagen, nachm. 4 und abends 8 Uhr:
Extra-Gala-Abschieds-Vorstellungen
mit voll. neuem Programm.
Neu: Der Nörgler. Neu: Der Denunciant.
Feiertagsnachm. 4 Uhr: Denunciant. Specialitäten.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstrasse.
Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
Luftspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Francis de Croisset.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter-Strasse 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Engl. Sensationskomödie in 6 Bildern von Hungersfeld. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater

Vabstr. 58. Vabstr. 58.
Vom 1. Feiertag ab täglich:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
Sensations-Burleske mit neuer Ausstattung mit Willi Agoston und Klara Antonio.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Säng.
In der Klemme.
Summoresse von Weiskel.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen.
Stettiner Säng.
In der Klemme.
Summoresse von Weiskel.
Anfang 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (S.-O.)

Sonntag, den 31. Mai (1. Pfingstfeiertag):
Grosses Früh-Konzert

arrangiert von den
Parteigenossen des 4. Wahlkreises (Süd-Ost)
in folgenden Lokalen in Treptow:
Karl Joel („Victoria-Garten“), Köpenicker Landstrasse Nr. 21/22. **Karl Ludwig** („Park-Restaurant“), Köpenicker Landstrasse 25/26.
Anfang 4 Uhr. — Eintrittspreis 20 Pf. — Kaffeekeuchen: 1 Liter 60 Pfennig, 1/2 Liter 35 Pfennig.
Zahlreichen Besuch erwartet. 214/9
Das Komitee.

Pferdebucht.

1. Pfingstfeiertag: **Grosses Früh-Konzert.**
Ausgeführt von der gesamten Köpenicker Stabilität.
Anfang 6 Uhr. Die Kaffeekeuche ist von 5 Uhr an geöffnet.
Abfahrt der Züge vom Schiffschen Bahnhof: 4²⁰, 4³⁰, 5⁰⁰, 5¹⁵.

Nur die alten Eichen rauschen.

Den Laubwald in seiner größten Pracht zu sehen, bietet nur allein die Umgebung vom
Restaurant Pferdebuucht bei Köpenick.
Halle mein Lokal (10 000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen.
Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es ladet zu Ausflügen ein
18712*
Wilhelm Brüsewitz.

Empfehle Freunden und Bekannten meine vorzügliche

Restauration: grosser Frühstücks- und Mittags-Tisch,
sowie wohlgepflegte Biere in bekannter Güte. **Eigene Schlächterei im Hause.**
16751.*
Telephone Amt III Nr. 812
Hermann Bolze, Rodenberg-Strasse 7, hinterm Schönhauser Ring-Bahnhof.

Am Königsthor, Schweizer-Garten, Friedrichshain.

Pfingsten: Beginn der Hauptsaison.
Neues Artisten-Programm:
25 Special-Nummern von 56 Artisten.

Neues Theater-Ensemble:
14 Novitäten, ausgeführt von 12 Damen und 7 Herren.
Von Pfingsten ab: Ball und Täglich Vorstellung. Volksbelustigungen.

Am 1. und 2. Feiertag, früh 5 Uhr: **Früh-Vorstellung, Konzert etc.** Anf. 4 1/2 Uhr. Früh-Entree 30, Nachm.-Entree 50 Pf.
An Wochentagen ist Saal und Garten an Vereine zu vergeben.

Schloss Weissensee

„Zum Sternecker“ Inhaber: **C. Koch,** früh. Gratweils Bierhallen.
Grösstes u. schönstes Sommer-Theater
Herrlich am See gelegen, umgeben von den schönsten Parkanlagen. Das Riessenzelt und Hallen bieten Schutz für ca. 1500 Personen.
Am 1. und 2. Pfingst-Feiertag:

Grosses Früh-Konzert

Theater u. Specialitäten-Vorstellung.
Eröffnung
der ersten grossen Theater-Saison
Gr.fest-Vorstellung
Grösstes Programm aller Sommer-Theater.

Franz Sobanski, Berliner Original-Komiker.
Grete Larsen, Vortrags-Soubrette. 1700L*
The Garray, Radfahrer-Pantomime.
Geschw. Komaromy, Opern-Duettisten.
Mr. Barna, Musik-Clown, m. a. dress. Pferde, Hunden u. Ratten.
Selma Amlesky, Excentric-Soubrette.
Ed. Francelli u. Willy, elastischer Parterre-Akt.
Richard Gersdorf, Humorist.
Hübel-Truppe, Akrobaten an den Ringen.
Alfred Alsdorf, Opernsänger.
Annette u. Francis Era, sensationeller Bühnen-Luft-Akt.
Brothers Leriadis, Akrobatische Potpourri.
Mr. Leeds, Gymnastische Produktionen.

Zum Schluss die aktuelle Novität:
Weissensee wird Weltstadt.
Grosse Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Chor-Aufzügen.
Vorher: **Wer war das?** Posse in einem Akt.

Grosses Doppel-Konzert.

Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Fest-Vorstellung 5 Uhr.
Im Bal champêtre: Grosser Ball.
Volksbelustigungen aller Art.

Die Kaffeekeuche ist von 2 Uhr an geöffnet und von 12 Uhr an Mittagstisch mit Tafelmusik.

Ernst Höflihs Konzertgarten

Friedrichsberg.
u. Ball-Salon, Frankfurter-Chaussee 120
Am herrlichen Lindenpark: Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Grosses früh-Konzert.
Ein allen drei Pfingstfeiertagen:
Grosses Elite-Konzert
mit
Schlacht - Musik und Feuerwerk.
Kapellmeister **E. Sinkewitz.**
Am 2. und 3. Pfingstfeiertag:
Großer Ball unter Leitung des Ballettmeisters Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch: **Réunion.** 16832

C. Conrad's

festfale
friedrichshagen
Ede der See- und Friedrichstrasse.

Garten u. Regalbahn
Große Tanzfale.
Beispiel. Kaffeekeuche. Ausspannung. Haltestelle der Strassenbahn, gegenüber der Dampfahre.

Strand-Restaurant

am Müggelsee
zwischen Rügenhölzchen, Ausflugssturm.
Empfehle Habrten, Vereinen und Korporationen für Sommerpartys und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügend Redenräume, Besichtigungen aller Art. Soulaute Preise.
* M. Degebrodt, „Strandschloss“, Köpenick.

Bernau.

Gasthof „Zum goldenen Hirsch“,
Bürgermeisterstr. 225.
Einkehr für Radfahrer usw.
Guter Frühstücks- und Mittagstisch.
Jeden Sonntag: **Tanz.**

1678L* Damenuhren und Goldwaren

zum halben Preise im
Ausverkauf
des Uhrmacher Barth'schen
Konkurslagers,
Chaussee 21.

Wichtig für

Lotterie-Spieler!
Interessante **Vergleichs-Statistik** sämtlicher Staats-Lotterien, amtlich festgestellt.
Zu beziehen gegen Einsendung von 10 Pf. Marke durch 16012*
Max Lippold,
Hainz. 4.

Meine Damen!

Jetzt
Saccos
Blusen
Röcke
Reste zu Saccos, Kleidern,
Herren-Anzügen etc.
billiger. 1370L*
47 Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schleissch. Thor.

Baustellen I. Erkzer.

Neu-Zittau 50 Pf., Dahendorf in Bau-
Kontens 72 Pf., bei Grünau 143 Pf.
teil. unt. realen Zahlungsbedingungen
Schulz, Rüdiger, Lenaustr. 12/13, v. III.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute Sonnabendnachm. 5 Uhr:
Gr. Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahr. d. Hälfte.
Am 1. u. 2. Pfingst-Feiertag,
morgens 6 Uhr:
Grosses Militär-Frühkonzert
ausgeführt von drei Musikcorps.
Entree 50 Pf. Kind. d. Hälfte.
Die Wagen der Berliner Strassenbahnen sowie der Hoch- und Untergrundbahn fahren zu den Frühkonzerten auf den zum Garten führenden Linien von 5 Uhr früh ab, desgl. die Stadtbahn.

In der „Arena“: Aus-
stellung einer Elefantemutter mit augendomm Baby und Shetland-Ponystute mit Zwerg-Fohlen.

WINTER GARTEN

Neues Programm.
Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoczy, Ungarische Tanztruppe.
Das Meistersengesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Ballett und „Biograph“.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Dreierlers des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Sanssouci.

25 Pfingsten täglich
im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Säng. **Konzert**
Anfang: Sonntag
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst.
nach der Seiree: **Tanz.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute:
Öffentliche Generalprobe.
Anfang 6 Uhr. Entree frei.
Kaffeekeuche von 3 Uhr ab geöffnet.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ede Alexanderstr.
Bei gänzl. Bitterung im Garten.
Neues Programm.
u. a.: The tree Sisters Rollini
und „Das neue Dienstmäddchen“.
Ritthoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Köpenick.

Friedrich Augustin
Grünstrasse 53,
empfiehlt sein Restaurant für Vere-
ine und Gesellschaften.
Für gute Speisen und Getränke
wird bestens Sorge getragen.
Vorzügl. Mittagstisch.
Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Haar- und
Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12-1, 3, 1/8-1/8, Sonnt. 9-11
Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Specialarzt für 198/14*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

